

Wortprotokoll*

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

11. Sitzung
11. Juni 2012

Beginn: 10.07 Uhr
Schluss: 13.47 Uhr
Vorsitz: Peter Trapp (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/0313
**Zweites Landesgesetz über das öffentliche
Glücksspiel**

[0047](#)
InnSichO(f)
Haupt
Recht

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Sicherheitslage am Flughafen BER
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0039](#)
InnSichO

Vorsitzender Peter Trapp: Dieses Thema hatten wir schon einmal auf der Tagesordnung. Es wurde vertagt und von den Grünen jetzt neu auf die Tagesordnung gesetzt. Hier hat Herr Senator Henkel die Repräsentanten mitgebracht, damit Herr Dr. Schwarz, Herr Korkhaus und Herr Leininger – alle von der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH – FBB – Spezialfragen beantworten können. Es handelt sich nicht um eine Anhörung, sondern es ist eine normale Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs. – Zur Begründung – Herr Lux!

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Darf ich zunächst ein Wortprotokoll beantragen?

* Die in der gedruckten Fassung des Protokolls schwarz-weiß sichtbaren Abbildungen sind in der PDF-Datei in der Dokumentation des Abgeordnetenhauses in den Originalfarben dargestellt.

Vorsitzender Peter Trapp: Ja, wir können ein Wortprotokoll anfertigen lassen. – Es gibt keinen Widerspruch dazu.

Benedikt Lux (GRÜNE): Danke, Herr Vorsitzender! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass die Beratung zustande kommt. Sie war ursprünglich für den 7. Mai d. J. angemeldet; das war ein Tag, bevor die Verschiebung des Eröffnungstermins bekanntgegeben worden ist. Wir hatten das hier im Beisein von Herrn Landesbranddirektor Gräfling und Herrn Staatssekretär Krömer kurz beraten. Die Fragen, die meine Fraktion damals gestellt hatte, u. a. auch mit Blick auf den Brandschutz, waren, wenn überhaupt, nur sehr kurz beantwortet worden. Gleichwohl sind sich alle Fraktionen damals einig gewesen, dass die Sicherheit am Flughafen BER durchaus ausführlicher besprochen werden müsste. Deswegen bedanke ich mich sehr dafür, dass es heute die Gelegenheit gibt, dazu zu sprechen.

Ich freue mich auch, dass es damit aufgehört hat, dass man in die Unzuständigkeit flieht. Wir wissen, dass für den Flughafen selbst, für die Sicherheitslage, die Bundespolizei und für den Brandschutz der Landkreis Dahme-Spreewald zuständig ist – und dort die Freiwillige Feuerwehr neben der Flughafenfeuerwehr. Doch es ist irgendwie „unser“ Berliner Flughafen, und wir sind alle darum bemüht, dass es dort die nötige Sicherheit gibt – und die Sicherheit dort geht tatsächlich vor. Allerdings hat es durch die jüngsten Ereignisse einen neuen Einschlag gegeben, wie man das zu diskutieren hat, nämlich ob man das nicht schon viel früher hätte wissen müssen und schon viel früher hätte die Reißleine hätte ziehen können, ohne weiteren Schaden sowohl für das Ansehen des Landes Berlin als auch für die Finanzen im weiteren Sinne als auch für die Sicherheitslage am Flughafen.

Insofern darf ich mich auf die Fragen meiner Fraktion beziehen, die wir auch schriftlich eingereicht haben, nämlich einerseits, inwiefern sich Herr Innensenator Henkel und auch Mitglied des Aufsichtsrats Frank Henkel überhaupt dafür zuständig erklärt. In der entsprechenden Drucksache, mit der er zum Aufsichtsratsmitglied des Senats bestellt worden ist, ist allein die Rede von den abstrakten Gefahren durch den islamistischen Terrorismus, weshalb es nötig sei, den Innensenator in den Aufsichtsrat zu bestellen. Da ist kein Wort von sonstigen Sicherheitsaspekten gefallen, auch kein Wort zu den Forderungen, die er noch als CDU-Spitzenkandidat geführt hat – Lärmschutz und: Wir machen keine Politik über die Köpfe der Bürger hinweg! – usw. Nein, der Innensenator ist nach der Drucksache des Senats eigentlich nur zuständig für die abstrakten Gefahren durch den islamistischen Terrorismus. Deswegen sollte auch er hier Gelegenheit haben zu erklären, für welche Bereiche des Flughafens er sich zuständig fühlt – vor dem Hintergrund, dass ein Aufsichtsrat die Geschäftsführung zu überwachen hat, nicht nur zu kontrollieren oder nett zu begleiten oder freundlich Fragen zu stellen, auf die man Antworten bekommt oder auch nicht. Nein, Sie haben eine Überwachungspflicht gegenüber der Geschäftsführung, und Sie sind seit Dezember zum Aufsichtsrat bestellt worden. Deswegen sollten Sie auch hier Ihre Verantwortung wahrnehmen. Ich hatte eigentlich den Eindruck, dass recht frisch bestellte Mitglieder vielleicht eine besondere Motivation haben, im Aufsichtsrat ihren Überwachungsdienst zu tun. Und auch hier wollen wir wissen, inwiefern sie dem nachgekommen sind.

Es gibt weitere Fragen meiner Fraktion zum Thema Feuerwehr. Auch hier hat es leidige Debatten gegeben, wer am Tunnel löschen darf und wer dazukommen darf, wenn es da zu einem Schadensfall kommt. Hat sich die Berliner Feuerwehr nunmehr darauf eingestellt, dass sie die

einzigste Berufsfeuerwehr ist, die im nahen Umkreis des Flughafens überhaupt die technische Ausstattung hat, um dort Rettungsdienste zu tun? Oder macht sie so weiter, wie es bislang den Anschein hatte, nämlich dass sie zockt, dass sie gefragt werden will, ob und wie sie zum Dienst kommen kann, dass Berlin dafür möglicherweise auch noch Mittel haben will, damit die Feuerwehr ihre Einsatzgegenstände weg von Tegel hin zum BER verlagert? Ist das gelaufen, und macht man dort endlich einen Dienst für die Menschen und deren Sicherheit, oder zockt man weiterhin mit der Sicherheit der Bevölkerung, wie es bislang den Anschein hatte?

Diese Fragen sind hier zu beantworten, genauso wie die der Notfallszenarien, die nicht nur am Flughafen stattfinden können, sondern auch durch Flugzeugabstürze beim An- und Abflug im Berliner Stadtgebiet, und ebenso die Nachfragen zum Thema Brandschutz aus der Sondersitzung des Verkehrsausschusses, die schon ausführlich erörtert und durch Wortprotokoll dokumentiert sind. Aber auch dort sind spannende Fragen, denke ich, weiter zu diskutieren und auch hier in einem Ausschuss zu diskutieren, der die Sicherheit zum Thema hat, insbesondere die Frage, ob diese Mensch-Maschine-Lösung, auf die Sie bis zuletzt gehofft hatten, zumindest seit Dezember letzten Jahres gehofft hatten, genehmigt wird. Dazu gab es die Aussage, dass diese Lösung, einen teilautomatisierten Brandschutz zu machen, bei anderen Großprojekten durchaus üblich sei. Hier wäre also eine Frage, die wir Freitag eingereicht hatten und die man heute auch beantworten sollte, bei welchen Projekten das genau war, dass eine Mensch-Maschine-Lösung realistischerweise genehmigt worden ist, ob diese Projekte vergleichbar sind und inwiefern man dazu kommt, darauf zu bauen.

Dann würde ich auch gern wissen, insbesondere vom Aufsichtsratsmitglied Frank Henkel, inwiefern er darauf vertraut hat, dass diese Lösung tatsächlich geht, inwiefern er darüber informiert war, dass darauf gesetzt wird, inwiefern er an dieser Taskforce „Brandschutz“, die es gegeben haben sollte, beteiligt war und inwiefern seine Überwachungspflichten gestiegen sind, seit es im Dezember die Meldung gab, dass es schwieriger werden wird, am Eröffnungstermin festzuhalten. Die Überwachungspflichten des Aufsichtsrats sind aber ohnehin ausdrücklich sehr, sehr hoch. Spätestens seitdem der Flughafeneröffnungstermin aus dem Oktober 2011 verschoben worden ist, ist klar, dass die Überwachungspflichten eines Aufsichtsrats in einem Maße hoch sind, dass quasi fast jeder Schritt der Geschäftsführung, der dazu führen könnte, dass weitere Verschiebungen nötig sind, steigt. Deswegen muss genauer hingeschaut werden, auch von Ihnen, Herr Henkel, und nicht zuletzt vom Aufsichtsratsvorsitzenden Klaus Wowereit, der heute nicht hier sein kann.

Uns interessieren die Kosten, die für den Brandschutz vorgesehen waren. Gab es auch dort einen politischen Kostendruck? Wie sehen die Mehrkosten nun aus? Wie wird gewährleistet, dass den hohen Sicherheitsanforderungen – die zu Recht bestehen, spätestens seit dem Flughafenunglück in Düsseldorf – entsprochen wird, obwohl es jetzt zu weiteren Kosten kommen wird? Können Sie trotzdem gewährleisten, dass die Sicherheitsanforderungen auch standhalten werden?

All das sind Fragen, die sehr dringlich zu diskutieren und zu beantworten sind. Insofern darf ich mich noch einmal dafür bedanken, dass es die Vertreter aus der Geschäftsführung heute hierhergeschafft haben. Das sah vor einem Monat noch nicht ganz so aus; da dachte man, ach, das können wir mit unserem Landesbranddirektor – der da natürlich auch aussagefähig ist – irgendwie abfrühstücken. Man war hier nicht so interessiert, was sich dann aber einen Tag nach dem 7. Mai schlagartig geändert hat. Ich denke, das ist auch nötig. Auch wenn wir als

Berliner Parlament im Kern nicht zuständig sind, ist es dennoch „unser Flughafen“, und ich bitte eindringlich darum, dass wir diese Sicherheitsdebatte auch seriös führen können. – Danke für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Wir haben jetzt die Möglichkeit, Herrn Senator Henkel das Wort zur Stellungnahme zu geben – und er ergreift es. – Bitte!

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): Ich würde vorschlagen, damit wir strukturiert vorgehen und nicht zwischen den Themen hüpfen, dass wir eine bestimmte Reihenfolge auch im Fragenkatalog anwenden und danach vorgehen. Insofern würde ich vorschlagen, dass wir zuerst die Fragen zum Komplex Feuerwehr beantworten, zu dem ich Herrn Landesbranddirektor Gräfling das Wort erteilen würde. Dazu gibt es, wenn ich es richtig überblicke, fünf Fragen. Dann würde ich beim Thema Brandschutz und den Nachfragen, die dazu gestellt werden, sowohl Herrn Schwarz als auch Herrn Korkhaus bitten, die Fragen zu beantworten. Und die Fragen, die das Aufsichtsratsmitglied Frank Henkel betreffen, würde ich dann als Abrundung des Ganzen beantworten. Wenn wir so verfahren können, bedanke ich mich herzlich und würde dann, Herr Vorsitzender, Herrn Gräfling das Wort geben.

Vorsitzender Peter Trapp: Ein hervorragender Vorschlag! – Herr Gräfling, Sie haben das Wort.

Landesbranddirektor Wilfried Gräfling (Berliner Feuerwehr): Vielen Dank, Herr Senator! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich will gern die gestellten Fragen beantworten. Herr Lux hat es ausgeführt, wir hatten dieses Thema schon mal im Innenausschuss, aber ich will das gern ergänzen.

Die erste Frage lautet: Wie wird sich die Alarmierung und Kommunikation zwischen Berliner Einsatzkräften und anderen Akteuren im Unterstützungsfall gestalten? – Das kann man wie folgt beantworten: Die Alarmierung der Berliner Feuerwehr erfolgt über die zuständige Leitstelle im Land Brandenburg, das ist die Leitstelle Lausitz in Cottbus. Diese Leitstelle hat Direktleitung zu uns und wird uns von dort aus anfordern.

Auf der Anfahrt werden wir unseren Funkverkehr erst einmal auf unserem Kanal der Berliner Feuerwehr führen. Dann, bei Übergang ins Land Brandenburg, werden wir uns bei der dortigen Leitstelle anmelden – das sind die Regeln. Das sind übrigens Regeln, die nicht hier erfunden wurden, sondern das sind die allgemeinen Spielregeln, wie man bei überörtlicher Hilfe tätig wird. Wir werden uns dort anmelden und dann dort eingesetzt werden. Auf dem Flughafen selbst gibt es einen Koordinierungskanal, noch im Analogfunk, das ist im Vier-Meter-Bereich der Kanal 499. Dann werden wir uns mit unseren Einsatzkräften der örtlichen Einsatzleitung, die dort die Zuständigkeit hat, unterstellen. – So wird also die Alarmierung erfolgen.

Ich hatte schon vorgetragen, dass es Gespräche zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Berlin gibt – vertreten sowohl durch die entsprechenden Ministerien als auch den Landesbranddirektor Brandenburgs und mich. Es gibt konkrete Anforderungen. Das heißt, bei der Gebäudebrandbekämpfung ist vorgesehen, mit zwei LHF – früher hätten wir Löschzug gesagt – zu unterstützen und mit Führungskräften, um die Koordination der Einsatzleitung dort zu haben. Wenn es im Bahntunnel brennen sollte, gibt es ebenfalls eine Anforderung, eben-

falls Führungskräfte, jeweils Stufe B und Stufe C, und dann noch sogenannte Langzeitemschutzgeräteträger, d. h. Einheiten, die mit Langzeitemschutzgeräten ausgebildet sind, damit Erfahrung haben und dort im Tunnel tätig werden können. Sie kommen von der Feuerwache 1700, also Tiergarten, in der Nähe des Hauptbahnhofs, und vom Technischen Dienst am Nikolaus-Groß-Weg, sodass wir den Bereich Brandbekämpfung sowohl bei Gebäudebränden als auch bei Bränden im Tunnel abgedeckt haben.

Darüber hinaus gibt es Absprachen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald, weil die Zuständigkeit für den Rettungsdienst dort liegt. Zur Unterstützung bei einem Massenfall von Verletzten gibt es konkrete Absprachen. Wir werden auch in dieser Situation eine Führungskraft der Stufe B entsenden, einen leitenden Notarzt, der dann aus ärztlicher Sicht die Koordination übernehmen wird und sich mit dem leitenden Notarzt aus dem Landkreis Dahme-Spreewald abstimmt. Er wird in die Einsatzleitung gehen. Darüber hinaus wieder ein C-Dienst, zwei Notarzt-Einsatzfahrzeuge, unser Gerätewagen Massenfall von Verletzten, ein LHF für die Aufbauten und erst mal vier RTW. Das sind die Zusagen, die wir gemacht haben, unter der Maßgabe, dass wir – wir hatten ja gerade die Zuständigkeit – nicht zuständig sind, uns aber selbstverständlich verpflichtet fühlen, überörtliche Hilfe zu leisten. Dass darüber hinaus bedarfsgerecht Kräfte im Rahmen der Amtshilfe entsandt werden können, ist selbstverständlich. – Ich glaube, damit sind die Fragen 1 und 2 beantwortet.

Die dritte Frage lautet: Trifft es zu, dass die Berliner Feuerwehr über eine andere Software verfügt als die Brandenburger? Ich denke, da geht es um die Leitstellensoftware. – Ja, das ist richtig. Wir haben „unsere“ Software, die Brandenburger haben „ihre“ Software – das basiert auf Ausschreibungsergebnissen –, aber wir können trotzdem miteinander kommunizieren. Es ist jetzt auch gerade eine neue Schnittstelle definiert worden in eine DIN SPEC, in der die technischen Daten festgelegt sind, auch die Inhalte, damit Leitstellensysteme miteinander kommunizieren können. Wir werden diese Schnittstelle nachrüsten, und wir werden mit den Brandenburger Kollegen auch Kontakt aufnehmen. Wenn sie dieses auch tun, dann würden die Leitsysteme sogar in der Lage sein zu kommunizieren, was zurzeit noch nicht der Fall ist. – Das läuft also nach wie vor über Telefon, und, wenn wir unterwegs sind, per Funk.

Die vierte Frage: Sind unter Umständen Höhenrettungseinheiten für den BER erforderlich? Wenn ja – ist eine solche Bestandteil der Flughafenfeuerwehr? Wer leistet sonst die Höhenrettung? – Da kann ich nur sagen: Dafür bin ich nicht zuständig. Ich kann es auch nicht beurteilen; ich kenne das Brandschutzkonzept nicht im Detail, das dort hinterlegt ist. Aus der Entfernung, ohne Gewähr, würde ich jetzt erst mal sagen, man braucht keine Höhenrettung am Flughafen BER, aber das müsste dann noch mal einer detaillierten Betrachtung unterzogen werden.

Die fünfte Frage: Sind die für einen möglichen Tunnelbrand einzusetzenden Berliner Feuerwehrkräfte an den Langzeitempgeräten ausgebildet? – Die Frage kann ich mit Ja beantworten. Sie wissen selber, dass wir in unserem Zuständigkeitsbereich auch Tunnelanlagen haben – Straßentunnel, Eisenbahntunnel, allein schon das U-Bahnnetz und das S-Bahnnetz, das unterirdisch geführt wird. Das heißt, wir haben auch unsere Mitarbeiter mit Langzeitempgeräten ausgestattet und trainiert. Das ist einerseits der Technische Dienst, die Feuerwache Tiergarten, und in Kürze werden drei weitere Wachen als sogenannte Langzeitempgeräateträgerwachen zusätzlich in den Dienst gehen. Das ist diese Zusatzaufgabe bei bestehenden Wachen.

Ich denke, damit habe ich die ersten Fragen beantwortet. Ich stehe natürlich gerne für weitere Rückfragen zur Verfügung – und gebe das Wort zurück. Danke schön!

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank, Herr Gräfling! – Dazu eine Frage, Herr Wolf?

Udo Wolf (LINKE): Auch, ja!

Vorsitzender Peter Trapp: Dann sollten wir das Thema Feuerwehr komplett abhandeln. – Bitte!

Udo Wolf (LINKE): Es gab am 3. März die Notfallübung „Crash“. Da war der Auswertungsbericht noch nicht vorrätig. Die Frage ist: Hat sich bei dem, worüber Sie jetzt berichtet haben, Herr Gräfling, irgendetwas gezeigt, wo tatsächlich Eintreffzeiten, Schutzziele usw. überprüft werden müssen? Gibt es da weiteren Effektivierungsbedarf? Sind in dem Zusammenhang eigentlich auch schon insgesamt, was den Brandschutz im Allgemeinen angeht, die Projektion auf das, was uns jetzt als Problem aufgetischt wurde, irgendwelche Probleme mit durchgeprüft worden? Gab es da vielleicht schon mal eine Zwischenübung zum Thema Mensch-Maschine-Modell beim Brandschutz oder irgendetwas in dieser Art? War da irgendetwas absehbar?

Vorsitzender Peter Trapp: Wortmeldungen sehe ich nicht dazu. – Dann, bitte, Herr Gräfling!

Landesbranddirektor Wilfried Gräfling (Berliner Feuerwehr): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrter Herr Abgeordneter Wolf! Die Übung hat stattgefunden, das ist richtig. Sie lief unter dem Namen „Crash 2012“. Es wurden einige Szenarien dort geübt. Wie es üblich ist, erkennt man dabei natürlich auch gewisse Schwachstellen. An denen wird jetzt gearbeitet, aber ich bin nicht in der Lage, den Bericht der zuständigen Stelle – jetzt sind wir leider wieder bei den Zuständigkeiten – hier auszuführen. Ich glaube, wenn ein Brandenburger Kollege sich zu meinen Übungen äußern würde, würde ich mich wahrscheinlich auch etwas erre-

gen. Genauso könnte dieses in anderer Richtung passieren. Deswegen möchte ich dazu nicht weiter ausführen. Wir sind aber im Gespräch und arbeiten genau diese Schwachstellen ab.

Was den vorbeugenden Brandschutz und diese Mensch-Maschine-Schnittstelle betrifft, kann ich im Detail auch nichts sagen. Ich will aber grundsätzlich etwas zum Brandschutzkonzept sagen, weil das immer wieder die Frage aufwirft: Wie sieht das eigentlich aus? – Ein Brandschutzkonzept für besondere Einrichtungen besteht grundsätzlich aus vier Teilen. Das ist zum einen der bauliche Brandschutz. Das heißt: Wie wird dieses Gebäude gebaut? Das ist erst mal die Grundlage. Bei solchen komplexen Gebäuden sind das natürlich besondere Herausforderungen. – Dann gibt es einen organisatorischen Teil. Das heißt: Wie wickelt man im Schadensfall ein solches Ereignis im Bereich des Brandschutzes ab? – Dann gibt es die technischen Komponenten: Brandmeldeanlage, Sprinkleranlage, Absauganlage und Ähnliches. Und last but not least kommt der abwehrende Brandschutz, sprich dann, wenn die Feuerwehr tätig wird. Dies alles gehört zusammen.

Natürlich hat jedes Konzept schon von vornherein eine Mensch-Maschine-Schnittstelle. Das ist immanent in diesen Brandschutzkonzepten vorhanden. Ich kann auch sagen, ohne ins Detail zu gehen, dass es auch bei anderen Inbetriebnahmen nicht unüblich ist, mögliche Schwachstellen erst mal durch Manpower zu kompensieren. In welchem Umfang und in welcher Größenordnung man das macht, ist immer abhängig von der eigenen Situation. Und ob es genehmigt wird, ist dann auch wieder davon abhängig, wie die Brandschutzdienststelle – wie es so schön heißt – reagiert, und das ist hier der Landkreis Dahme-Spreewald. Das kann ich erst mal nur so pauschal sagen, ohne auf die Details einzugehen, weil wir, wie gesagt, dort nur im Rahmen der Amtshilfe tätig werden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Bitte, Herr Wolf!

Udo Wolf (LINKE): Herr Gräfing! Sie werden mir zugestehen, dass mich das nicht befriedigt, dass mit Verweis auf unterschiedliche Zuständigkeiten in unterschiedlichen Bundesländern eine Notfallübung, die den gemeinsamen Flughafen BER betrifft, drei Monate nach Stattfinden hier noch nicht öffentlich ausgewertet werden kann. Das ist aber keine Kritik an Ihnen, sondern das ist die Frage an den zuständigen Innensenator, ob er sowohl als Aufsichtsratsmitglied als auch als Mitglied der Landesregierung vielleicht mal Kontakt mit seinen Brandenburger Kollegen aufnimmt, um so etwas schnellstmöglichst beiden Parlamenten zur Verfügung zu stellen, damit wir uns einen Überblick über das verschaffen können, was möglicherweise an Effizienzsteigerungen und Effizienzproblemen zu diskutieren ist.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Bitte, Herr Senator!

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): Antwort: Ja. – [Udo Wolf (LINKE): Drei Monate! Hallo?] – Sie haben gefragt, was danach passiert. Die drei Monate werde ich nicht mehr aufholen können. Die sind jetzt im Land. Da haben Sie recht. Das können Sie auch kritisieren. Die Frage war, ob ich mit dem Kollegen Woidke in Verbindung trete, um den weiteren Verlauf so zu gestalten, wie Sie es in Ihrer Fragestellung formuliert haben. Da sage ich: Ja.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Weitere Fragen zur Feuerwehr sehe ich nicht. Dann kommen wir zum Thema Brandschutz. Wer möchte hier beginnen? – Bitte, Herr Dr. Schwarz!

Prof. Dr. Rainer Schwarz (FBB – Geschäftsführer): Vielleicht noch zu einer Frage zur Feuerwehr, die noch offen geblieben ist, die Herr Gräfling natürlich nicht beantworten konnte! Das war die Fragestellung bezüglich der Höhen. – Wir haben am Flughafen ein Drehleiterfahrzeug, das Höhen bis 44 Meter abdeckt, und darüber hinaus noch ein weiteres Fahrzeug, das in Höhen bis 30 Meter geht, sodass wir damit die Anforderungen an den Flughafen erfüllen. Jetzt werden Sie möglicherweise sagen: Der DFS-Tower ist noch höher. – Er ist in der Tat über 70 Meter hoch. Er hat allerdings ein eigenes Rettungstreppenhaus, sodass dort keine Höhenrettung notwendig ist.

Zu den Fragen des Brandschutzes: Sie fragen im Kern nach der Vollautomatik versus Halbautomatik, also Mensch-Maschine-Schnittstelle. – Wir hatten ursprünglich – in der Bauordnung auch so entsprechend beantragt – in der Tat eine Vollautomatik für den Brandschutz vorgesehen. Es zeichnete sich Anfang dieses Jahres ab, dass diese Vollautomatik aufgrund der Bauabläufe nicht mehr rechtzeitig bis zur Inbetriebnahme am 3. Juni eingebaut werden kann. Deshalb hatte der Generalplaner vorgeschlagen, mit einer halbautomatischen Lösung in Betrieb zu gehen, wissend, dass das natürlich nur eine Übergangslösung ist und dass dann im Zuge des eigentlichen Betriebes die Vollautomatik nachzurüsten ist. Wie Herr Gräfling gerade ausführte, ist das kein ungewöhnliches Vorgehen. Das ist an das Bauordnungsamt, also eine Behörde im Landkreis Dahme-Spreewald, herangetragen worden. Um im Einzelnen zu prüfen, wie das technisch umgesetzt werden kann, ist die sogenannte Taskforce eingesetzt worden. In der Taskforce waren dementsprechend die Mitarbeiter des Bauordnungsamtes gewesen. Der Landrat von Dahme-Spreewald war mit dabei gewesen. Es waren natürlich auch unsere Leute und auch ein Vertreter der Staatskanzlei in Potsdam dabei gewesen. Berliner Vertreter waren nicht in dieser Taskforce.

Die Taskforce hat erstmals Ende Februar getagt und in der Folgezeit dieses Projekt der Halbautomatik begleitet. Die letzte Tagung der Taskforce hat am 3. Mai stattgefunden. Aufgrund der Zweifel, die dort geäußert wurden, haben wir uns dann mit den entsprechenden Prüfsachverständigen zusammengesetzt, sodass deutlich wurde, dass das auf dem Weg, der bisher vorgesehen war, bis zum 3. Juni nicht mehr zu schaffen ist. Wir haben dann das Wochenende, das sich daran angeschlossen hat, genutzt, um zu gucken, ob es eine Rückfallebene dazu gibt. Nachdem auch das nicht möglich war, sind dann konsequenterweise Anfang der darauffolgenden Woche die Gesellschafter mit der entsprechenden Informationskette informiert worden, die, glaube ich, mittlerweile bekannt ist. – So weit erst mal zur Einführung in diese Mensch-Maschine-Schnittstelle und in die Zeitabläufe, die sich daraus ergeben haben.

Vorsitzender Peter Trapp: Zu den anderen Fragen – Herr Korkhaus, bitte!

Joachim Korkhaus (FBB – Projektleiter): Ich würde auch auf die erste Frage eingehen: Wie sah der Zeitplan für den Einbau und die Abnahme der Brandschutz- und Entrauchungsanlage aus? Wann hätte nach den Plänen der Flughafengesellschaft der TÜV Rheinland die Gesamtabnahme tätigen sollen? Warum hatte diese laut Eigenaussage im Mai dieses Jahres keine Terminanfrage? – Die ersten Brandschutzmaßnahmen bzw. Entrauchungskanäle sind schon im Zuge des Rohbaus gebaut worden. Wir haben ein sehr umfangreiches Entrauchungssystem innerhalb des Terminals. Das heißt, als im Jahre 2008 die Rohbauarbeiten begonnen wurden, wurden schon die Entrauchungszentralen im zweiten Untergeschoss sowie die Betonkanäle, durch die nachher die Entrauchungsgase abgesaugt werden, hergestellt. Mit den Entrauchungsgasen

chungskanälen von Promat bzw. den Blechkanälen, die nachher unter der Decke installiert werden, die dann durch die abgehängte Decke verkleidet werden, wurde vor Weihnachten 2010 begonnen, sodass über das gesamte Jahr 2011 bis zuletzt im Mai bzw. April dieses Jahres diese Kanäle installiert wurden, einschließlich der dazugehörigen Brandschutzklappen. Insgesamt haben wir über 4 000 Brandschutzklappen im gesamten Terminal. Das ist einmal die Hardware, die Kanäle, dann die Brandschutzklappen.

Dann wird das Ganze elektrisch verkabelt. Wieder ein weiteres Gewerk, von der Firma Imtech und Siemens. Dann werden diese ganzen Anlagen verkabelt und in Schallschränken zusammengefasst.

Dann gibt es nicht nur die Entrauchungsanlage, sondern auch die Alarmierung. Wir haben Brandmelder, die von der Firma Bosch kommen, die natürlich auch zusammenschaltet werden müssen. Die gesamten Maßnahmen, sowie die ersten Installationen unter der Decke vorgenommen werden, die Schallschränke in den Steigeschächten installiert werden oder in sonstigen Kabeltrassen entsprechende funktionserhaltende Kabel für diese Anlage verlegt werden, begleitet der TÜV-Sachverständige von den einzelnen Firmen. Parallel ist der TÜV Rheinland im zweiten Quartal 2011 von der FBB beauftragt worden, und auch die haben dann schon die Prüfer von den einzelnen Firmen begleitet. Als uns dann vor Weihnachten auffiel, dass die Vollautomatik nicht mehr erreichbar ist, kamen die Gedanken mit der Mensch-Maschine-Schnittstelle. Warum vonseiten des TÜVs Rheinland geantwortet wurde, dass es keine Anfrage gab, kann ich Ihnen nicht beantworten. Der TÜV ist, wie gesagt, mit mehreren Personen seit dem zweiten Quartal 2011 auf der Baustelle und begleitet die gesamten Abnahmeprozesse. Vielleicht liegt die Aussage daran, dass wir keine Abnahme für die Vollautomatik gestellt haben. Vielleicht ist da das Missverständnis zu sehen. – Das wären meine Antworten zu der ersten Frage.

Zu der zweiten Frage: Seit wann war der Geschäftsführung im Aufsichtsrat bekannt, dass es bei den Abnahmen der Entrauchungs- und Brandschutzanlage zu mehreren Teilabnahmen bzw. einer Gesamtabnahme kommen könnte? – Ich glaube, die Frage wurde von Herrn Prof. Schwarz beantwortet. In dieser Frage ist auch noch enthalten, warum nicht spätestens seit Herbst 2011 konkrete Anhaltspunkte da waren, um den Eröffnungstermin zu verschieben. – Im Herbst 2011 gab es diese Annahme noch nicht. Wie gesagt, uns wurde vor Weihnachten klar, dass die Vollautomatik nicht funktionieren kann. Deswegen kam dann diese Variante mit der Mensch-Maschine-Schnittstelle.

Ich denke, Frage 3: Bei welchen anderen vergleichbaren Projekten wurde eine Teilautomatisierung genehmigt? – wurde auch schon beantwortet. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Nein!] – FBB ist bekannt, dass sowohl bei der O₂-World als auch bei Alexa Ähnliches stattgefunden hat. Inwieweit in anderen Bundesländern so etwas gemacht wurde, ist uns nicht bekannt. Aber das war die Empfehlung sowohl von unserem Ersteller des Brandschutzkonzeptes als auch vom Generalplaner, dass so etwas durchaus üblich ist und dass man sich das auch beim Flughafenterminal vorstellen kann.

Dann zu Frage 4: Wurde nach der letzten Verschiebung des Eröffnungstermins am 30. Oktober 2011 der Problembereich Brandschutz identifiziert und durch die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat besonders begleitet? Welche Festlegungen gab es dazu? – Der Grund für die damalige Verschiebung im Jahr 2010 war, dass es Probleme mit der TGA und damit auch mit

den Planungen für den Brandschutz gab. Es wurden damals außerhalb des dreimonatigen Rhythmus des Aufsichtsrats wiederum alle drei Monate und damit alle sechs Wochen sowohl der Aufsichtsrat als auch die Gremien informiert. Dass es zu Problemen insbesondere mit der Brandfallsteuermatrix kam, ist uns auch seit Weihnachten letzten Jahres bekannt. Das hat dann letztendlich dazu geführt, dass dieser gesamte Wirkverbundtest – –, denn es ist ein Ineinandergreifen von verschiedenen Anlagen. Es muss sowohl die Brandmeldung als auch die Alarmierung über die Lautsprecher für die Evakuierung und die Klappensteuerung für die Entrauchung funktionieren. Es muss natürlich auch für eine Zuluft gesorgt werden, denn die Hälfte aller Räume innerhalb des Terminals sind im Untergeschoss bzw. ohne Fenster und müssen permanent be- und entlüftet werden. Und im Entrauchungsfall muss eine Zuluftzufuhr da sein, die auch wieder über Klappen, die aufgehen oder geschlossen werden müssen, stattfinden muss. Eben dieser Wirkverbundtest, der dann in großem Umfang im April dieses Jahres stattgefunden hat, hat gezeigt, dass eine hohe Fehlerhäufigkeit dabei war und dass die Gesamtanlage deswegen nicht funktionieren kann.

Dann die fünfte Frage: Wann wurde die Bauaufsichtsbehörde des Landkreises Dahme-Spreewald darüber informiert, dass die vollautomatisierte Brandschutzanlage nicht hinreichend funktionierte? Wann wurde sie über die geplante Mensch-Maschine-Schnittstelle informiert? Wie war die Reaktion der Behörde auf diesen Vorschlag? – Ich denke, das hat Herr Prof. Schwarz schon beantwortet. Die Information über einen Generalplaner erfolgte im Februar. Die erste Taskforce zu dem Thema war am 29. Februar. Insgesamt fanden fünf Sitzungen statt. Die letzte war am 3. Mai.

Wann wurde die Taskforce „Brandschutz“ eingesetzt? – Das ist schon beantwortet. – Wie viele Kosten waren für den Brandschutz ursprünglich vorgesehen? Wie viele sind es nunmehr? Wie wird gewährleistet, dass Sicherheit vorgeht und dass trotz des massiven Kostendrucks alle Sicherheitsanforderungen am BER erfüllt werden? – Nachdem wir die Verschiebung kundgetan haben, bekamen wir einen Tag später vom Bauordnungsamt schriftlich den Hinweis, dass diese Mensch-Maschine-Schnittstelle bei dem neuen Eröffnungstermin nicht mehr toleriert werden kann, sondern dass die Vollautomatik gefordert wird. Das heißt, wir stellen dann keinen Antrag auf eine vorzeitige Nutzung, sondern wir stellen einen Fertigstellungsantrag mit dieser Vollautomatik. Die Kostenermittlung läuft derzeit noch. Ich habe eben versucht zu erklären, dass die ersten Grundsteine für die Entrauchungsanlage und Entrauchungskanäle schon im Jahr 2008 gelegt wurden. Das heißt, es ist eine Schnittmenge der Gesamtkosten von mehreren Generalunternehmern. Der genaue Abgleich findet zurzeit statt. Im Moment kann ich Ihnen dazu keine genauen Kosten nennen.

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Herr Leininger! Gibt es aus Ihrer Sicht noch etwas hinzuzufügen? – [Zuruf von Christian Leininger (FBB – Bereichsleiter Safety & Security)] – Okay! – Dann hat der Herr Senator das Wort.

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): Ich bin mit ein, zwei Fragen belegt worden. Um das vorwegzunehmen, an die Kollegen der Grünen: Natürlich war meine Teilnahme im Aufsichtsrat eine Absprache zwischen den Koalitionsparteien. Das ist auch nichts Außergewöhnliches, wie ich finde. Es gab dann als Begründung dafür den Antrag auf Ausnahme vom Verbot der Nebentätigkeit nach dem Senatorenengesetz. Diese Begründung enthält naturgemäß nie alle Gründe für eine Ausnahme, aber richtig ist und bleibt das, was ich bereits mehrfach auf Kleine, Mündliche und sonstige Anfragen dem Parlament gesagt habe: Richtig ist und

bleibt, dass mit der Inbetriebnahme des Flughafens Berlin-Brandenburg der Flugverkehr in der Hauptstadtregion komplett neu organisiert wird. Hinzu kommt die deutlich höher gewordene internationale Bedeutung dieses Flughafens. Dementsprechend wächst auch – und das bitte ich im Wortprotokoll zu betonen – die abstrakt bestehende Bedrohungslage.

Dass das Thema Sicherheit auf Flughäfen immer eine Rolle spielt, sei es bei den Personenkontrollen oder bei der Absicherung des Geländes, ist auch klar. Dementsprechend hat sich der Aufsichtsrat auch immer wieder mit diesen Fragestellungen beschäftigt.

Die letzte Antwort auf die gestellten Fragen, was mich betrifft: Ich habe bislang an drei Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Die erste fand am 9. Dezember statt, die zweite am 20. April – das waren die beiden ordentlichen. Und dann gab es eine außerordentliche Sitzung, die auch Gegenstand der bisherigen Diskussion war. Sie fand am 16. Mai statt.

Sie haben, glaube ich, noch gefragt, ob und was mich befähigt. Es gibt immer wieder Situationen in Parlamenten, wo es eine Karriere vom Kreißaal über den Hörsaal in den Plenarsaal gibt. Das trifft auf mich nicht zu. Ich habe eine Ausbildung als Groß- und Außenhandelskaufmann und bin studierter Diplomkaufmann. Insofern sind mir bestimmte Fragestellungen im Zusammenhang mit einem Aufsichtsratsmandat nicht fremd.

Es ist auch so, dass der Senat für neue Aufsichtsratsmitglieder ein Seminar von Ernst & Young organisiert hat. Es findet am 19. Juni statt. Das gab es auch schon im Jahr 2010 und im Jahr 2011. Die Themen, die dort für die neuen Aufsichtsräte besprochen werden, sind etwa rechtliche Grundlagen, eine Jahresabschlussanalyse, die Bedeutung von Lageberichten, Risikomanagement oder auch interne Kontrollsysteme. Ich habe vor, dieses Seminar zu besuchen, um verschwommene Kenntnisse aus den letzten 20 Jahren wieder ein Stück weit aufzufrischen.

Vorsitzender Peter Trapp: Danke, Herr Senator! – Dann hat Herr Lauer das Wort. – Bitte, Herr Lauer!

Christopher Lauer (PIRATEN): Ich habe noch eine Frage an Herrn Schwarz, und zwar haben Sie vorhin gesagt: Anfang des Jahres war die Vollautomatik nicht möglich, das wurde dann klar. Ich habe jetzt nur eine Frage zu dem Vorgang. Sie stellen fest, dass diese Vollautomatik nicht möglich ist. Waren Sie dann beunruhigt? Oder haben Sie gesagt: Das ist ein vollkommen normaler Vorgang, das passiert immer?

Dann diese Mensch-Maschine-Koppelung, das klingt sehr futuristisch. Vielleicht könnten Sie einem Laien mal erläutern, was eine solche Mensch-Maschine-Koppelung konkret in einem Ernstfall bedeutet. Passiert das futuristisch mit Gedankenstrahlen, oder muss da jemand einen Hebel umlegen – ich denke bei Mensch-Maschine-Koppelung immer an Science Fiction. – [Zuruf] – Ja, oder mit Club-Mate, kommt gerade als Einwurf. Vorsprung durch Technik! – Sie hatten gesagt: Wir machen das mit dieser Mensch-Maschine-Koppelung und dann im Zuge des eigentlichen Betriebes die Vollautomatik. Was bedeutet das? Dass man diesen Flughafen dann mit dieser Mensch-Maschine-Koppelung in Betrieb genommen hätte und währenddessen diese Brandschutzanlage umgestellt worden wäre? Wie muss man sich das vorstellen, dass dann während des offiziellen Betriebes noch weiter an dem Flughafengebäude gebaut wird?

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Herr Wolf, bitte!

Udo Wolf (LINKE): Die technischen Details etc. beziehe ich im Moment im Wesentlichen auch aus den Presseveröffentlichungen. Wenn ich das richtig verstanden habe, scheint das Problem, insbesondere das Brandschutzproblem, ursächlich damit zusammenzuhängen, dass man sich bei der Berechnung des Volumens der Entrauchungsanlage am Anfang verrechnet hat. Das führte unter anderem auch dazu, dass man gesagt hat, es hätte eine Möglichkeit gegeben, diesen Berechnungsfehler darüber zu regeln, dass man auf das Dach aufstockt. Das hätte aber einen neuen Planfeststellungsbeschluss erfordert. Offensichtlich ist das aber nie ernsthaft diskutiert worden, sondern es wurde in Aussicht gestellt, dass mit irgendwelchen anderen Möglichkeiten nach der ersten Verschiebung mit der zweiten Verschiebung dann tatsächlich das Problem hätte gelöst werden können. Da frage ich mich jetzt: Warum hat die Geschäftsführung das mit dem Aufsichtsrat nicht offensiv diskutiert? Denn offensichtlich ist es jetzt möglich, in Sachen Lärmschutz – zulasten des Lärmschutzes – eine Änderung des Planfeststellungsbeschlusses zu beantragen – was ich im Übrigen einen ziemlichen Skandal finde, denn wenn man jetzt schon Zeit gewinnt, dann sollte man sich überlegen, wie man sie nutzt, um für mehr Lärmschutz zu sorgen, anstatt den Lärmschutz über einen Änderungsplanfeststellungsbeschluss umgehen zu wollen.

Die zweite Frage, die sich mir stellt, ist: Wie war eigentlich die Prioritätensetzung bei der Erstellung des BER? Inwieweit war die Priorität Sicherheit und damit natürlich auch der Brandschutz in allen Fragen der Organisationsabläufe gewährleistet? Ich sage das mal zuge-spitzt – möglicherweise mag das ein wenig polemisch klingen, aber das hat einen sehr ernsten Hintergrund: Nach Darstellung der Presse ist es so, dass dieser durchaus umstrittene Flughafenknast schon fertig ist, aber wir nicht imstande sind, die Sicherheit für die Passagiere im Fertigstellungsprozess hinreichend sicherzustellen. Das ist eine Frage, die man noch mal nachprüfen muss. Wie lagen die Prioritäten? Woran lag es, dass die klassische Fragestellung bei einem solchen Großprojekt, nämlich die Sicherheitsfragestellung, ein ums andere Mal nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt hat, dass man termingerecht die Sicherheitsfrage klären konnte, aber man allerlei andere Dinge schon hinbekommen hat? Gab es tatsächlich ein Organisationschaos der verschiedenen Gewerke, die da unterwegs waren? Was war das Problem? Und was ist von diesem Problem im Aufsichtsrat thematisiert worden?

Vielleicht kann Herr Henkel noch beantworten, was sich in diesen drei Sitzungen, von der Dezember-Sitzung bis zur April- oder Mai-Sitzung, in der Berichterstattung seitens der Geschäftsführung gegenüber dem Aufsichtsrat verändert hat.

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Herr Lux!

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für die Beantwortung der Fragen meiner Fraktion, soweit sie denn stattgefunden hat. Ich denke, es ergibt sich hier aus der Sitzung erstens, dass es von der Geschäftsführung der Flughafengesellschaft sehr ehrenhaft ist, so an den bislang getätigten Aussagen festzuhalten, dass es im Kern eher zu weiteren Fragen führt bzw. niemanden wirklich überzeugt, wenn man sich die gesetzlichen Regelungen anschaut, die zwischen Aufsichtsrat und Geschäftsführung einer Gesellschaft bestehen. Ich würde dennoch auf die Beantwortung meiner Fragen drängen: Wie sah der konkrete Zeitplan hinsichtlich der Brandschutzanlage aus? Die Frage wurde nicht beantwortet.

Gab es so etwas wie einen Rahmenterminplan der einzelnen Gewerke im Bereich des Brandschutzes? Hätten Sie nicht vorher darauf kommen müssen, dass die Reißleine zu ziehen ist bzw. – wie Herr Wolf es gesagt hat – dass Sie die Zeit der ersten Verschiebung, wie wir sie nennen, dazu nutzen müssten, um beim Brandschutz die Rahmenbedingungen einzuhalten? War es vom Landkreis Dahme-Spreewald avisiert, dass ihnen die teilautomatisierte Regelung genügt? Da habe ich Sie jetzt nicht eindeutig verstanden. Hatten Sie im Dezember ein Signal vom Landkreis Dahme-Spreewald, als Ihnen aufgefallen ist, dass Sie die vollautomatisierte Lösung nicht halten können, dass die teilautomatisierte Lösung möglicherweise abgenommen wird, und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen?

Zweitens: Sie haben im Verkehrsausschuss darüber gesprochen, dass die Mensch-Maschine-Lösungen bei vergleichbaren Projekten genehmigungsfähig sind. Jetzt stelle ich fest, dass ein vergleichbares Projekt in dem Fall die O₂-Arena und das Kaufhaus Alexa waren. Jetzt müsste man vielleicht mal den Aufsichtsratsvorsitzenden fragen, inwiefern diese Projekte tatsächlich vergleichbar waren, denn so, wie er diesen Flughafen und auch den Umfang dessen, was ein solcher Flughafen bedeutet, in die Öffentlichkeit gezogen hat, dürfte man wohl schwer davon ausgehen, dass ein Einkaufszentrum und eine nette Sporthalle vergleichbar mit einem Flughafenterminal dieses Umfangs sind. Es kann doch nicht Ihr Ernst sein, dass hier von vergleichbaren Projekten gesprochen wird. Ich hätte zumindest aus Ihren Aussagen im Verkehrsausschuss den Schluss gezogen, dass es bei Flughäfen eine ähnliche Lösung hätte geben können, wo dann ganz viele Menschen an den Brandschutztüren stehen und sie im Fall des Falles händisch bedienen. Hier gab es keine Antwort.

Ich bitte um die Beantwortung dieser beiden Fragen von eben und der zwei Fragen, die unter dem Punkt II von meiner Fraktion aufgeführt worden sind, welche privaten Sicherheitsdienste Sicherheitsaufgaben in wessen Auftrag am BER wahrnehmen und warum kein Notfallszenario geprobt worden ist, das sich auf einen Absturz im Berliner Stadtgebiet vorbereitet. Diese Fragen sind noch offen geblieben. – Unter dem Strich muss ich sagen, dass die Ankündigung der Oppositionsfraktionen, hier die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu prüfen, sich auch dadurch ergibt, dass man auf sehr konkrete Fragen nur teilweise zufriedenstellende Antworten bekommt. Deswegen muss ich um Verständnis bitten, dass wir auf einem anderen Wege die Sachaufklärung weitertreiben müssen.

Letzte Frage: Die Kosten für den Brandschutz, wie sie ursprünglich vorgesehen waren – da müssten Sie mir doch eigentlich eine Zahl nennen können, welche Kosten Sie ursprünglich für den Brandschutz geplant hatten. Die Prognose erwarte ich jetzt nicht zwingend von Ihnen, wie viel es am Ende wird, aber wie viel ursprünglich für den Brandschutz vorgesehen war – das müssten Sie doch beantworten können. Insofern darf ich diese Frage auch noch mal wiederholen. – Danke!

Peter Trapp (CDU): Schönen Dank, Herr Lux! – Bitte, Herr Dr. Schwarz!

Prof. Dr. Rainer Schwarz (FBB – Geschäftsführer): Ich fange erst mal mit der Frage von Ihnen an, Herr Lauer, was mich persönlich beunruhigt hat: Um das noch einmal deutlich zu sagen: Wir haben in der Geschäftsführung eine klare Ressortabgrenzung gehabt. Es gab einen für den technischen Bereich zuständigen Geschäftsführer, und es gibt einen Geschäftsführer, der für die verkehrlichen Bereiche zuständig ist. Mich hat das so lange nicht beunruhigt, als auch bei dem technischen Kollegen keine Beunruhigung über die Einführung der Halbautomatik vorlag. Das war ein Prozess, der mit dem Bauordnungsamt – wir haben das vorhin dargestellt – in enger Abstimmung erfolgte. Beunruhigt hat mich das erst, als die Signale aus dem technischen Bereich kamen, dass dieser Weg nicht gangbar ist. Dass dieser Weg grundsätzlich gangbar ist, zeigt, glaube ich – und das vielleicht schon mal im Vorgriff auf das, was Herr Lux vorhin fragte –, dass das Bauordnungsamt bei diesen Gesprächen mitgemacht hat, mit uns nach Lösungen gesucht hat. Ich darf in dem Zusammenhang noch mal erwähnen, dass am 20. April Herr Landrat Loge in einer Presseerklärung deutlich gemacht hat, dass er davon ausgeht – wissend, dass wir die Mensch-Maschine-Schnittstelle als Lösung mit ihm diskutieren –, dass die Inbetriebnahme zum 3. Juni funktioniert.

Was Ihre konkrete Frage angeht, wie man sich das vorstellen muss: Es wäre so gewesen, dass die Verknüpfung der unterschiedlichen Systeme – Herr Korkhaus hat gerade ausgeführt, die Wirkverbundtests seien das gewesen, was sich am Ende des Tages als kritisch herausgestellt habe – nicht technisch erfolgt wäre, sondern dass die Verknüpfung der Systeme miteinander manuell erfolgt wäre. Das muss man sich so vorstellen, dass dort insgesamt 10 oder 20 Leute dafür zuständig gewesen wären.

Was die Frage angeht: Wie sah der konkrete Zeitplan aus? – würde ich Herrn Korkhaus bitten, etwas dazu zu sagen, ebenso wie zu der Frage von Herrn Wolf zum Volumen der Entrauchungsanlage. – Was die Prioritätensetzung angeht, Herr Wolf, glaube ich, kann man die Infrastruktur, die wir für ein Asylverfahren bauen, und das, was für den Brandschutz gemacht wird, nicht miteinander vergleichen. Natürlich war allen Beteiligten klar, dass der Flughafen nur in Betrieb gehen kann, wenn eine vom Bauordnungsamt abgenommene Brandschutzautomatik da ist. Ohne die wird der Flughafen nicht in Betrieb gehen. Insofern haben wir natürlich alle unsere Gewerke unabhängig voneinander auf den 3. Juni 2012 fokussiert. Die Prioritätensetzung für den Brandschutz war dabei natürlich jedem klar gewesen. – Dann würde ich Herrn Korkhaus bitten, noch etwas zur Technik zu sagen.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte, Herr Korkhaus!

Joachim Korkhaus (FBB – Projektleiter): Ich möchte kurz etwas zu der Mensch-Maschine-Schnittstelle erklären. Was hat man sich darunter vorzustellen? – Ich hatte vorhin gesagt, es sind mehrere Gewerke, die ineinander greifen müssen. Das Schutzziel heißt zunächst einmal, ich muss den Rauch über die Brandmeldung sezieren. Wenn die Anlagen vollautomatisch funktionieren, hat man, nachdem der Brandmelder losgelegt bzw. den Brand seziiert hat, drei Minuten Zeit, um zu diesem Brandherd zu laufen. Man erkennt aufgrund der Nummer dieses Brandmelders, in welchem Raum der Brand ausgebrochen ist. Insgesamt ist das Terminal in über 400 solcher Szenarien unterteilt. Dann schaut man, ob es eventuell nur ein kleiner Brand ist, indem ein Papierkorb brennt oder jemand sonst irgendetwas in Brand gesetzt hat. Sollte sich dann herausstellen, dass dort ein schwererer Brand ist und die Feuerwehr löschen muss, dann geht automatisch die Evakuierung los. Es ist aber so, dass nicht der gesamte Terminal bei jedem Brand evakuiert wird, sondern nur in den Abschnitten, wo das Ganze passiert.

Wenn dann die Entrauchung nach weiteren zwei Minuten losgeht, muss der Rauch sowohl in den Räumen, in denen dieser Brand ausgebrochen ist, als auch in den entsprechenden Fluchträumen abgesaugt werden. Sie können sich vorstellen, dass bei einem großen Gebäude wie dem Terminal natürlich auch die Fluchtwege rauchfrei gehalten werden müssen. Man muss über Treppenhäuser und Gänge ins Erdgeschoss kommen, um von dort aus ins Freie zu gelangen, wo dann die Aufstellflächen sind, wo die geflüchteten Personen von der Feuerwehr bzw. vom Sicherheitspersonal aufgenommen werden.

Insgesamt muss ich also diese 16 000 bis 18 000 Rauchmelder im Terminal verknüpfen. Ich muss entsprechende Ansagen über Lautsprecher schalten – natürlich nicht im gesamten Terminal, sondern nur dort, wo das Ganze passiert. Die Verknüpfung muss dann wieder mit den entsprechenden Entrauchungssystemen funktionieren. Im gesamten Terminal habe ich eine Entrauchungsmenge von 4 Millionen Kubikmetern. Wenn ein Brandereignis vorhanden ist, gehen nicht 4 Millionen Kubikmeter Entrauchungsmenge in über 30 Anlagen los, die sich im gesamten Terminal verstecken, sondern nur in den Bereichen, wo der Brand sich ereignet.

Dann muss, wenn in den Räumen der Brand weiter voranschreitet, die Luft dort abgesaugt werden. Wir haben sehr komplexe Anlagen. Allein unsere größte Anlage, die Anlage 14, die die Gepäckausgabe, die Gepäckförderanlage, entraucht und auch den gesamten Bereich, wo sich die Sicherheitskontrollen und die Untergeschosse befinden, fördert 1,2 Millionen Kubikmeter.

Herr Wolf fragte: Warum hat sich bei den Berechnungen die Volumenmenge erhöht? – Die Berechnungen, die damals durchgeführt wurden, sind noch mit denen, die wir heute ausgeführt haben, identisch. Allerdings hat sich im Jahr 2010 Folgendes ereignet: dass durch fortgeschrittene Sicherheitsvorkehrungen die Heißgasversuche nicht mehr mit dem Theaternebel durchgeführt werden sollten, sondern mit Schwarzrauch, weil wir im gesamten Bereich des Terminals eine Membrandecke haben. Membrandecke heißt, dass sie einen Sichtschutz darstellt. Man will nicht in die Anlagen gucken, die Entrauchungskanäle, die Kabelpritschen, die unter der Decke hängen, sondern der Rauch muss durch diese Membran. Da sind Löcher drin, vier mal vier Millimeter. Wenn ich jetzt aber einen Schwarzrauchversuch mache – das ist das, was nachher das natürliche Leben ist, da brennt Papier, da brennt ein Stoff oder Koffer oder sonstige Dinge –, dann sind in diesem Heißgas natürlich auch entsprechende Schwebstoffe, die dann diese Löcher in der Membrandecke zusetzen können. Wie werde ich dessen Herr, dass nach fünf Minuten nicht in der gesamten Membran die vier mal vier Millimeter großen Löcher mit Ruß zugesetzt sind? – Indem ich die Entrauchungsmenge erhöhe. Einfaches Beispiel: Wenn Sie bei einem Staubsauger – die meisten sind justierbar von 200 bis 1 400 Watt, – bei 200 Watt ein Blatt Papier davorhalten, dann saugt sich das fest, und es wird gar keine Luft mehr angesaugt. Wenn ich aber auf 1 200 oder 1 400 Watt steigere, dann verschwindet irgendwann das Blatt Papier komplett im Staubsauger. So ist es auch mit unserer Entrauchung. Um zu verhindern, dass sich nach fünf oder sechs Minuten da oben diese kleinen Löcher zusetzen, musste die Entrauchungsmenge erhöht werden. Darum hat sich allein bei der einen Anlage das Ganze von 300 000 auf 1,2 Millionen mit einer entsprechenden Steigerung der Klappensteuerung gesteigert. Wenn z. B. hier im Raum ein Brandereignis passiert, dann entrauche ich nicht das gesamte Abgeordnetenhaus, sondern diesen Raum und die dazugehörigen Fluchtwege. Das ist jetzt kein gutes Beispiel, weil hier draußen ein riesiges Treppenhaus ist,

aber innerhalb unseres Terminals sind es natürlich geschlossene Treppenhäuser, es sind Gänge, und in den Bereichen muss ich diese rauchfreie Zone von 2,15 Metern erreichen.

Wenn ich jetzt davon spreche, dass diese gewaltige Anlage 14 z. B. 1,2 Millionen Kubikmeter entraucht – allein in dieser Anlage sind viele Kilometer Kanäle. Die großen, die unten bei der eigentlichen Anlage sind, sind begehbar. Sie sind 3 mal 6 Meter groß und aus Beton, und sie verzweigen sich in kleinere Kanäle, die in den entsprechenden Räumen unter der Decke hängen – dann vielleicht Lüftungsquerschnitt 40 mal 50 Zentimeter. Diese Anlage muss über Klappen gesteuert werden. Wenn ich die 1,4 Millionen Kubikmeter hochfahre, müssen gewisse Klappen zugehen und gewisse Klappen aufgehen. Wenn das nicht der Fall ist, und das hatten wir in den Tests im April festgestellt, dass es da eine Fehlerhäufigkeit gab, funktioniert diese Anlage nicht automatisch, sondern wenn eine Klappe an der falschen Stelle zu bleibt, dann kann es durch den gewaltigen Druck durchaus passieren, dass dann die Kanäle zusammengesaugt werden oder sozusagen implodieren. Das ist uns auch in der Testphase im April passiert, dass solche Promat-Kanäle, das sind bei über 1 000 Grad feuerbeständige Kanäle, auf acht Meter implodiert sind, und die kleinen Teilchen haben nachher auf der abgehängten Decke gelegen oder sind sogar durchgefallen.

Zum Zeitplan: Natürlich hatten wir bei der alten Anlage, die vollautomatisch hätte funktionieren sollen, bevor wir Weihnachten auf die Idee mit dieser Mensch-Maschine-Schnittstelle kamen, einen Zeitplan. Da war vorgesehen, dass spätestens im März die Anlagenteile installiert sind und dass wir dann im April mit den Verbundtests beginnen. Durch die Verzögerungen, die sich im letzten Halbjahr 2011 darstellt haben, weil vom Generalplaner immer wieder Nachsteuerungen vorgenommen wurden, gab es in der Vollautomatik einen Verzug. Das hat uns dann dazu verleitet, diese Mensch-Maschine-Schnittstelle überhaupt zu untersuchen, vorzubesprechen und dann den Antrag beim Bauordnungsamt einzureichen.

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Es gibt noch Nachfragen von Herrn Lauer und Herrn Wolf!

Christopher Lauer (PIRATEN): Einmal noch die Frage, wie das dann hätte mit dem Übergang zwischen dieser manuellen Betätigung und dem laufenden Betrieb – Die Frage haben Sie, glaube ich, noch nicht beantwortet. – Es kam der Vergleich mit dem Alexa und der O₂-World. Es würde bei einem Flughafen nahe liegen, das auch mit einem Flughafen zu vergleichen. Wie viele Flughäfen gibt es denn in Deutschland, die mit einer solchen Mensch-Maschine-Koppelung betrieben werden? Was hat Sie dazu bewogen zu sagen: Ja, es ist ein probates Mittel, das bei einem Flughafen zu tun?

Dann würde mich noch interessieren, inwieweit z. B. diese Brandkatastrophe 1996 beim Flughafen Düsseldorf grundsätzlich in die Planung des BER eingegangen ist. Man kann lesen, dass man in Düsseldorf aus Kostengründen nicht ausreichend brandsichere Stoffe verwendet hat. Der bauliche Brandschutz wurde vernachlässigt, und es gab keine Sprinkleranlage. Also: Inwieweit ging Düsseldorf in Ihre Planung ein?

Dann habe ich noch eine eher allgemeinere Frage: Wie erklären Sie sich eigentlich, dass es bei solchen Vorfällen immer zu einer gewissen Verantwortungsdiffusion kommt? Das ist sehr interessant. Egal, wen man fragt – die Stelle, auf die man zurückführen kann, dass die Situation so ist, wie sie ist, lässt sich nicht so richtig finden. Liegt es am Charakter von Großprojek-

ten? Liegt es an mangelnder Kommunikation? Sie haben gesagt, Herr Schwarz, Sie waren nicht beunruhigt, als das mit dieser Vollaomatik fiel, weil die Techniker gesagt haben, es sei alles in Ordnung. Dann zeigt jeder immer auf irgendjemand anderen. Und am Ende ist dieser Flughafen nicht fertig. Es gibt andere Projekte, wo es auch zu Schlimmerem kommt, als dass da irgendetwas nur nicht fertiggestellt wird. Auf jeden Fall: Am Ende funktioniert etwas nicht, es war aber alles in Ordnung. Wie erklären Sie sich das? Zum einen Ihre Einschätzung, Herr Schwarz, vonseiten des Flughafens, aber auch Ihre, Herr Henkel, noch mal von der politischen Seite aus!

Vorsitzender Peter Trapp: Dann hat Herr Wolf das Wort.

Udo Wolf (LINKE): Danke! – Nach den Ausführungen von Herrn Korkhaus kann ich feststellen, dass der Kern meiner Aussage dennoch richtig ist. Auch wenn Sie sagen, es gab keinen Berechnungsfehler, kann man feststellen, dass es eine Variante der Entrauchungsanlage gab, wo sie sozusagen unter Theaterbedingungen, also mit weißem Rauch, funktioniert, und unter Ernstfallbedingungen, wenn der Test mit schwarzem Rauch gemacht wird, also wenn tatsächlich Schwebstoffe und Rußpartikel drin sind, was normalerweise beim Brand vorkommt, nicht funktioniert. Trotzdem noch mal die Frage, die ich Ihnen gestellt habe – nicht Ihnen persönlich, Herr Korkhaus, sondern dem Geschäftsführer der Flughafengesellschaft, Herrn Schwarz, und dem Aufsichtsratsmitglied –, warum nicht ernsthaft darüber diskutiert wurde, wenn nach dem Ernstfalltest klar wurde, das Ding funktioniert so nicht.

Das wirft im Übrigen auch die Frage auf, wenn in anderen Flughäfen in Deutschland genauso getestet wurde und immer nur unter Theaterbedingungen und nie unter Ernstfallbedingungen genehmigt wurde, ob wir da möglicherweise ein größeres Sicherheitsproblem bei allen Flughafenanlagen haben. Das muss jetzt im Innenausschuss für Berlin nicht besonders interessieren, aber die Bürgerinnen und Bürger insgesamt.

Die Fragestellung ist: Warum ist es möglich, eine Änderung des Planfeststellungsverfahrens beim Thema Lärmschutz zu beantragen, aber bei der Frage zur Behebung eines schwerwiegenden Brandschutzproblems nicht? Warum ist das nicht diskutiert worden? Da hilft mir der Verweis darauf, dass unterhalb der Geschäftsführung die Techniker und die verschiedenen Gewerke eigenverantwortlich arbeiten, bis irgendetwas nicht mehr funktioniert, relativ wenig. Ich hätte gerne, dass diese Fragen, die wir hier stellen, auch so beantwortet werden, wie wir sie stellen. Warum ist das nicht diskutiert worden, wenn es in anderen Fällen offensichtlich relativ schnell und einfach funktioniert – wenn es nämlich um Wirtschaftlichkeitsinteressen geht und nicht mehr um die Sicherheitsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger?

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte, Herr Lux!

Benedikt Lux (GRÜNE): Herr Wolf hat völlig recht. Ich denke, dass die Runde hier gezeigt hat, dass viel mehr Sachverhalte im Argen liegen, die unbedingt aufgeklärt werden müssen – wozu wir heute aber nicht kommen werden. Meine Fraktion hat da nicht zu Unrecht gemeinsam mit anderen Oppositionsfraktionen ein probates Mittel ins Spiel gebracht.

Meine Frage, die ein bisschen eiliger und fristbezogener ist, noch mal ganz konkret an Sie, Herr Henkel: Sind Sie nach dem bislang Diskutierten der Ansicht, dass Aufsichtsrat und Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung entlastet werden sollten, was mögli-

cherweise in den nächsten Wochen auch stattfinden könnte? Würde Sie, Herr Henkel, dem Senat oder dem Land Berlin empfehlen, dass der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung zu entlasten sind? Wie bewerten Sie es, dass die Gesellschafterversammlung im Wesentlichen durch Klaus Wowereit vertreten wird, der sich damit auch selbst entlasten kann? Wie ist Ihre Haltung? Da hätte ich gerne ein klares Wort von Ihnen. – Danke!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Es steht niemand mehr auf der Rednerliste. Wir schließen sie dann. Alle anderen Fragen sollten im Untersuchungsausschuss geklärt werden. Ich erteile dann Herrn Henkel und vielleicht auch den Flughafenrepräsentanten das Wort. – Herr Henkel, Sie haben das Wort!

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): Vielen Dank! – Herr Kollege Wolf! Herr Kollege Lux! Ich finde, wenn Sie Fragen stellen, sollten Sie auch so fair sein zu sagen, dass diese Fragen beantwortet werden.

Was auch nicht geht, deshalb sage ich es noch mal: Es wurde die Frage gestellt, ob so etwas wie eine Mensch-Maschine-Schnittstelle schon mal stattgefunden hat. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Bei vergleichbaren Projekten!] – Daraufhin ist O₂-World und Alexa genannt worden, ohne einen Vergleich zu nehmen. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Ich habe doch das Wortprotokoll aus dem Verkehrsausschuss hier!] – Dann haben Sie vorhin nicht richtig vorgelesen. – Entscheidend bei dieser Frage, Herr Kollege von den Grünen, ist, ob das Bauaufsichtsamt abnimmt oder nicht. Das ist die entscheidende Frage an dieser Stelle und nicht irgendwelche Vergleiche. – Düsseldorf im Übrigen, weil dieses Beispiel nun wirklich von Ihnen kam, zeigt, wie wichtig und richtig die Debatte um den Brandschutz ist. Die Ergebnisse von Düsseldorf sind, jedenfalls was die Anforderungen an den Brandschutz betrifft, natürlich eingeflossen, nicht nur in Diskussionen, sondern mit sehr viel Aufwand in die tatsächliche Umsetzung beim Thema Brandschutz. Ich sage: Gott sei Dank ist das so.

Die Frage Entlastung: Die Gesellschafterversammlung hat noch nicht getagt. Der Wirtschaftsprüfer hat Entlastung empfohlen. Die Gesellschafterversammlung wird hoffentlich in den nächsten Wochen eine entsprechende Empfehlung geben.

Ich sehe übrigens – wenn Sie sagen, es seien Fragen offen geblieben; es ist ohnehin die Frage, wie intensiv wir uns jetzt hier im Innenausschuss damit beschäftigen – diesem Untersuchungsausschuss auch mit großem Interesse entgegen, schon deshalb, weil auch mich interessiert, welche Diskussionen das Aufsichtsratsmitglied Wolf von der Linkspartei in den letzten Sitzungen – die er viel häufiger besucht hat als ich; das liegt in der Natur der Sache, weil er länger Mitglied war – geführt hat. Vielleicht gibt es auch etwas, was ich als Anregung für meine künftige Arbeit im Aufsichtsrat mitnehmen kann. Insofern sehe ich diesem Untersuchungsausschuss mit Gelassenheit und großem Interesse entgegen.

Vorsitzender Peter Trapp: Zu den Fragen von Herrn Lauer, die noch offen sind – Herr Korkhaus!

Joachim Korkhaus (FBB – Projektleiter): Ich möchte noch eins sagen, und zwar in Richtung Sicherheit, Schutzziel und Vergleichbarkeit. Ich denke, überall geht es darum, Menschen zu schützen, egal, wie groß das Gebäude ist. Ob ich über einen Terminal rede, der 300 000 Quadratmeter groß ist, oder ein Einkaufszentrum, das 60 000 Quadratmeter groß ist,

oder ein Gebäude mit 5 000 Quadratmetern. Zunächst einmal muss der Brand gemeldet werden. Es muss entraucht werden, denn das Wichtigste ist die Entrauchung. Diese 2,15 Meter Schutzziel heißen, dass die Menschen, die sich in dem Gebäude befinden, wie gesagt, egal, wie groß es ist, die 15 Minuten nutzen können – vor allen Dingen auch, egal, wie schnell sie sind –, damit sie das Freie erreichen. Da hängt es von der Größe, ob das ein Flughafen oder was auch immer ist, überhaupt nicht ab. Wichtig ist die Menschenrettung. Deshalb ist diese Frage nach der Vergleichbarkeit eigentlich keine Frage, denn die Menschen müssen raus, und nachher löscht die Feuerwehr den Brand.

Zu der Frage von Herrn Lauer bezüglich des Mensch-Maschine-Zeitplans: Wie sah der aus? – Wenn es uns gelungen wäre, diese Mensch-Maschine-Schnittstelle am 3. Juni 2012 in Betrieb zu nehmen und damit auch den Flughafen, dann hätten wir einen Zeitrahmen bis November, Dezember gehabt, um nachts entsprechende Nachverkabelungen durchzuführen, denn wir müssen dann wieder an die abgehängten Decken. Wenn irgendwelche Tests feststellen, dass sich Klappen nicht öffnen oder sonstige Meldungen nicht kommen, muss nachverkabelt werden. Das hätten wir aber außerhalb der Betriebszeiten des Flughafens gemacht.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Eine Wortmeldung? – Aber bitte ganz kurz, wir haben die Rednerliste eigentlich geschlossen.

Udo Wolf (LINKE): Wenn hier eine Falschbehauptung aufgestellt wird, muss ich darauf reagieren können. Der Innensenator hat behauptet, dass alle Fragen beantwortet seien, auch in Bezug auf meine Frage. Die Frage, warum da nicht über eine Änderung des Planfeststellungsverfahrens diskutiert wurde, als festgestellt wurde, dass die Entrauchungsanlage nicht so funktioniert, wie sie hätte im Brandfall funktionieren müssen, wie es offensichtlich jetzt beim Lärmschutz möglich ist, warum es nicht passiert ist, wurde nicht beantwortet – von niemandem da vorne.

Zweiter Punkt: Für den Fall, dass sich die CDU-Fraktion, wie es Herr Trapp quasi angekündigt hat, auch einen Untersuchungsantrag wünscht, wo wir ihn noch prüfen – wir sehen dem ganz gelassen entgegen, insbesondere auch, was unser Aufsichtsratsmitglied Harald Wolf angeht. Wir sind uns ganz sicher, dass die Fragen, die wir hier stellen, zu dem Zeitpunkt, als er noch Aufsichtsratsmitglied war, überhaupt noch nicht virulent waren. Deswegen werden wir dem, was dort in einem möglichen Untersuchungsausschuss diskutiert wird, von mir aus mit einer Verlängerung des Untersuchungsauftrages, über den wir uns noch einigen müssen, ganz gelassen entgegensehen.

Wir sind hier im Parlament. Ich habe das auch schon mal so dem Kollegen Lux gegenüber angesprochen. Die Methode, mit einem langen schriftlichen Fragenkatalog reinzugehen und dann dem mit einem langen schriftlichen Antwortzettel zu begegnen, widerspricht dem Charakter des Parlaments, um das mal deutlich zu sagen. Hier gilt das gesprochene Wort, und deswegen müssen wir auch aufeinander reagieren können. Der Umstand, dass heute wieder an bestimmten Punkten die Ernsthaftigkeit des Problems in der Sache nicht angemessen diskutiert wurde – da spricht viel dafür, dass wir in dieser ganzen Aufarbeitungsgeschichte noch sehr viel Zeit aufwenden müssen, und zwar in allen Ausschüssen, egal, ob ein Untersuchungsausschuss kommt oder nicht. Diese Debatte bleibt uns zu meinem großen Leidwesen noch erhalten. Je mehr wir darüber diskutieren, umso mehr neue Fragen tauchen auf. Ehrlich gesagt, mich macht es ziemlich besorgt, dass Brandschutzanlagen bisher offensichtlich mit

Theaterrauch getestet wurden und nicht unter Ernstfallbedingungen. Das ist ein größeres Problem, das in der Zukunft auch überregional in der Debatte an Bedeutung gewinnen sollte.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Herr Lux noch!

Benedikt Lux (GRÜNE): Ich will mich dem Kollegen Wolf anschließen, aber auch noch mal eine Lanze für meine schriftlich eingereichten Fragen brechen. Dadurch haben wir es nämlich schwarz auf weiß, dass die Fragen überhaupt nicht alle beantwortet worden sind. Das kann man gerne noch mal im Wortprotokoll nachchecken, dass es tatsächlich eine Falschbehauptung war, die der Innensenator hier aufgestellt hat.

Im Übrigen bin ich sehr zufrieden, dass das Parlament hier seinen Pflichten viel deutlicher nachkommt, als der Aufsichtsrat seinen Überwachungspflichten. Bis heute gibt es überhaupt keinen Beweis dafür, dass er tatsächlich überwacht hat, wie es dem Gesetz nach vorgeschrieben ist und wo es umfangreiche Hinweise gibt, auch auf Senatsebene, dass bestimmte Überwachungspflichten einzuhalten sind. All dem konnten Sie hier nicht entgegenreten.

Im Übrigen bleibe ich dabei. Die Verzögerungen waren im zweiten Halbjahr letzten Jahres bekannt. Es gab überhaupt keinen Grund, diese Informationen dem Aufsichtsrat und anderen beteiligten Stellen vorzuenthalten. Da bleibt also eine ganze Menge aufzuarbeiten, und auch nach dem heutigen Tag wurden mehr Nachfragen aufgeworfen, als jemals Fragen zu dem Komplex beantwortet worden sind. – Danke schön!

Vorsitzender Peter Trapp: Zu den Fragen dann noch Herr Dr. Schwarz, bitte!

Prof. Dr. Rainer Schwarz (FBB – Geschäftsführer): Vielleicht zunächst einmal zu Ihnen, Herr Lux: Die Gründe für die Verschiebung waren im zweiten Halbjahr des letzten Jahres nicht bekannt. Ich glaube, das ist ausreichend dargestellt worden. – Sie fragten, warum kein Planfeststellungsverfahren gemacht oder diskutiert wurde. Diese Fragestellung ist nicht Gegenstand eines Planfeststellungsverfahrens. In der ganzen Frage Brandschutz haben wir mit dem MIL, das praktisch für die Planfeststellung zuständig ist, gar keinen Kontakt, sondern es geht lediglich um die Ausführung und Erfüllung von Brandschutzauflagen. Dafür ist das Bauordnungsamt zuständig. Insofern: In dem Augenblick, in dem man feststellt, dass die Entrauchungsmengen erhöht werden müssen, müssen sie erhöht werden. Das ist aber keine Frage der Planfeststellung, sondern es ist die Frage, wie ich das technisch in den Griff bekomme. – [Zuruf von Udo Wolf (LINKE)] – Für die Art und Weise, wie man die Entrauchungsmengen erhöht, ist eine technische Lösung gefunden worden. Das ist mit dem BOA besprochen worden, und zu keiner Zeit hat sich das MIL da eingeschaltet in der Fragestellung: Macht ihr jetzt eine Planfeststellung oder nicht? Das wäre auch völlig unüblich.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit schließen wir diesen Besprechungspunkt ab. – Ich bedanke mich bei den Flughafenrepräsentanten und bei der Berliner Feuerwehr für die umfangreiche Information.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Homophobie und Hassgewalt in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)

[0051](#)
InnSichO

Ich begrüße die Anzuhörenden Frau Claudia Apfelbacher, Geschäftsführerin der Lesbenberatung in Berlin – herzlich willkommen! –, Herr Bastian Finke, Vorsitzender der Organisation MANEO – herzlich willkommen! Ich glaube, wir hatten schon mal das Vergnügen. – und Herr Jörg Steinert, Geschäftsführer des deutschen Lesben- und Schwulenverbandes – auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

Ich schlage ich vor, dass wir ein Wortprotokoll führen. – Es gibt keinen Widerspruch, dann verfahren wir so. – Ich würde gerne zuerst Herrn Schreiber bitten, den Tagesordnungspunkt kurz zu begründen.

Tom Schreiber (SPD): Ich möchte mich – auch im Namen der Kollegen der anderen Fraktionen – bedanken, dass wir es geschafft haben, in der Zeit, in der das schwul-lesbische Straßenfest stattfindet und der CSD vor der Tür steht, Sie heute zu einem wichtigen Thema anzuhören. Wir haben deswegen den letzten Innenausschuss vor der Sommerpause gewählt, damit das Thema auch medial einen Niederschlag bzw. einen Punkt in der Öffentlichkeit findet, denn es geht darum, dass wir dieses Thema Hassgewalt und Homophobie ein Stück weit in den Mittelpunkt rücken, auch in der öffentlichen Debatte und Auseinandersetzung; denn das, was wir tagtäglich in Berlin erleben, das, was Sie wahrscheinlich jetzt auch gleich vortragen werden, ist etwas, wo wir allesamt gesellschaftlich Gesicht zeigen müssen und Ihnen gerne zuhören, wenn Sie sagen, wo Sie auch Wünsche an die Politik haben, wo es hakt, wo es klemmt. Deswegen sitzen wir hier in der Anhörung. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Wie haben sich die Anzuhörenden geeinigt? Wer beginnt? – Bitte, Frau Apfelbacher!

Claudia Apfelbacher (Lesbenberatung Berlin): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Senator! Sehr geehrte Polizeivizepräsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich bedanke mich für die Einladung zu der Anhörung im Innenausschuss zu dem Thema Homophobie. – Die Lesbianberatung arbeitet seit nunmehr 30 Jahren zu dem Thema Gewalt und Diskriminierung von lesbischen und bisexuellen Frauen und seit ca. 15 Jahren zu Gewalt und Diskriminierung von transzendenten Menschen. Wir begrüßen es sehr, dass das Thema Homophobie und Transphobie in der Politik und heute hier im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung angekommen ist und ernst genommen wird.

Mit der seit 2010 vom Senat umgesetzten Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt – ISV“ ist ein wichtiges Instrument geschaffen worden, um Homophobie und Transphobie in all ihren Erscheinungsformen wahrzunehmen und ihnen auch begegnen zu können. Was jedoch unserer Meinung nach nicht genug Berücksichtigung gefunden hat, sind die Mehrfachdiskriminierungserfahrungen, die Menschen, die von homophober und transphober Gewalt betroffen sind, häufig auch erleben. Dies sehen wir als ein ge-

samtgesellschaftliches Problem, dem strukturell, institutionell und zwischenmenschlich begegnet werden muss.

Mehrfachdiskriminierung kann unterschiedliche Erfahrungen beschreiben. Manchmal wird eine Person in unterschiedlichen Situationen aufgrund verschiedener Merkmale diskriminiert. Eine lesbische Frau of Color kann beispielsweise innerhalb von schwul-lesbischen Transzusammenhängen rassistische Diskriminierung erleben und innerhalb ihres Arbeitskontextes Diskriminierung aufgrund ihres Frauseins und/oder ihrer lesbischen Lebensweise. Oftmals ist es schwer, eine Diskriminierung auf eine alleinige zugeschriebene oder tatsächliche Identität zurückzuführen, da diese immer zusammenwirken, beispielsweise bei einer Beschimpfung wie – es wird jetzt etwas polemisch, ich bitte das zu entschuldigen –: „Sprich gefälligst Deutsch, du Scheiß-Lesbe!“. In unserer Arbeit ist es uns daher besonders wichtig, dass wir nicht nur auf ein Merkmal wie zum Beispiel das Lesbisch-Sein achten, sondern die Vielseitigkeit von Identitäten berücksichtigen. Menschen in unseren Beratungen sind häufig von verschiedenen Diskriminierungen betroffen, z. B. aufgrund der Hautfarbe oder ihrer sexuellen Identität, ihrem angenommenen oder tatsächlichen Migrationshintergrund, ihrem Frau-Sein oder ihrem Alter oder ihrer sozialen Herkunft oder des sozialen Status. Daraus ergibt sich für uns folgende Forderung: Mit der Verpflichtung des Berliner Senats, Diversity Mainstreaming als Querschnittsaufgabe zu verstehen, wünschen wir uns, dass sich bei der weiteren Umsetzung der ISV der Diversityansatz und damit auch der Blickwinkel auf Mehrfachdiskriminierung wiederfindet.

Um die Nachhaltigkeit der Antidiskriminierungs- und Antigewaltarbeit der Landesantidiskriminierungsstelle des Senats und der damit beauftragten Nichtregierungsorganisation zu gewährleisten, ist es unseres Erachtens notwendig, die in 2010 inhaltlich und auch finanziell für zwei Jahre gut ausgestattete Arbeit weiterzuführen und weiter auszubauen. Damit würde perspektivisch dauerhaft eine breit angelegte Struktur geschaffen, die durch eine Regelfinanzierung abzusichern wäre. Insbesondere ist hier auch darauf zu achten, dass Organisationen mit den Zielgruppen transidente und intersexuelle Menschen berücksichtigt werden.

Antigewalt- und Antidiskriminierungsarbeit richtet ihren Fokus auf die Unterstützung von Betroffenen. Nach neuesten Ergebnissen aus der von uns in Auftrag gegebenen Studie zu Gewalt- und Mehrfachdiskriminierungserfahrungen von lesbischen und bisexuellen Frauen und transidenten Menschen in Deutschland – die Pressekonferenz zu den quantitativen Ergebnissen findet in dieser Woche am Donnerstag um 11 Uhr im Roten Rathaus statt – wenden sich über 80 Prozent der Befragten bei Erleben von Diskriminierung an ihnen nahestehende Personen, die Hälfte der Befragten sucht Unterstützung in ihrer Community oder in lesbischen, Schwulen- und Transzusammenhängen, ca.18 Prozent suchen sich Hilfe in psychosozialen Einrichtungen, und nur 5 Prozent haben rechtliche Schritte eingeleitet. Dies könnte ein Indiz für das mangelnde Vertrauen in Polizei und Justiz bei Fällen von Diskriminierung sein, es könnte aber auch als ein mangelndes Wissen um die Möglichkeit rechtlicher Schritte interpretiert werden.

Aus unserer Beratungsarbeit lässt sich hierzu sagen, dass ein Großteil der von Diskriminierung und Gewalt betroffenen Frauen und Transpersonen unter den psychischen und physischen gesundheitlichen Folgen zu leiden hat und eher nach Bewältigungs- und Heilungsstrategien im eigenen sozialen Umfeld oder in der Beratung und Unterstützungsarbeit sucht. Die anonymisierte Veröffentlichung der erlebten Diskriminierung, zum Teil auch durch Öffent-

lichkeitsarbeit in der Presse, wird als unterstützend erlebt. Die Angst vor und auch die Erfahrung mit weiterer Stigmatisierung oder Diskriminierung durch Polizei und Justiz, insbesondere von Mehrfachzugehörigen, ist jedoch auch Gegenstand unserer Beratungserfahrung. Eine mögliche Forderung wäre hier ein Ausbau der schon bewährten Praxis von Ansprechpartnern und Ansprechpartnerinnen für Lesben, Schwule und transidente Menschen innerhalb der Berliner Polizei, z. B. in den einzelnen Direktionen, mit dem Fokus auf Mehrfachdiskriminierung. Hilfreich wäre auch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Polizei und der Justiz, die sich für die Rechte von Lesben, Schwulen und Trans auch mit Mehrfachzugehörigkeit positioniert, und eine Pressearbeit, die mit Best-practice-Beispielen, z. B. von erfolgreich umgesetzten strafrechtlichen Verfahren, an die Öffentlichkeit geht und damit vor allem an die unterschiedlichen Communities herantritt.

Sensibilisierung im Hinblick auf Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen von Lesben, Schwulen und transidenten Menschen muss kontinuierlich Gegenstand in der Ausbildung von Polizei und Justiz sein und als Top-down-Strategie verfolgt werden. Dazu wäre unsere Anregung, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den jeweiligen Verwaltungen zu benennen und zu lesbischen, schwulen und transidenten Themen fortzubilden, damit diese in ihren eigenen beruflichen Kontexten die Verantwortung für die Sensibilisierung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den verschiedenen Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen übernehmen. Top-down-Strategie heißt aber vorab auch, dass Verantwortliche aus den verschiedenen zuständigen Bereichen der Verwaltung und der Nichtregierungsorganisation gemeinsam an einem Runden Tisch sitzen, um die Erfordernisse, die den Schutz von Lesben, Schwulen und Trans gewährleisten, festzulegen. Aus der Evaluation der ISV haben wir im Bereich Antigewalt/Antidiskriminierung festgestellt, dass das aktuelle Monitoringsystem von lesbisch-schwulen, bisexuellen, Trans- und intersexuellen Diskriminierungsfällen mit sehr unterschiedlichen Dokumentationsschablonen erhoben wird. Hier wäre es wünschenswert, mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren ein Monitoringsystem zu entwickeln, das alle Diskriminierungsfälle in den Blick nimmt und dabei Mehrfachdiskriminierung berücksichtigt.

Zuletzt möchte ich meinen Blick auf das wenden, was unseres Erachtens derzeit in der Opferhilfe noch fehlt: Wir brauchen einen wirksamen Schutz vor Diskriminierung und Abschiebung von asylsuchenden Migrantinnen und Migranten und einen Ausbau unserer Beratungskapazität zur Stabilisierung der Betroffenen, die massive Gewalt und Diskriminierung aufgrund ihres Lesbisch- bzw. transidenten Seins erlebt haben. Wir brauchen Fortbildungen in den allgemein schon existierenden Antigewaltseinrichtungen für kultursensible spezifische Beratung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans und intergeschlechtlichen Menschen. Um der Isolation von transidenten Menschen entgegenzuwirken, müssen die spezifischen Beratungsangebote erweitert werden, die vor allem auch die Möglichkeit des Case-Managements beinhalten – damit ist eine umfassende Begleitung, zum Teil auch zu staatlichen Einrichtungen, gemeint. In den lesbisch/schwulen, bisexuellen, Trans- und intersexuellen Opferhilfeeinrichtungen sollte geprüft werden, ob das Angebot auch von Menschen, die von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind, zu nutzen ist. Sollte dies nicht der Fall sein, sollte zeitnah Fortbildung umgesetzt werden, in der Standards für die Beratung erarbeitet werden.

Darüber hinaus fehlen spezifische Antigewaltschutzräume, das heißt, Berlin braucht lesben- und transoffene Zufluchtswohnungen und Zufluchtshäuser. Auch für schwule Männer, die

von Gewalt betroffen sind, gibt es derzeit noch keine Schutzunterbringung. – Damit ende ich mit meinem Redebeitrag und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Dann Herr Steinert!

Jörg Steinert (Lesben- und Schwulenverband in Deutschland – LSVD): Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung und, bevor Sie in die Sommerpause gehen, auch einen Dank von der NGO-Seite; denn wir haben als Lesbian- und Schwulenverband das Gefühl, dass wir in allen Fraktionen und allen Parteien unsere Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner haben, die dieses Thema ernst nehmen. Die amtierende Polizeipräsidentin ist auch sehr offen und engagiert in diesem Bereich, und der Herr Innensenator hat erst vor einer Woche die Respect Gaymes eröffnet. Das ist ein gutes Gefühl. Dennoch: Wir sehen auch die Stellen, die nicht funktionieren.

Ich möchte mich insbesondere auf die homosexuellenfeindlichen Einstellungen konzentrieren. Ich gehe nicht auf die einzelnen Zahlen ein, die liegen Ihnen ja in Papierform vor. Auch mehrere Studien belegen, dass homosexuellenfeindliche Einstellungen auch in Berlin nach wie vor weit verbreitet sind, und das wirklich überall. In den unterschiedlichen Subgruppen sind sie zwar unterschiedlich stark verbreitet, aber es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Das hat erst im letzten Jahr die veröffentlichte Untersuchung, die im Auftrag der Landeskommision Berlin gegen Gewalt durchgeführt wurde, wieder belegt. Dazu muss ich sagen, ich war positiv überrascht, dass Homosexuellenfeindlichkeit in den Fokus genommen wurde.

Unsere Erfahrungen zeigen, dass insbesondere die Akzeptanz von traditionellen Männlichkeitsnormen, religiöse Normen und eigene Diskriminierungserfahrungen zur Verbreitung von homosexuellenfeindlichen Einstellungen beitragen. Zugleich gibt es auch ganz banale Erkenntnisse, dass zum Beispiel Jugendliche, die in Kontakt mit Lesben und Schwulen kommen, eher Vorurteile abbauen.

Damit möchte ich auch schon zum ersten Fazit kommen: Es ist so, dass es – unabhängig von der bereits genannten Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ – mehr Aufklärungsprojekte in Berlin gibt. Zugleich wurde es im Rahmen dieser Initiative leider nicht genutzt, diese Aufklärungsarbeit auszubauen. Wir hatten im letzten Doppelhaushalt 2,1 Millionen Euro, und es wurden null Euro für Aufklärungsarbeit in Schulen verwendet. Da muss ein bisschen umgesteuert werden. Denn auch eine Untersuchung der Humboldt-Universität zu Berlin belegt, dass das zu einem Umdenken im Sinne von Antidiskriminierung und Gleichberechtigung führt und dass diskriminierendes Verhalten von Jugendlichen abgebaut werden kann, wenn ihnen die Möglichkeit geboten wird, sich mit ihren eigenen Vorurteilen auseinanderzusetzen.

Der zweite Punkt – Frau Apfelbacher hat das schon angerissen – ist die Einrichtung von Krisenwohnplätzen. Daran mangelt es. Wir haben insbesondere die Erfahrung bei schwulen Männern, die in der Familie Gewalt erleiden oder denen Zwangsverheiratung droht, gemacht, dass sie, wenn sie 27 Jahre oder älter sind, nicht wissen, wo sie hingehen sollen. Für sie müssen Krisenwohnplätze eingerichtet werden, wir fordern das seit vielen Jahren. Denn diese Provisorien, in denen sich die Menschen eingerichtet haben – das ist nicht zumutbar. Deswegen sollte auch hierauf der Fokus gelegt werden, um Menschen einen adäquaten Schutzraum zu bieten. – Für Nachfragen stehe ich natürlich zur Verfügung.

Vorsitzender Peter Trapp: Die werden kommen. Schönen Dank! – Bitte, Herr Finke!

Bastian Finke (MANEO): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Senator! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Polizeivizepräsidentin Koppers! Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, hier zu sprechen. MANEO ist das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin und arbeitet seit 22 Jahren unter der Trägerschaft von Mann-O-Meter. Es ist das älteste schwule Anti-Gewalt-Projekt in Deutschland, das sich mit homophober Hasskriminalität beschäftigt. MANEO wird von der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen finanziell mit jährlich ca. 90 000 Euro gefördert. Gefördert heißt, wir müssen noch einmal etwa 9 000 Euro an Eigenmitteln erwirtschaften, maßgeblich durch Spenden, um unserer Arbeit fortsetzen zu können, und zwar so, wie wir sie leisten. Fast 20 Jahre lang haben wir unsere Arbeit mit einer festen Stelle, einem Zivildienstleistenden, zehn ehrenamtlichen Mitarbeitern und vielen weiteren ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern geleistet. Erst Ende 2009 wurde dann eine zusätzliche halbe Stelle für den Bereich Gewaltprävention bewilligt. Ursprünglich war uns eine ganze Stelle zugesichert worden, deshalb setzen wir uns weiter für die zweite halbe Stelle ein.

Die Tätigkeitsfelder von MANEO umfassen vier Kernbereiche: Das ist zum einen die qualifizierte professionelle Opferhilfearbeit, die wir seit 22 Jahren leisten. Schwule, bisexuelle Jugendliche und erwachsene Männer, die Opfer von Gewalt und Diskriminierung geworden sind, werden beraten und unterstützt. MANEO kooperiert dabei mit erfahrenen Opferhilfeberatungsstellen in Deutschland und in Europa. 2011 wurden von uns 883 Personen beraten und etwa 1 400 Beratungsgespräche geführt.

Zweitens – Erfassung von Gewalt: Vorurteilsmotivierte homophobe Gewalttaten werden in Berlin erfasst und ausgewertet. Von 461 Meldungen und Hinweisen wurden von uns 288 Meldungen bearbeitet. 201 Fälle zeigten einen homophoben Hintergrund mit Tatort Berlin auf – um hier auch Zahlen zu bringen.

Grundlage für die Zuordnung der Fälle mit homophobem Hintergrund bildet ein Kriterienkatalog, den wir in den letzten 22 Jahren erarbeitet und stetig verbessert haben. Dieser Kriterienkatalog hilft bei der Erkennung von vorurteilsmotivierten Straftaten gegen die sexuelle Orientierung, ist jedoch nicht ausreichend, um eine Vorurteilsmotivation nachzuweisen. Die Beweisführung obliegt nach wie vor der Polizei und der Staatsanwaltschaft.

Der entwickelte Kriterienkatalog wird von Polizei und Staatsanwaltschaft als hilfreich angesehen, weil er der Sensibilisierung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dient. Im Gespräch mit der Polizei arbeiten wir daran ständig weiter. Ergebnisse dieser Diskussion sind ein Faltblatt, das jetzt auch bei Ihnen in der Mappe liegt. Diese Diskussionen sind dort eingegangen. Wir haben dieses Faltblatt Anfang 2011 für den polizeilichen Dienst entwickelt.

Während Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung bei der Berliner Polizei in der Zuständigkeit des LKA 5 liegt, gibt es leider keine vergleichbare fachliche Zuständigkeit bei der Berliner Staatsanwaltschaft. Eine entsprechende fachliche Zuständigkeit muss auch bei der Berliner Staatsanwaltschaft eingerichtet werden.

Drittens – Gewaltprävention: In den vielfältigen Berliner Szenen weisen wir auf mögliche Gefährdungen hin, informieren und sensibilisieren die Öffentlichkeit im Hinblick auf Homophobie und Hassgewalt, vernetzen Multiplikatoren mit Informationen und Gesprächen. Gewaltprävention bedeutet, regelmäßig praktische gewaltpräventive Maßnahmen zu überlegen und durchzuführen, eben auch mit der Berliner Polizei. Die bekannt gewordenen Übergriffe und Straftaten, auch die drei Tötungsdelikte aus dem letzten Jahr und die drei Tötungsdelikte, die wir bereits in diesem Jahr zu beklagen haben, weisen auf diese dringende Notwendigkeit hin. 2011 haben wir insgesamt 44 nächtliche Vor-Ort-Aktionen durchgeführt und zusätzlich 71 Vor-Ort-Termine wahrgenommen. Gewaltprävention bedeutet auch, dass wir beispielsweise seit 2009 ein Toleranzbündnis aufgebaut haben, dem sich mittlerweile bereits 90 Szeneunternehmen angeschlossen haben – aber nicht nur. Dazu gehören u. a. auch die großen Szeenevents wie Stadtfest, CSD, Teddy Award und Folsom.

Viertens – Mitarbeit und Engagement: Das bedeutet, bürgerschaftliches Engagement wird bestärkt und mobilisiert, ehrenamtliche Mitarbeit bei MANEO gefördert und organisiert. Die Einbindung und die Organisation ehrenamtlicher Mitarbeiter sowie der Helferinnen und Helfer erfordert Zeit und Koordination.

Dass wir in den letzten zwei Jahren unsere Projektarbeit qualitativ vertiefen und zusätzliche Maßnahmen realisieren konnten, lag daran, dass wir zusätzliche Mittel akquirieren konnten. Hierzu zählten beispielsweise Mittel für das Projekt „Regenbogenbrücke“, das heißt die Einladung von Jugendlichen aus Tel Aviv nach Berlin, die einen schweren Anschlag in Tel Aviv überlebt hatten, dazu gehört das Projekt „Tracing and Tackling Hate Crime against LGBT persons“ das heißt Maßnahmen zur Sensibilisierung von Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung bei der Polizei, die aus EU-Mitteln gefördert wurden, und schließlich die MANEO-Gewaltpräventionskampagne, die aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin gefördert wurde. Mit diesen Mitteln konnten wir unsere Gewaltpräventionsarbeit noch mal für zwei Jahre intensivieren. Um weitere Maßnahmen voranzubringen, brauchen wir zusätzliche Förderung, weil die bisherige Senatsfinanzierung pro Jahr für die bisher geleistete Arbeit nicht ausreicht. Bedauerlicherweise haben wir auch für das Thema Hasskriminalität kein Geld aus diesem ISV-Topf, der eingerichtet wurde, erhalten, um hier die Arbeit fortzusetzen.

Homophobe und transphobe Gewalt gibt es, sie ist existent, auch wenn sie in öffentlichen Debatten immer wieder bagatellisiert wird. Homophobe Gewalt hat viele Gesichter, sie zeigt sich in unterschiedlichen Formen. Beispielsweise zeigt die fehlende rechtliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben bei Ehe, Adoption und Erbrecht, dass es nach wie vor strukturelle Ungleichheiten gibt. Die Geschichte des § 175 StGB verdeutlicht die Folgen struktureller Gewalt per Gesetz. Nach der viel zu späten Aufhebung der Urteile gegen die in der NS-Zeit verfolgten homosexuellen Männer und der Anerkennung des ihnen angetanen Unrechts durch den Deutschen Bundestag 2002 begrüßen wir jetzt die Initiative des Landes Berlin für eine Rehabilitierung der nach 1945 verurteilten homosexuellen Männer. Das sind außerordentlich wichtige Schritte, und dafür möchte ich auch noch mal Ihnen und dem Senat ausdrücklich danken.

Homophobe Gewalt zeigt sich auch im Arbeitsleben. Viele Lesben und Schwule beklagen noch immer Mobbing am Arbeitsplatz aufgrund ihrer sexuellen Orientierung. Homophobe Gewalt zeigt sich auch am Bullying in der Schule. „Schwule Sau“ ist nach wie vor das belieb-

teste Schimpfwort auf Schulhöfen. Auch „Scheiß-Lesbe“ ist immer wieder zu hören. Wird dem nicht widersprochen und Einhalt geboten, betroffenen Schülern durch Schule und Familie nicht der Rücken gestärkt, wird sich diese Tatenlosigkeit schnell herumsprechen, und es wird weitergemacht. Auch im Sport, gerade beim Fußball, bedeutet, den Gegner zu schmähen, ihn als schwul darzustellen.

Zu den Formen von homophober Gewalt zählt auch Hasskriminalität. Bei Straftaten greift das Strafgesetzbuch, auch wenn es nicht explizit homophobe Gewaltstraftatbestände benennt. Das tut auch nicht der Strafparagraf 130 StGB, Volksverhetzung, doch § 130 StGB schließt mit dem Hinweis auf Aufstachelung zu Hass gegen Teile der Bevölkerung mittlerweile auch volksverhetzende, gegen Homosexuelle gerichtete Taten mit ein. Diese Interpretation war nicht immer möglich. Denken wir nur daran, dass § 130 StGB lange Zeit neben dem mittlerweile gestrichenen § 175 StGB existieren konnte.

Wir beschäftigen uns mit homophober Diskriminierung und Hasskriminalität. Hassdelikte sind – ich zitiere hier aus dem Handbuch der OSZE – „kriminelle Handlungen mit einem Vorurteilsmotiv“. Dieses Motiv ist das Unterscheidungsmerkmal, das es von anderen Verbrechen abhebt. Hate crimes unterscheiden sich nicht nur wegen des Motivs des Täters, sondern auch wegen der Auswirkungen auf das Opfer. Im Unterschied zu den Opfern vieler anderer Straftaten werden die Opfer von hate crimes auf der Grundlage dessen, was sie repräsentieren, ausgewählt und nicht auf der Grundlage dessen, wer sie sind. Die übermittelte Botschaft soll nicht nur das unmittelbar betroffene Opfer erreichen, sondern ebenso die größere Gemeinschaft, der jenes Opfer angehört. Die besondere Gefährlichkeit von Hasskriminalität liegt darin, dass sie die Grundlagen des friedlichen Zusammenlebens gefährdet und damit die Demokratie. Es ist deshalb selbstverständlich, dass wir uns gegen jede Form von Hassgewalt engagieren, wozu auch unser Einsatz gegen Rassismus und Antisemitismus zählt.

Einige Beispiele: Am 2. Januar gegen 22 Uhr wurden zwei schwule Männer in Prenzlauer Berg auf der Schönhauser Allee aus einer Gruppe junger Männer heraus angegriffen, weil sie dort Hand in Hand entlanggegangen sind. Beiden wurde mit der Faust ins Gesicht geschlagen, und sie wurden als „Schwuchteln“ beleidigt. Am 22. April gegen 22.30 Uhr wurden drei Touristen am Winterfeldplatz in Schöneberg aus einer Gruppe von Jugendlichen heraus mit den Worten „Schwuchteln, morgen hängt ihr, der dritte Baum ist für euch!“ bedroht. Am 15. November 2011 erhielt MANEO einen anonymen Brief mit folgendem Inhalt: „Tatsache ist, Schwule sind entartete Schweine. Schwule sind reif für die Fleischerhaken in Plötzensee. Schwule sind Heizmaterial für die Öfen in Auschwitz. Schwule sind zum Abschuss freigegeben.“ Auch dieses Jahr haben wir wieder zahlreiche Hassmails erhalten, erstmals im Mai auch eine Bombendrohung. Am 27. Dezember 2011 gegen 3 Uhr wird ein 41 Jahre alter schwuler Mann in einem Lokal in der Eisenacher Straße von einer unbekanntenen männlichen Person angesprochen und aufgefordert, ihm ein Getränk auszugeben. Der Betroffene lehnt ab, weil er den Mann nicht kennt. Als er das Lokal gegen 4 Uhr verlässt, wird er von dem etwa 30 Jahre alten Mann verfolgt und dann angegriffen. Mit den Worten „du schwule Drecksau“ wird ihm mehrfach gegen den Kopf getreten. Zeugen hören die Hilferufe und vertreiben den Täter. Das Opfer kommt mit einer dreifachen Schädelfraktur ins Krankenhaus.

Mit der Polizei stehen wir in einem stetigen Dialog. Ich möchte mich bei der Berliner Polizei ausdrücklich für ihre bisherige Bereitschaft bedanken, dass sie sich immer offen dafür gezeigt hat, mit uns diesen kritischen Dialog zu führen. Wir haben in den letzten 20 Jahren viel er-

reicht, aber eben noch nicht genug. Dass wir viel erreichen konnten, ist natürlich vor allem auch ein Verdienst der Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Berliner Polizei, mit denen wir regelmäßig in Kontakt stehen und die immer offen für Anregungen und Gespräche sind.

Seit 1999 führen wir regelmäßig Trainings- und Schulungsveranstaltungen an der Landespolizeischule und der Hochschule für Wirtschaft und Recht durch – gemeinsam mit den Ansprechpartnern. Allein in diesem Jahr werden wir etwa 1 200 Polizeibedienstete im Rahmen der Polizeiausbildung an der LPS und der HWR begleiten und Multiplikatorenschulungen in den sechs Berliner Polizeidirektionen durchführen. Die Schulungen sind Ergebnis dieser gemeinsamen Bemühungen.

Gewaltprävention schließt ein breites Feld von verschiedenen Bemühungen ein. Das bedeutet auch, dass Menschen, die ohnmächtig eine Tat erleben mussten, in ihrer Entscheidungskompetenz gestärkt werden müssen, dass Handlungsautonomie mobilisiert wird, dass das Opfer zu unterstützen ist und solidarisches Handeln der Gemeinschaft erlebt. Unsere gewaltpräventiven Bemühungen sind entsprechend vielschichtig. Wir versuchen, Betroffene zu erreichen, die vielfältige Szene und die Multiplikatoren und eben auch die Gesellschaft.

Einige Beispiele: Wir arbeiten proaktiv, suchen Szeneorte auf, kommen vor Ort mit Menschen ins Gespräch. Unterstützt werden wir dabei von den MANEO-Nachtflugbegleitern, die mit ihren fantasievollen Auftritten viel Aufmerksamkeit erzielen. Wir publizieren und verteilen mehrsprachiges Infomaterial, um auch Touristen zu erreichen. Wir organisieren Gesprächsrunden zwischen Szene, Multiplikatoren und der Polizei, unterstützen darüber Gespräche über Anliegen und Probleme. Einen solchen Weg beschreiten wir beispielsweise seit 1992 im Schöneberger Regenbogenkiez. Ein Ergebnis, das wir entwickelt haben, ist das lesbisch-schwule Stadtfest, das jetzt zum 20. Mal stattfindet. 2009 haben wir eine Kiezvision ins Leben gerufen. Wir versuchen hier auch, Akteure zu vernetzen. Ende letzten Jahres haben wir den ersten internationalen Kongress der Regenbogenkieze in Berlin organisiert. – Das sind nur ein paar Beispiele.

Internationaler Austausch ist wichtig. Wir brauchen den internationalen Austausch und weiteren Erkenntnisgewinn, um unsere eigene Arbeit kontinuierlich zu verbessern. Für einen solchen Austausch setzen wir uns seit Jahren ein. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Dann hat zuerst der Herr Senator das Wort.

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): Herzlichen Dank die Ausführungen, Frau Apfelbacher, Herr Steinert und Herr Finke! Ich will die Gelegenheit nutzen, um mich für Ihre Arbeit zu bedanken. Ich finde, der Zeitpunkt ist gut und richtig gewählt. Es ist meine Überzeugung – und ich denke, unser aller Überzeugung –, dass Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung nicht hingenommen werden können.

Wie sieht die Situation in Berlin aus? – Im Abgeordnetenhaus gab es im Jahr 2009 eine Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“, die seinerzeit einstimmig beschlossen worden ist. Rund 60 Projekte wurden gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung und von NGOs erarbeitet und im Doppelhaushalt 2010/2011 mit 2,1 Millionen Euro unterlegt und umgesetzt. Im Doppelhaushalt 2012/2013 wird diese

Initiative weiterhin mit rd. 500 000 Euro jährlich zusätzlich zu der Regelförderung der Projekte finanziert.

Ich will ganz kurz mal auf das eingehen, was auch bei Ihnen breiten Raum eingenommen hat, auf die Frage: Wie sieht es bei der Berliner Polizei aus? – Ich mache nur den Rahmen, Frau Koppers wird dann die Einzelheiten noch tiefer beleuchten. Die Polizei hat bereits 1992 mit der Einrichtung eines Ansprechpartners für gleichgeschlechtliche Lebensweisen auf die Bedürfnisse der Opfer von homosexuellenfeindlichen Straftaten reagiert. Mein Eindruck ist, dass bei der Vorbereitung und Begleitung von Polizeieinsätzen durch die polizeiliche Aus- und Fortbildung zum Thema Homosexualität eine gewisse Sensibilisierung eingetreten ist – nicht erst jetzt, sondern schon seit längerer Zeit, weil die Berliner Polizei sich im Grunde seit 20 Jahren u. a. bei Straftaten gegen Lesben, Schwule und Transgender dafür einsetzt, diese durch vorbeugende Maßnahmen zu verhindern und die Aufklärung begangener Straftaten zu erleichtern. Im Fokus stehen dabei – was ich als außerordentlich gut und wertvoll empfinde – der Opferschutz, die Prävention und die Bürgernähe. Ich finde, da hat in den vergangenen Jahren noch einmal eine deutliche Aufwertung auch seitens der Berliner Polizei stattgefunden – das ist zum Teil auch in Ihren Ausführungen angeklungen. – Ich würde – Ihr Einverständnis vorausgesetzt, Herr Vorsitzender – Frau Koppers bitten, vielleicht das eine oder andere Projekt noch mal in der Tiefe zu beleuchten, auch das, was nicht nur Öffentlichkeitsarbeit oder Gewaltprävention ist, sondern was mit der Ausbildung zusammenhängt, wo, wie ich finde, Berlin seit mehreren Jahren einen außerordentlich guten Weg beschritten hat.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Senator! – Dann Frau Koppers, bitte!

Polizeipräsidentin Margarete Koppers: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bedanke mich zunächst einmal für das Lob – jedenfalls auch ein Lob – aus Ihrem Munde, Herr Finke, Herr Steinert und Frau Apfelbacher! Ich glaube, dass wir sehr gut zusammenarbeiten, auch wenn ich Ihre Auffassung teile, dass wir immer noch besser werden können und auch müssen.

Ich teile auch Ihre Einschätzung, dass das Dunkelfeld sehr groß ist und dass wir immer noch um Vertrauen werben müssen, vor allem bei den Frauen – bei den Männern ist das schon ein bisschen besser geworden, aber bei den Frauen sieht es noch ziemlich düster aus. Deshalb kann ich hier, wenn ich über Zahlen rede, auch nur das wirklich sehr kleine Hellfeld beschreiben, das Dunkelfeld ist um ein Vielfaches größer.

Neben fremdenfeindlichen und antisemitischen Taten gehören nach der Definition der politisch motivierten Kriminalität zur Hasskriminalität auch Taten, die sich aufgrund der tatsächlichen oder vermeintlichen sexuellen Orientierung gegen Personen, Institutionen oder Objekte richten, und wo die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht. Grundlage für die Erhebung von Fallzahlen auch im Bereich der Hasskriminalität bildet der Kriminalpolizeiliche Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität. Dabei handelt es sich entgegen der polizeilichen Kriminalstatistik nicht um eine Eingangsstatistik. Die Fallzählung erfolgt tatzeitbezogen, unabhängig davon, wann das Ermittlungsverfahren an die Staatsanwaltschaft abgegeben worden ist. Die folgenden statistischen Angaben stellen keine Einzelstraftaten der politisch motivierten Kriminalität dar; bei der Darstellung handelt es sich um Fallzahlen.

Die folgenden statistischen Angaben stellen keine Einzelstraftaten der politisch motivierten Kriminalität dar; bei der Darstellung handelt es sich um Fallzahlen. Ein Fall bezeichnet jeweils einen Lebenssachverhalt in einem engen räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit identischer oder ähnlicher Motivlage, unabhängig von der Zahl der Tatverdächtigen, der Tathandlungen oder der Anzahl der verletzten Rechtsnormen. Im Zeitraum 1. Januar bis 31. Mai 2012 wurden 30 Fälle registriert, denen das Unterthema sexuelle Orientierung zugeordnet wurde, davon wurden zehn Fälle aufgeklärt. Bei zehn Fällen von den 30 handelt es sich um Gewaltdelikte, von denen wiederum drei aufgeklärt worden sind. Die Fallzahlen verteilen sich auf folgende Deliktsbereiche – ich nenne jetzt die Zahlen von 2011 und 2012 jeweils vom 1. Januar bis 31. Mai im Vergleich –: Gewaltdelikte waren es 2011 15 in diesem Zeitraum, 2012 10. Eine Freiheitsberaubung gab es 2011, in diesem Jahr noch keine. Körperverletzungsdelikte gab es 2011 13, 2012 10. 2011 gab es einen Raub, in diesem Jahr noch keinen, Propagandadelikte jeweils eins, sonstige Delikte jeweils 19, Beleidigungen, üble Nachrede und Verleumdung jeweils 13, Nötigung und Bedrohung 2011 einmal und 2012 dreimal, Sachbeschädigung dreimal in 2011 und einmal in 2012, Störung des öffentlichen Friedens nur einmal in 2012 und Volksverhetzung in zwei Fällen in 2011 und einmal in 2012.

Zu den 30 Fällen im Zeitraum 1. Januar bis 31. Mai 2012 sind zwölf Tatverdächtige, nämlich zehn männliche und zwei weibliche, bekannt geworden. Drei der Tatverdächtigen haben ein Gewaltdelikt verübt.

Opfer sind natürliche Personen, die durch eine strafbare Handlung körperlich geschädigt wurden oder geschädigt werden sollten. Im Zeitraum 1. Januar bis 31. Mai 2012 wurden acht Opfer registriert, von denen sechs männlichen Geschlechts waren. Im vergleichbaren Vorjahreszeitraum waren es 26 Opfer, davon 20 männlichen Geschlechts.

Herr Finke hatte schon herausragende Einzelsachverhalte beschrieben, deshalb lasse ich den Teil aus. Zur Präventionsarbeit der Polizei in Berlin ist auch schon einiges ausgeführt worden.

Seit 1992 gibt es die Ansprechstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, die zunächst mit einem männlichen Kollegen besetzt worden ist. 2006 wurde eine zweite Stelle eingerichtet und mit einer Frau besetzt, um den Anforderungen in Bezug auf Straftaten gegen lesbische Frauen besser gerecht werden zu können. Präventionsansätze erreichen höhere Wirksamkeit, wenn sie im Zusammenschluss unterschiedlicher Institutionen aus allen gesellschaftlichen Bereichen durchgeführt werden. Die Polizei Berlin arbeitet daher seit vielen Jahren sowohl in LSBT-Projekten als auch mit Opferhilfeorganisationen sehr eng zusammen.

Im Rahmen der Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit werden in diesem Jahr von April bis September jeweils freitags in den Abend- und Nachtstunden sechs Infostände im Schöneberger Kiez gemeinsam mit MANEO und dem Polizeiabschnitt 41 durchgeführt. Circa zweimal jährlich findet unter Einbindung der Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen ein durch MANEO organisiertes Kieztreffen der Wirte in Schöneberg statt. Ein gleichgeartetes Treffen wurde, ebenfalls durch MANEO initiiert, im Mai dieses Jahres in Kreuzberg durchgeführt. Hier tauschen sich die Beteiligten zur aktuellen Situation und zu eventuell daraus resultierenden Maßnahmen aus. Im März des laufenden Jahres wurde durch die Ansprechpartner gemeinsam mit dem Präventionsbeauftragten des Polizeiabschnitts 34 ein Präventionseinsatz im sogenannten Cruising-Gebiet – das ist ein Treffpunkt schwuler Männer, um verdeckt oder anonym unentgeltlich Sex zu haben, meist in Parks und Grünanlagen – im

Tiergarten durchgeführt. Ebenfalls im März wurde die Klappe am Theodor-Heuss-Platz aufgesucht. Vorangegangen waren mehrere Fälle, in denen eine Gruppe Jugendlicher die am Ort befindlichen Männer homosexuellenfeindlich beschimpften und teilweise sogar körperliche Gewalt gegen sie anwandten. Ein weiterer Präventionseinsatz der Ansprechpartner erfolgte Ende Mai im Cruising-Gebiet im Volkspark Friedrichshain. Die jährlich wiederkehrenden Präventionsstände im Rahmen der Respect Gaymes, des lesbisch-schwulen Stadtfestes sowie des lesbisch-schwulen Parkfestes in Friedrichshain werden auch in diesem Jahr fortgeführt. Ziel solcher Einsätze ist es, den Kontakt zur Szene zu intensivieren, über Straftaten gegenüber LSBT aufzuklären, potenziell Betroffene zu sensibilisieren und sie zur Anzeigenerstattung zu ermutigen. Auch bestehende Netzwerke in die LSBT-Szene hinein und die Kooperation mit Einrichtungen und Initiativen wie im Rahmen des Bündnisses gegen Homophobie des LSVD oder der Gewaltpräventionskampagne MANEOs werden fortgeführt und ausgebaut.

Um Hasskriminalität bzw. vorurteilsmotivierten Straftaten polizeilich wirksam zu begegnen, ist es auch notwendig, Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten Aus- und Fortbildungen zum Themenbereich anzubieten – Herr Finke hat darauf schon hingewiesen. So werden durch die Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen seit vielen Jahren interne Veranstaltungen durchgeführt. Im Jahr 2012 werden insgesamt 47 interne Veranstaltungen auf diese Weise durchgeführt bzw. sind geplant, und zwar 14 für den mittleren Dienst in der Ausbildung, 7 für die Ausbildung im gehobenen Dienst und 26 Fortbildungen auf Polizeidienststellen. Bei den Fortbildungen auf Polizeidienststellen im laufenden Jahr entfallen 24 Veranstaltungen auf Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung, das sind Multiplikatorenfortbildungen. Diese richten sich an Führungskräfte, sind verpflichtend und werden direktionsübergreifend durchgeführt. Insgesamt – das hat Herr Finke auch schon erwähnt – werden ca. 1 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Jahr auf diese Weise erreicht. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Herrn Birk, bitte!

Thomas Birk (GRÜNE): Vielen Dank! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! So erfreulich es ist, dass wir die Anhörung zu diesem Zeitpunkt noch durchführen können – eigentlich hätte es doch etwas mehr Zeit bedurft; ich habe eine Riesenliste von Nachfragen, die wir jetzt aber aufgrund der Zeit kaum stellen können, denn wir haben noch einen weiteren Tagesordnungspunkt.

Ich möchte kurz betonen, dass es erfreulich ist, dass wir aufgrund des Antrags, den wir 2008 für einen Aktionsplan gegen Homophobie gestellt hatten, damals schon eine ausführliche Anhörung hier hatten, dann der Änderungsantrag von Rot-Rot erfolgte und die Initiative sexuelle Vielfalt mit diesen 2,1 Millionen Euro ausgestattet werden konnte und damit Vorbild für viele andere Bundesländer ist. Ich glaube, alle rot-grünen Bundesländer und jetzt auch Brandenburg mit Rot-Rot wollen sich dem anschließen und machen ähnliche Programme. Das ist schon mal ein Erfolgsmodell.

Gleichwohl ist die Realität immer noch teilweise sehr traurig. Wir haben weiterhin hohe Gewaltaufkommen, da ist das Fallaufkommen in der PMK nur die Spitze eines Eisbergs. Aber auch hier, wenn man sieht, dass die Fallzahlen von 52 im Jahr 2007 auf zwischendrin über 100 und jetzt auf 92 Fälle gestiegen sind, ist es eigentlich ähnlich wie beim Kinderschutz eher ein Erfolg, dass die Leute überhaupt Anzeige erstatten. Aber immer noch, wie man hört, ge-

hen nur fünf Prozent der lesbischen Betroffenen überhaupt zur Polizei oder suchen Rechtsschutz – das ist ein wirklich noch sehr geringes Aufkommen.

Ich habe jetzt ganz konkret erst einmal an die Polizeipräsidentin eine Frage: Es gibt in der Statistik eine Auffälligkeit, nämlich für Friedrichshain-Kreuzberg sind die Fallzahlen von 12 im Jahr 2010 auf 27 im Jahr 2011 angestiegen. Was war da los? Im gleichen Zeitraum haben sie sich in Tempelhof-Schöneberg von 33 auf 18 verringert. Also, wie gesagt, das sind nur die Fälle, die in der Statistik erhoben worden sind. Zeigt sich da eine Tendenz, dass wir in Friedrichshain-Kreuzberg eine verstärkte Gefährdung beobachten können, oder wie erklärt sich das? Vielleicht können auch die Anzuhörenden kurz darauf eingehen, wenn sie dazu etwas sagen können. Aus den Zahlen von Herrn Finke ist zumindest ersichtlich, dass das Fallaufkommen eigentlich gleichbleibend hoch ist. Was bei Ihnen anlandet, das sind im Jahr so zwischen 350 bis 400 Fälle, die auch einen Schwerpunkt in Tempelhof-Schöneberg haben, weil dort die Szene eindeutig besonders sichtbar ist.

Wir haben sehr viel über Ihre Aktivitäten gehört. Alle drei Organisationen machen ja noch viel, viel mehr als das, was Sie hier in der Kürze vortragen konnten. Man hat den Eindruck, da stehen massenweise Menschen dahinter, aber wir wissen das aus der Finanzierung. Wenn man jetzt einfach mal die Zahlen vorliest, was Sie an Zuschüssen von der LADS bekommen, dann sind es beim LSVD 138 000 Euro, bei der Lesbenberatung sind es gerade mal 35 000 Euro, und bei MANEO sind es 90 000 Euro. Das ist jetzt nicht die Masse, sondern Sie finanzieren sich teilweise noch ein bisschen aus anderen Quellen. Deswegen meine erste Frage: Was sind Ihre Anforderungen an den Senat für den jetzt nicht mehr zu beschließenden, sondern zukünftigen Doppelhaushalt ab 2014? Was wären Ihre Wünsche, insbesondere was die Opferbetreuung angeht? Das betrifft vor allem die Lesbenberatung und MANEO, weil da ein ganz hoher Betreuungsaufwand erforderlich ist, weil die meisten nicht zur Polizei gehen.

Dann habe ich eine Frage an alle drei Organisationen: Wie sieht Ihre Zusammenarbeit mit anderen Organisationen auch aus der heteronormativen Mehrheitsgesellschaft aus? Und: Könnten Sie sich da auch eine Ausweitung vorstellen? Das Beispiel Mehrfachdiskriminierung deutet darauf hin, dass man dann auch mit anderen Organisationen in Kontakt ist und sich da einiges vorstellen könnte, was man noch zusätzlich machen könnte. Beispiel: Beim LSVD liegt der Schwerpunkt ganz stark auf der Sportarbeit. Wie ist da die Arbeit gesichert? Was könnte man sich noch vorstellen? Herr Finke hat so viele Aktivitäten vorgestellt, die MANEO macht; man glaubt nicht, dass das alles mit den anderthalb Personen zu wuppen ist. Da brauche ich, glaube ich, gar nicht groß zu fragen, was Sie sich noch vorstellen könnten.

Dann ist hier mehrfach gesagt worden, dass im Bereich der Polizei schon sehr viel passiert ist. 20 Jahre eine Beauftragte bei der Polizei, jetzt ja zwei, ist ein unglaublicher Erfolg und Vorbild für viele andere Bundesländer. Gleichwohl ist es doch beunruhigend, dass immer noch so wenige sich trauen, Anzeige zu erstatten. Was können sich beide Seiten da noch vorstellen, um die Arbeit zu intensivieren? Meine Frage ist vor allem – und das wäre eigentlich auch eine Sache des Rechtsausschusses –: Was können wir bei der Staatsanwaltschaft tun? Denn bei der Initiative sexuelle Vielfalt ist in dem umfangreichen Katalog der Maßnahmen damals von der Justizverwaltung mit zwei Sätzen geantwortet worden: Bei der Rechtsprechung ist alles in Ordnung, deswegen brauchen wir nichts zu machen. – Das ist mit Sicherheit nicht so; denn wir hören immer wieder von Einzelnen, wenn tatsächlich mal etwas zur Anzeige und vor Gericht kommt, dass die Motive oft überhaupt nicht vor Gericht diskutiert, also überhaupt nicht

dargelegt werden, sodass praktisch beim Strafmaß das Motiv, wenn es nicht zur Sprache kommt, überhaupt keine Berücksichtigung findet. Hier müsste also unbedingt mit Fortbildung und auch mit der offenen Bereitschaft dazu bei den Staatsanwaltschaften etwas geschehen – vielleicht auch mit den Ansprechpartnern, die hier von Herrn Finke als Beispiel genannt wurden. Das ist jetzt nur mittelbar Ihr Zuständigkeitsbereich, aber könnten Sie sich auch vorstellen, dass das zielführend wäre? – Das auch noch mal an die Anzuhörenden.

Aber wir werden – das wollte ich noch erwähnen – anhand unseres Antrags, den wir schon gestellt haben – Initiative sexuelle Vielfalt / Aktionsplan gegen Homophobie und Transphobie fortführen und qualifizieren –, der noch einmal umfangreiche Vorschläge enthält, im weiteren Verlauf nach den Sommerferien noch einmal Anhörungen und auch Veranstaltungen haben, wo dann auch Ergänzungsvorschläge gemacht werden können. Einen habe ich sofort aufgenommen. Selbstverständlich sind wir davon ausgegangen, dass die Aufklärungsmaßnahmen in den Schulen verstärkt werden müssen. Hier steht sehr viel zum Bereich Schule und Bildung drin, aber es ist tatsächlich richtig, mehr Aufklärungsmaßnahmen haben im Bereich der ISV nicht stattgefunden. Es haben zusätzliche Fortbildungsmaßnahmen stattgefunden, es ist auch zusätzlich Material erstellt worden, aber es ist eigentlich ein Witz, dass die Aufklärung in den Schulen nicht verstärkt worden ist. Vielleicht können noch die einzelnen Organisationen benennen – bei Herrn Finke weiß ich es –, dass auch die klassische Opferbetreuung, die klassische Aufklärungsarbeit innerhalb der Szene, aber auch in der Bevölkerung, teilweise von den Organisationen, die hier sitzen, im Rahmen der ISV nicht in dem Maße verstärkt worden sind, wie man sich das vorstellen kann, teilweise gar nicht verstärkt worden sind, sondern da war nur im Rahmen von Lottomitteln einiges möglich, und die Studien, die erstellt wurden, wurden auch teilweise aufgrund von Lottomitteln erstellt. – Das nur noch als Bemerkung am Schluss.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte, Herr Schreiber!

Tom Schreiber (SPD): Herzlichen Dank noch mal den drei Anzuhörenden! – Ich will es auch kurz machen, denn die Zeit drängt. – Genau das gleiche Thema: Strafanzeigen – die Frage geht an Sie drei: Welche Möglichkeiten gibt es, die betroffenen Personen zu motivieren, das, was man dem privaten Umfeld erzählt, tatsächlich öffentlich zu machen? Ich vermute, es wird ähnliche Hürden geben wie beim Bereich Rechtsextremismus, Dinge anzuzeigen – mit dem Hintergedanken, dass eventuell die Täter wissen, wo man wohnt, oder dass andere Dinge bekannt werden. Das zum einen. – Die Zahlen, in der Tat, betrüben sehr, weil der Grundsatz gelten muss, dass jede Straftat angezeigt werden muss, damit sie verfolgt werden kann und es auch zu einer Verurteilung kommt.

Ein anderer Punkt – Stichwort: Mangel an Krisenwohnungen. Auch hier meine Frage an alle drei. Ein paar Zahlen liegen vor. Mich würde interessieren: Gibt es in anderen Bundesländern Modelle oder Versuchsmodelle, wie so etwas funktionieren kann? Gibt es beispielsweise in der Frage eine Kooperation vielleicht auch mit Hotels, die da eine Möglichkeit sehen, die sich dem Thema öffnen? Auch in Berlin haben wir viele Hotels, die sich dem Thema öffnen, wo man vielleicht auch darüber nachdenken kann zu kooperieren.

Eine andere Frage zum Stichwort Traumatisierung: Ich glaube, das ist ein wesentlicher und entscheidender Punkt, also nicht nur die Straftat selbst und hoffentlich auch eine Verurteilung des Täters, sondern die Frage: Wie geht es eigentlich dem Opfer danach? Da auch die Frage

an alle drei, sofern Sie das beantworten können: Wie sind da die Institutionen? Also jetzt nicht unbedingt die Polizei – das, glaube ich, wird laufen –, aber Stichwort Krankenkassen u. a., wo es wirklich auch um viel Geld geht und wo man wahrscheinlich viele Behördengänge hat, um überhaupt ein Stück weit eine Unterstützung zu bekommen.

Sie haben das Thema Transphobie angesprochen. Ich glaube, das ist auch ein Punkt, der in dem ganzen Kontext leider nur eine kleine Rolle in der Öffentlichkeit spielt, weil das in der Wahrnehmung noch nicht so intensiv ist, und wo ich glaube, dass wir auch als Politik noch viel mehr einen Akzent setzen sollten. Ich hätte eine Frage auch in Richtung der Polizei. Wir haben das gesehen, Herr Birk hat es gesagt, Stichwort PMK: Zum einen steigt die Anzahl der Fälle, zum anderen sinkt aber die Aufklärungsquote, das ist erst mal so. Ich glaube, wir sind alle ein Stück weit zufriedener, wenn wir – 2010 hatten wir 32 Prozent an Aufklärungsquote, 2011 18 Prozent – wieder die Kurve nach oben bekommen. Da würde mich interessieren, welche Möglichkeiten Sie sehen oder wo Sie sagen, da bedarf es auch ein Stück weit der Unterstützung aus dem NGO-Bereich oder aus der Politik oder wie auch immer. Denn ich glaube schon, dass es wichtig ist, eine vernünftige Aufklärung hinzubekommen.

Und dann der letzte Punkt: Tatort Internet – das steht bei MANEO auch drin. Das Internet spielt eine sehr große Rolle. Mich würde interessieren, wie da die Polizei aufgestellt ist – gerade beim Thema Hassgewalt. Viele Delikte finden den Anfang über das Internet, wenn man sich dann trifft und Späteres folgt. Wir hatten in der Vergangenheit erheblich krasse Fälle mit schwerer Körperverletzung gehabt, die über das Internet den Anfang gefunden haben. Mich würde wirklich interessieren, was Sie dazu sagen können.

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Bitte, Herr Taş!

Hakan Taş (LINKE): Herzlichen Dank auch von mir an die Anzuhörenden! – Ich habe heute etwas gefunden, was die Sicht von katholischen Ärzten deutlich macht, vom 16. Mai 2012, Mannheim. Dort steht u. a.

... Versuch einer Definition von Homosexualität: ... psychische Störung mit unterschiedlicher Ausprägung; reifungs- und homoerotische Empfindungsstörung ...

Alles möchte ich nicht vortragen, aber vielleicht noch ein Zitat aus diesem Blatt:

... Grundsätzliche Hinweise zur Homosexualität: Sowohl Hilfen als auch Heilung sind möglich ...

Das reicht dazu, glaube ich.

Sehr geehrte Damen und Herren! Gewalt hat tatsächlich keine Sprache, keine Nationalität, keine Religion. Herr Steinert hat mit der Aussage vollkommen recht, dass homosexuellenfeindliche Einstellungen und Vorurteile auch in Berlin weit verbreitet und ein gesamtgesellschaftliches Problem sind. Gewalt ist niemals zu tolerieren, egal, von wem sie ausgeübt wird. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass, so ein Eingreifen des Staates gegen transphobe, homophobe Gewalttäter notwendig ist, der Homophobie auch gesellschaftlich begegnet werden muss. Es geht nicht darum, sich gegen einzelne Gruppen zu wenden, gegen Homosexuellen- und Transsexuellenfeindlichkeit. Allein mit Mahnwachen zu reagieren, ist auch nicht die Lö-

sung, sondern jeder ist aufgefordert, auch im Alltag gegen Homophobie einzutreten. Ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Homophobie und Transphobie, an dem sich nicht nur Transsexuellen- und Homosexuellen-Organisationen beteiligen, ist wichtig und auch weiterhin wünschenswert. Darüber hinaus müssen wir die Arbeit an den Schulen intensivieren. Insbesondere muss darauf geachtet werden, dass die vorhandenen Unterrichtsmodule zur Homosexualität auch gelehrt werden. Vor allem Empowerment und Zivilcourage müssen gestärkt werden.

Ich habe noch Fragen an Herrn Steinert: Eine Untersuchung von Wissenschaftlern der Humboldt-Universität zu Berlin – das haben Sie in Ihrem Statement geschrieben – kommt zu dem Ergebnis, dass die Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit des Lesben- und Schwulenverbandes in den Schulen zu einem generellen Umdenken im Sinne von Gleichberechtigung und Antidiskriminierung führt und ein Rückgang diskriminierendes Verhaltens bei Schülern beobachtet werden kann. In welchem Umfang finden diese Aufklärungseinheiten an den Berliner Schulen statt?

Dann haben Sie auf Seite 2 zu dem Thema Zwangsverheiratung und Gewalt etwas geschrieben. Wie viele Fälle sind Ihnen tatsächlich bekannt, in denen insbesondere lesbische Frauen und schwule Männer zwangsverheiratet werden? Und welche Möglichkeiten gibt es hierzu?

Und an Herrn Finke und Frau Apfelbacher die Frage: Inwieweit finden mehrsprachige Beratungen statt? Opferberatungen – gibt es so eine Möglichkeit in Berlin? Wenden sich auch Menschen, die mehrfach diskriminiert worden sind, an Sie? – So weit erst einmal. Danke!

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Jetzt Herr Reinhardt, bitte!

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Erst einmal vielen Dank an die Eingeladenen, dass Sie alle hergekommen sind und uns ausführlich berichtet haben! Ich glaube, dass wir bei diesem Thema noch einen langen Weg vor uns haben, denke aber, dass wir auch einiges erreicht haben. Ich freue mich auch, dass wir in dem Bereich, über den wir heute reden, durchaus regelmäßig die Bereitschaft der verschiedenen Fraktionen haben, da gemeinsam vorzugehen.

Wir haben jetzt schon über die Ausgestaltung und die Ressourcen gesprochen – ich würde Herrn Finke aber gern noch einmal die Gelegenheit geben. Uns ist aufgefallen, dass Ihre Hotline nur von 17 bis 19 Uhr erreichbar ist. Vielleicht können Sie mal sagen, was man tun müsste, um den Zeitraum auszuweiten, und wie groß Sie den Bedarf sehen. Haben Sie da schon Rückmeldungen von „Fällen“ bekommen, die gesagt haben, dass sie aufgrund dieser Situation konkrete Nachteile erleiden mussten?

Ich hatte mir notiert, nach dieser Studie zu fragen, die von Frau Apfelbacher angekündigt wurde, zu der es jetzt am Donnerstag die Pressekonferenz geben soll. In dem Zusammenhang könnte man vielleicht noch mal fragen: Es sind, glaube ich, noch zwei weitere Studien, vonseiten des Senats, angekündigt, einmal eine Bildungsstudie zu Homophobie an Schulen und eine weitere Studie aus dem Bereich Integrationspolitik. Vielleicht könnten Sie stellvertretend für den Senat kurz sagen, ob Sie wissen, wann diese Studien erscheinen sollen – und in Ihre Richtung ganz kurz, ob Sie diese Studien erwarten oder was Sie von diesen Studien erwarten.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Dann würde ich Sie in der Reihenfolge Herr Finke, Herr Steinert und Frau Apfelbacher bitten, die aufgeworfenen Fragen zu beantworten. Die Fragen, die an die Polizei gestellt wurden, wird Frau Koppers beantworten. – Bitte, Herr Finke!

Bastian Finke (MANEO): Die Fragen waren sehr umfangreich. Jetzt so ausführlich darauf einzugehen – da bitte ich um Verständnis. Da können wir aber gern noch mal das Gespräch suchen. – Zum einen, was unseren Bedarf betrifft, das wurde von Herrn Birk angesprochen: Wir haben, wie gesagt, diesen Bedarf mit einer weiteren halben Stelle für den Bereich Opferhilfe deutlich gemacht, was uns ja ursprünglich einmal zugesagt worden war, was dann aber nicht umgesetzt wurde.

Was den Umfang von Opferhilfearbeit anbetrifft: Opferhilfearbeit ist in erster Linie eine sozialarbeiterische Tätigkeit, die vor allem auch im sogenannten Management liegt. Hier muss eine Vernetzung mit den entsprechenden fachlichen Zuständigkeiten stattfinden, mit Therapeuten, Ärzten, Rechtsanwälten und weiteren spezialisierten Einrichtungen, die auf diese Dinge eingehen können. Wir sind mit anderen professionellen Opferhilfeberatungsstellen vernetzt. Es gibt zwei große Dachorganisationen in Deutschland, das ist zum einen der Weiße Ring, zum anderen der Arbeitskreis der Opferhilfen in Deutschland – ado –, dem sich in erster Linie professionelle Opferberatungsstellen angeschlossen haben, fast 30 deutschlandweit, und hier in Berlin die Berliner Opferhilfe, die auch das Zeugenzimmer unterhält. Wir sind Mitglied in dem Arbeitskreis der Opferhilfen, und beide sind wiederum vernetzt im Victim Support Europe, das ist die europäische Dachorganisation aller nationalen Opferhilfe-Beratungsstellen. Also darüber wird kooperiert, darüber findet Netzwerkarbeit statt, Informationsaustausch, thematische Inputs usw. Da sind wir ausgiebigst mit diesem Spezialbereich vernetzt.

Ich habe das Toleranzbündnis angesprochen. Auch hier sind wir in Berlin mit sehr vielen Multiplikatoren, mit Szeneorganisationen vernetzt, ob das nun CSD oder Stadtfest ist. Für Stadtfest haben wir kürzlich eine Sensibilisierungsveranstaltung für die Ordner und Hilfskräfte durchgeführt. Das sind alles erst Anfänge, wo sich so eine Kooperation auswirkt.

Was ist gegen das Dunkelfeld zu tun? – Da haben wir schon Unmengen geschrieben und erklärt, was gemacht werden muss. Es muss vor allem kontinuierlich gearbeitet werden. Die Szenen in Berlin verändern sich stetig und konstant. Wir brauchen immer wieder neue Zugänge auch zu den wechselnden Szeneorten und Szeneveranstaltungen, das ist nicht zu unterschätzen. Auch die Bevölkerung in Berlin verändert sich: Menschen ziehen nach Berlin, die von den entsprechenden Strukturen und Beratungseinrichtungen noch gar nichts gehört haben. Es muss Werbung gemacht werden. Das ist auch ein Bereich, den wir gerade in den letzten zwei Jahren mit zusätzlichen Mitteln im Rahmen der Gewaltpräventionskampagne leisten konnten. Wir haben sehr viele Materialien veröffentlicht, mehrsprachig veröffentlicht, es liegt auch eine Handreichung in der Mappe, in zwölf verschiedene Sprachen übersetzt. Wir haben unsere ganze Homepage in diesen zwei Jahren umgebaut, sie ist jetzt auch auf Englisch zugänglich, weil auch wir auf den wachsenden Tourismus eingehen. Und schon gleich vorweg zu der Frage nach der Sprachkompetenz in der Beratung: Wir beraten auch auf Englisch. Wir verfügen zudem über Listen von Therapeuten und Ärzten, die weitere Sprachen sprechen, sodass auch hier sofort, wenn Bedarf angezeigt wird, vermittelt wird.

Was ist noch gegen das Dunkelfeld zu tun? – Wichtig ist sicher eine klare Zuständigkeit, die wir auch immer wieder betonen. Opfer sollten nicht von Pontius zu Pilatus geschickt werden. Es sollte klar sein, wo die Zuständigkeiten liegen. Deshalb treten wir auch als MANEO auf, um diese Klarheit zu schaffen.

Dann wurde die Frage nach den Krisenwohnungen gestellt. Hier muss der Bedarf sicher noch mal sehr deutlich analysiert werden. Wir haben Anfragen nach Unterbringung, die noch sehr dünn sind. Wir vermitteln diese Betroffenen an entsprechende Einrichtungen, wo eine Unterbringung möglich ist.

Dann gab es noch eine Frage nach der Hotline, warum nur von 17 bis 19 Uhr. – Das hat auch verschiedene Gründe. Das sind zum einen Erfahrungswerte. Wir sind keine Krisensoforthilfe wie Polizei oder Rettungsdienst. Opferhilfe ist in der Regel eine nachsorgende Einrichtung. Deshalb haben wir lange daran gearbeitet: Was sind die Beratungszeiten für unsere Hotline? Das ist nur die unmittelbare Erreichbarkeit, das sind nicht die Beratungszeiten, sondern diese werden terminiert und finden außerhalb dieser Zeiten statt. Aber auch hier wäre sicher etwas zu verändern, wenn die Mittel da wären. Das ist ein Riesenproblem, wie wir auch in der Vergangenheit immer wieder betont haben.

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Dann Herr Steinert.

Jörg Steinert (Lesben- und Schwulenverband in Deutschland – LSVD): Ich fange von hinten an, bei Herrn Reinhardt. In der Tat warten wir auch noch auf andere Studienergebnisse. Da sind wir als NGOs immer in die Arbeitsgruppen der Senatsverwaltungen eingebunden, so in der Senatsverwaltung für Bildung. Soweit ich die Ergebnisse kenne, sind das keine revolutionär neuen Erkenntnisse, aber sie bestätigen bisherige andere Studien. Dabei ist sehr interessant, dass das Problem von Homosexuellenfeindlichkeit bereits in der Grundschule ein Thema ist. Dass „schwul“ und „lesbisch“ als Schimpfwörter benutzt werden und Distanzierungs- und Diskriminierungsrituale auch schon an der Grundschule existieren, ist eine interessante Erkenntnis.

Von der Senatsverwaltung für Integration – ich nehme an, die Studien werden demnächst herausgegeben – wurde auch untersucht, inwieweit sich Lesben und Schwule von verschiedenen Gesellschaftsgruppen diskriminiert oder angefeindet fühlen. Die wesentliche Erkenntnis, dass sich Lesben und Schwule besonders von Neonazis bedroht fühlen, überrascht nicht so sehr. Es ist aber gut, das auch noch mal als Studie zu haben.

Was Herr Taş zu den katholischen Ärzten gesagt hat, zur Pathologisierung von Homosexualität, das erleben wir auch in Berlin – wenn auch nicht in einem so starken Umfang wie zum Beispiel in unserem sächsischen Landesverband. Wir hatten am Sonntag die YOU-Messe in Berlin, Europas größte Jugendmesse. Dort haben wir in den letzten Jahren immer wieder erlebt, wie KALEB und Alpha, evangelikale Gruppen, auftreten und behaupten, dass Homosexualität heilbar ist. Auch pro familia und die Aidshilfe haben sie in Bezug auf die sexuelle Gesundheit ordentlich provoziert, sodass wir uns jetzt vernetzt und das Bündnis Aufgeklärt initiiert haben, um dem etwas entgegenzusetzen. Wir haben gemeinsam mit der Senatskanzlei und der Bildungsverwaltung durch unsere Juristen prüfen lassen, inwieweit diese Organisationen von der Jugendmesse ausgeschlossen werden können. Das ist leider rechtlich nicht möglich, aber sie bekommen bei der YOU nicht mehr die schönste Ecke.

Was die gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrifft, so ist das Bündnis gegen Homophobie in der Tat ein wichtiger Zusammenschluss, in dem wir die heterosexuellen Organisationen vereinigt haben und nicht nur die Lesben und Schwulen, die sich für sich selbst einsetzen, sondern vom Berliner Fußballverband über die Jüdische Gemeinde bis zu SAP oder Coca Cola werden die Akteure aktiviert, damit sie in ihrem eigenen Bereich wirken. Da ist positiv zu betonen, dass die Jüdische Gemeinde als Religionsgemeinschaft zu den Gründungsmitgliedern gehört und die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg – schlesische Oberlausitz mittlerweile auch Mitglied ist. Bei der Katholischen Kirche und den Moscheegemeinden ist das etwas komplizierter. Wir befinden uns im Dialog, und die Schritte, die dort gegangen werden, sind etwas kleiner.

Was die Krisenwohnplätze und die Zwangsverheiratung betrifft, so können wir nur aus den Erfahrungen unseres Zentrums für Migranten, Lesben und Schwule sprechen. Das sind etwa zehn Fälle pro Jahr, die wir selbst betreuen oder in die wir maßgeblich involviert sind. Dabei geht es insbesondere um schwule Männer. Unsere Erfahrung ist, dass lesbische Frauen häufig auch in den heterosexuellen Frauenprojekten unterkommen, so etwas für Männer aber nicht existiert, deswegen wird da der Mangel besonders deutlich. Das bedeutet jedoch nicht, dass das bei lesbischen Frauen nicht gleichermaßen ein Problem ist, nur sind da die Strukturen besser ausgebildet.

Was die Mehrfachdiskriminierung betrifft, so ist diese auch im Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule ein Thema. Es kommt vor, dass auch heterosexuelle Menschen den Weg zu uns finden, weil sie meinen, wir sind so gut vernetzt und sollen ihnen bei Diskriminierungen helfen. Das ist eigentlich ein gutes Zeichen.

Was die Finanzierung betrifft, so sind das stete Abwehrkämpfe. Die Zuwendungen für unser Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule wurden in den letzten sechs Jahren immer wieder gekürzt. Was den Sportbereich angeht, so wurden die Zuwendungen für das Projekt SOCCER SOUND in diesem Jahr um 30 Prozent gekürzt. Das war im Bereich der Integrationsverwaltung, aber die Innenverwaltung hat – gemeinsam mit der Landeskommission Berlin gegen Gewalt – eine Initiative gegründet. Wir sind in einem guten Gespräch, um dort mit diesem Thema unterzukommen.

Es ist in der Tat schwierig, die Aufklärungsprojekte aufrecht zu erhalten. Wir leisten pro Jahr ca. 70 Aufklärungsveranstaltungen in Schulen. Diese sind sehr unterschiedlich und dauern von drei Stunden bis zu drei Tagen. Zunehmend bekommen wir auch Nachfragen nach ganz-

und mehrtägigen Veranstaltungen, womit wir an unsere Kapazitätsgrenzen stoßen. Die genannte Evaluation zur Wirksamkeit war eigentlich eher in einer Bedrängnis entstanden, so dass wieder einmal versucht wurde zu kürzen. Von der zuständigen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wurde gesagt, jetzt lassen wir das doch mal evaluieren und überprüfen. Die Ergebnisse waren – zum Glück – sehr gut, aber man bekommt schwitzige Hände, denn wir müssen messbare Ergebnisse erzielen – und die konnten wir auch erzielen. Man muss aber dazu sagen, dass das immer wieder ein schwieriges Spiel zwischen den Verwaltungen ist. Wir führen halbjährlich immer wieder Finanzierungsverhandlungen, weil wir im Rahmen der Initiative für sexuelle Vielfalt nicht berücksichtigt worden sind. Diese Projekte drohen ständig wegzubrechen.

Ich möchte noch das positive Thema Regenbogenfamilien ansprechen. Die Familiengründung bei Lesben und Schwulen nimmt stark zu, und zwar nicht maßgeblich durch das Lebenspartnerschaftsgesetz, sondern insbesondere durch die nachgelagerte Stiefkindadoption, die 2005 hinzukam, bei der das leibliche Kind der Partnerin oder des Partners adoptiert wird. Das führt zu einer bewussten Familienplanung von Lesben und Schwulen. Aber nach wie vor gibt es auch Diskriminierungen, wie zum Beispiel bei den Jugendämtern im Rahmen der Stiefkindadoption. Wir wurden – wenn ich das richtig vor Augen habe – in der letzten Legislaturperiode von den 2,1 Millionen Euro mit 5 000 Euro bedacht, um das durchführen zu können. Da platzen wir aus allen Nähten. Insbesondere im positiven Bereich Familie, Familiengründung wäre das Ganze noch auszubauen. – Ich hoffe, ich habe alle Fragen im Wesentlichen beantwortet.

Vorsitzender Peter Trapp: Dann Frau Apfelbacher!

Claudia Apfelbacher (Lesbenberatung Berlin): Zu allererst möchte ich gern auf die Frage eingehen, wie man die Arbeit der Polizei mit unterstützten kann, also wie da Netzwerkarbeit stattfinden kann. – Wir sind nicht stellvertretend für alle Lesben und Transpersonen innerhalb Berlins tätig, denn die Menschen, die bei uns Hilfe suchen, stellen nur einen geringen Teil dar, weil es nach wie vor so ist, dass Lesben und transidente Menschen selbst Schwierigkeiten haben, zum Thema Gewalt Stellung zu beziehen und Vertrauen darin zu haben, dass Hilfe gewährleistet wird. Sie ziehen sich manchmal vielleicht eher zurück und suchen sich in ihren eigenen Kontexten Hilfe, als dass sie zu staatlichen oder Organisationsstellen gehen, um Hilfe zu bekommen. Das ist nach wie vor ein Problem. Ich denke, da müssen die unterschiedlichen Institutionen immer wieder eine gute Öffentlichkeitsarbeit machen. Öffentlichkeitsarbeit heißt aber auch, dass man dafür Geld braucht. Aber wenn wir uns die Geldtöpfe angucken und sehen, wie viele Ressourcen wir wofür haben, dann besteht ein Teil davon sicherlich auch aus aufsuchender Arbeit, also daraus, in die Szenen zu gehen, dort Öffentlichkeitsarbeit zu leisten und Ansprache zu machen, aber die finanziellen Ressourcen, die wir bisher dafür bereitgestellt bekommen haben, sind viel zu gering.

Wenn ich mir anschau, was zum Teil diejenigen, die zu uns kommen, über das sagen, was sie zusätzlich erlebt haben, oder wenn sie auch andere Dinge der Polizei bekannt geben, wie zum Beispiel einen Fahrraddiebstahl oder einen Unfall auf der Straße und dabei nicht dem gängigen Frauen- oder Männerbild entsprechen, dann motiviert sie das bei Tatbeständen, bei denen es um die sexuelle Identität geht, nicht immer, Hilfe bei der Polizei zu suchen, weil das Frauenbild nach wie vor recht heteronorm aufgestellt ist. Wir haben früher auch Fortbildungen bei der Polizei gegeben und dabei zum Teil erlebt, dass wir sehr stark mit bestimmten

Vorbehalten gegenüber anders geltenden Frauen- und Männerbildern – man nennt es auch Gender-Identitäten – konfrontiert wurden. Das ist nach wie vor ein Problem, gegen das wir von außen wenig tun können. Ich glaube, dass das Bild – egal, welche Verwaltungseinrichtungen oder auch andere Organisationseinrichtungen das sind – verändert werden muss, und es muss auch aus den eigenen Reihen noch einmal nachgebessert werden.

Ansonsten, wenn es um das Thema Beratung geht: Was kann man tun, auch im Nachgang, sprich, wenn Gewalt schon stattgefunden hat? Kann man da auch noch begleiten? Was wird eigentlich gebraucht? – Das spricht das Thema Case Management an. Begleitung ist natürlich auch ein Zeitaufwand. Im Moment ist es so, dass das, was finanziert wird, eher darauf ausgerichtet ist, dass Menschen zu uns in die Institutionen kommen. Bei der Polizei ist das noch ein bisschen flexibler, auch durch Maria Tischbier, die vor Ort ist und auch in Einrichtungen geht. Das ist gut, aber bei uns sind diese finanziellen Möglichkeiten sehr gering. Das heißt, wir können zum Teil zwar Case Management machen, aber der Umfang ist sehr schmal. Das Case Management ist vonnöten, gerade auch dann, wenn Sie an die mediativen Bereiche denken, wo sich die Frage stellt, wie man in Vermittlungspositionen zwischen unterschiedlichen Organisationen kommen kann. Da ist das Case Management sehr wichtig, aber dafür müssen noch mehr finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden.

Zur mehrsprachigen Beratung: Wir werden mit 35 000 Euro finanziert. Das ist eine Stelle. Es wurde gefragt, wie viele Sprachen diese Person spricht. Sicherlich möchten wir eine mehrsprachige Beratung anbieten. Aktuell tun wir das mit Englisch, Französisch und Niederländisch. Aber wenn es noch mehr Sprachen im Angebot geben soll – das können wir online und über Informationsmaterial bereitstellen, das ist klar, aber natürlich nicht in einer direkten Beratung vor Ort. Da kann es Kooperationen mit anderen sensiblen Organisationen geben, was wünschenswert wäre, aber vielleicht wird auch noch einmal über eine finanzielle Nachbesserung nachgedacht.

Netzwerkarbeit: Über die Initiative hat eine sehr produktive und gut funktionierende Netzwerkarbeit stattgefunden. Im Netzwerk „Diskriminierungsfreie Szene“ kommen viele Akteurinnen und Akteure zusammen, und es passiert – gerade, was die Öffentlichkeitsarbeit betrifft – viel. Das ist ein Teil der ISV. Das hat sich bewährt und sollte weiter ausgebaut werden.

Wenn ich noch mal nach dem Grund für unsere Forschung gucke und sehe, dass die Unterstützung häufig im eigenen Umfeld gesucht wird – zu über 80 Prozent –, dann macht es Sinn, auch da noch einmal über Selbsthilfestrukturen nachzudenken und zu sehen, wie man denn die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen erreichen kann, damit sie sich selbst, sozusagen mit einem Selbsthilfeansatz – mittlerweile gibt es da auch einige Konzeptionen –, helfen können. Wir dürfen nicht immer denken, dass die Menschen bestimmte Organisationen wahrnehmen müssen, sondern müssen auch gucken, dass wir gesamtgesellschaftlich, zwischenmenschlich versuchen, da die Menschen zu unterstützen und auch zu professionalisieren, wenn es um das Thema Gewalt und Diskriminierung geht.

Zu den Unterbringungen: Bastian Finke sprach vom Alter 27 Jahre, aber ich würde da gern noch runtergehen, denn meine Erfahrung ist – ich habe lange in der Jugendhilfe gearbeitet –, dass die Jugendhilfe ab 18 Jahren nicht mehr unterstützt wird, dann fließt das Geld in andere Töpfe. Das heißt, wenn wir über Unterbringung nachdenken, dann müsste diese ab 18, 19 Jahren sein, das heißt, dann ist auch ein bestimmter Betreuungsbedarf vonnöten. Wenn es um

die Geschichte „Hotel“ geht, dann wäre es interessant, einmal zu hören, welche Konzepte es dafür gibt. Ich kenne sie bisher noch nicht. Nach meiner Erfahrung reicht es nicht aus, den Menschen nur Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen – diese müssen meistens anonymisiert sein, aber nicht immer –, sondern es braucht auch eine bestimmte Betreuung, denn die Menschen, die Gewalt und Diskriminierung erlebt haben, haben meistens auch noch einen anderen Bedarf. Darüber müsste man sich noch einmal Gedanken machen.

Noch mal zu Herrn Steinert: Sicherlich gibt es Frauenhäuser und Frauenwohnungen in Berlin, aber unsere Erfahrung ist, dass diese Einrichtungen, wenn es um transidente Personen geht, sich im Moment nicht in der Lage sehen – auch weil sie zum Teil überfüllt sind und das Betreuungsangebot sehr gering ist –, diese aufzunehmen. Das hat auch etwas damit zu tun, dass es auch dort nach wie vor Vorurteile gibt; das muss begleitet werden. Hier stellt sich die Frage, ob wir nicht zusätzliche Kriseneinrichtungen für LSBTI brauchen.

Als Letztes: Wenn ich mir angucke, wie in dieser Stadt finanziert wird, dann ist es – auf die Jahre verteilt – vielleicht nicht ganz ungewöhnlich, dass Frauen, Lesben und Organisationen, die für Menschen mit Mehrfachdiskriminierung da sind, trotzdem den kleinsten Geldtopf bekommen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Der Senator hat es gehört. – Eine Frage war noch an Sie gerichtet, Herr Finke, und zwar, ob Traumatisierte Probleme mit Krankenkassen haben. Können Sie dazu etwas sagen? – Bitte sehr!

Bastian Finke (MANEO): Selbstverständlich! – Traumatisierte Menschen wenden sich in der Regel an einen Arzt oder eine Ärztin, der oder die den Patienten an einen zugelassenen Therapeuten überweist. Wenn es dort Wartezeiten gibt, dann haben wir a) Ambulanzen und b) Einrichtungen, wie zum Beispiel den Berliner Krisendienst und andere, die traumatisierte Menschen auffangen. In der Regel ist es so, dass die Krankenkassen sich anschließend, wenn sie davon Kenntnis bekommen haben, an das Versorgungsamt wenden, oder die Betroffenen wenden sich selbst an das Versorgungsamt, sodass die Therapien übernommen und bezahlt werden. So funktioniert das in der Regel in Berlin und vermutlich auch in den anderen Bundesländern.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Wir kommen jetzt zu dem Teil, der die Polizei betrifft. – Bitte, Frau Koppers, Sie haben das Wort!

Polizeipräsidentin Margarete Koppers: Zunächst zu Herrn Birk und den Zahlen, die Sie für Friedrichshain-Kreuzberg und Tempelhof-Schöneberg genannt haben: Es ist immer extrem schwer, aus solchen geringen Fallzahlen aufkommen auf Tendenzen zu schließen, zumal es auch von Zufälligkeiten abhängt, ob das nun ein zusammengehörender Komplex war, wie mir Frau Tischbier beschrieben hat, oder mehrere, in verschiedenen Zusammenhängen stehende Komplexe waren. Eine konkrete Entwicklung vermögen wir da noch nicht zu erkennen, aber wir haben das im Blick, das ist selbstverständlich.

Wie wir die Anzeigebereitschaft verbessern können – dazu ist schon viel gesagt worden. Es geht um vertrauensbildende Maßnahmen. Das ist genau unser Ansatz, den wir seit geraumer Zeit fahren. Aber es ist auch ein allgemeines Problem, das die Sexualstraftaten betrifft. Auch da ist das Dunkelfeld bei den Opfern sehr groß. Sie wollen keine Öffentlichkeitswirkung und

keine Zweittraumatisierung durch die Behandlung im öffentlichen Raum sowohl bei der Polizei als auch im Strafprozess. Wir brauchen selbstverständlich noch eine deutlich bessere Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Es ist schon ein guter Schritt, dass dieses Thema im Innenausschuss besprochen wird, aber ein noch besserer Schritt wäre es, wenn morgen auch die Medien darüber berichten würden, denn es ist extrem schwer, solche Präventionsthemen in die Medien hineinzubringen. Das ist unser tägliches schweres Brot im Präventionsbereich insgesamt, und in diesem speziellen Präventionsbereich ganz besonders.

Ich glaube, dass Frau Apfëlbacher recht hat, wenn sie sagt, dass wir noch sensibler schulen müssen. Das ist gerade das Anliegen unserer Ansprechpartner, deswegen machen wir so viele Schulungen in der Polizei Berlin.

Dass Lesben es bei der Polizei deutlich schwerer haben – das sehe ich genauso. Auch da sind wir am Ball, aber meiner Einschätzung nach ist das noch ein weiter Weg. Dass wir dabei Top-down vorgehen, das brauche ich Ihnen, glaube ich, nicht zu beweisen, das liegt auf der Hand. – Frau Tischbier kann – wenn Sie mögen – noch über einige Details berichten.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte, Frau Tischbier, Sie haben das Wort!

Kriminalkommissarin Maria Tischbier (Ansprechpartnerin der Berliner Polizei für gleichgeschlechtliche Lebensweisen): Danke schön! – Letztlich haben Sie mir schon einiges vorgegenommen. – Ich komme noch einmal zu der Frage von Herrn Birk, nach den 27 Fällen in Kreuzberg: Es war in der Tat so, dass neun Fälle auf einen konkreten Sachverhalt entfallen sind, was die Anzahl der Fälle – im Vergleich zum Vorjahreszeitraum – enorm in die Höhe schnellen ließ. Im Jahr zuvor hatten wir 12 Taten, da bleiben jetzt noch 18. Bei der Steigerung bzw. bei dieser geringen Zahl, die überhaupt bekannt ist, sind – wie Frau Koppers schon sagte – Rückschlüsse schwierig. Das kann mit der Anzeigenbereitschaft zu tun haben oder auch damit, dass Fälle aus anderen Gründen bekannt geworden sind.

Noch eine Anmerkung an Herrn Schreiber zum Tatort Internet: Diese Taten sind uns natürlich bekannt und werden bei uns auch ausgewertet. Was wir da machen können, ist, einfach zu schauen, inwieweit ein Anstieg passiert, und dann spontan zu reagieren, also auch mit Präventionsmaßnahmen, was konkret bedeutet, dass wir potentielle Opfer aufklären und Maßnahmen ergreifen, damit über solche Phänomene gesprochen wird, und zum Beispiel in den Kiezen die Wirte sensibilisieren etc. Das sind die Dinge, die wir dann tun können und auch tun.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Ich glaube, jetzt sind alle Fragen beantwortet. – Ich bedanke mich bei den Anzuhörenden. Ich hoffe, dass Ihre Informationen auf einen fruchtbaren Boden fallen. – [Beifall] – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0052](#)
Maßnahmen gegen Rockerkriminalität und
Informationslecks in den Behörden
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der
Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion) InnSichO
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0053](#)
Erkenntnisse der Polizei über die Aktivitäten von
Rockerbanden in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU) InnSichO

Vorsitzender Peter Trapp: Wir fangen mit dem Power-Point-Vortrag von Herrn Landeskriminaldirektor Steiof an, den ich ganz herzlich begrüße.

Christian Steiof (LKA): Sehr geehrter Herr Senator! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich gebe zu, das wird jetzt thematisch ein ziemlich harter Schnitt, weil bei den Herrschaften, mit denen wir es hier zu tun haben, noch nicht mal die Gleichberechtigung wirklich angekommen ist.

Ich wurde vor der Sitzung gefragt, ob „Outlaw Motorcycle Gangs“ wieder so ein künstlicher Begriff der Polizei ist. – Nein! Das ist der offizielle, weltweit genutzte Begriff, weil „Rocker“ ein typischer Scheinanglizismus ist, ähnlich wie „Handy“. International benutzt man den Begriff „Rocker“ nicht, sondern „Outlaw Motorcycle Gangs“. Das ist aber nur ein geringer Ausschnitt derjenigen, die tatsächlich Motorrad fahren.

Auch wenn die Zeit fortgeschritten ist – ich werde zusehen, ob ich das eine oder andere auch überspringen kann –, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit ein bisschen ausführlicher auf diese Lage lenken, weil ich denke, die Entwicklung der letzten Monate, z. T. der letzten ein, zwei Jahre sowohl bundesweit als auch hier in Berlin lassen es angezeigt sein, ein wenig mehr zu wissen.

Wie sieht die Polizei die Lage? – Wer sich viel im Internet informiert, wird viele Dinge wiedererkennen, wird das eine oder andere wissen. Für andere ist es vielleicht ganz interessant, wenn ich kurz die Entwicklung darstelle: Wie kommt es eigentlich zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen, die wir in den letzten Monaten und Jahren hier zu beobachten haben? – Andererseits ist es so, dass derzeit aus unserer Sicht die Verunsicherung der Szene relativ groß ist. Das wiederum liegt an etlichen Verbotsverfahren, die bundesweit gelaufen sind, und an einem erhöhten repressiven Druck der Polizei.



ENTWICKLUNG DER ROCKERGRUPPIERUNGEN

- 1920er / 1930er Jahre** erste Motorradgruppen in den USA
- 1947** Ausschreitungen in Hollister / USA („Hollister Bash“)
- 1948** Gründung *Hells Angels MC* in *San Bernardino / USA*
- 1950er / 1960er Jahre** Gründung weiterer Motorrad-Clubs
- Weltweite Gründung organisatorisch eigenständiger Charter / Chapter
 - Zunahme der Revierstreitigkeiten („Rockerkriege“), vor allem in USA, Kanada und Skandinavien
- 1966** Gründung des *Bandidos MC* in *Houston / USA*
- 1969** erstes Charter der *Hells Angels* in Europa (London / Großbritannien)
- 1973** erstes Charter der *Hells Angels* in Deutschland
- 1980er Jahre** Neugründungen von MC und Supportern
- Späte 1990er Jahre** Vielfalt der MC weltweit nimmt ab

Um das Ganze zu verstehen und das eine oder andere richtig einordnen zu können, möchte ich Sie kurz in die Historie von Motorradclubs entführen. Los ging es in den 20er-, 30er-, 40er-Jahren. Rückkehrer aus dem Krieg, die sich finden wollten, weil sie in der Gesellschaft nicht so richtig ankamen, und diesen Typ Kameradschaft nach vorne bringen wollten, haben sich zusammengeschlossen und gemeinsame Aktivitäten wie Motorradfahren entwickelt, Feste gefeiert und Ähnliches, um diese Verbundenheit darzustellen. Der erste echte Motorradclub in Organisationsform ist 1932 in den USA gegründet worden. Das war der „Gypsy Motorrad Club“, abgekürzt „MC Gypsy“. Der für uns als Sicherheitsbehörden entscheidende Punkt ist 1947 gewesen, die Ausschreitungen in Hollister in den USA, von der Presse als „Hollister Bash“ bezeichnet. Da ist ein Riesentreffen von Motorradfreunden gewesen, und dann gab es gewalttätige Auseinandersetzungen. Die sind im Vergleich zu heute relativ gering gewesen, aber damals, auch durch die Medien, sehr hochgepusht worden. Dann gab es eine Aussage der American Motorcycles Association – das ist ein entscheidender Punkt –, dass nur ein Prozent der dort tätigen Motorradfahrer tatsächlich gewalttätig waren. Aus dieser Aussage der AMA ist ein Begriff entstanden, der auch heute noch für uns als Polizei wichtig ist, der Begriff des „1%er“. Das sind diejenigen, die gewalttätig oder gewaltbereit sind und ohne Anerkennung der normalen gesellschaftlichen Normen das „Rockerleben“ durchziehen.

Es kam dann 1948 relativ schnell zur Gründung eines Motorradclubs, der bis heute weltweit einer der aus sicherheitspolitischer Sicht interessantesten ist, nämlich des „Hells Angels MC“, ebenfalls in den USA. In der Folge kam es weltweit zu einer großen Anzahl von Gründungen von Clubs. Der zweite, der weltweit derzeit interessant ist, ist der „Bandidos MC“, 1966 gegründet – wobei man bei beiden sagen muss: Sie sind nicht die mitgliederstärksten. Die mitgliederstärksten sind die polizeilich am wenigsten interessanten oder auffälligen.



VIELFALT DER ROCKERGRUPPIERUNGEN



1969 schwappte dann die Welle der Motorradclubs nach Europa, auch nach Deutschland über. 1969 war die Gründung des „Hells Angels“-Charter in London, des ersten in Europa, und in Deutschland geschah dies kurz danach, 1973 in Hamburg. Dieses Charter ist zehn Jahre später, 1983, bereits wieder verboten worden.



1990ER JAHRE - REDUZIERUNG DER VIELFALT



Dann kann man feststellen, dass die Vielfalt der Motorradclubs irgendwann in den 90er-Jahren sehr stark zugenommen hat und plötzlich schlagartig abnahm. Was Sie hier sehen, ist nur eine kleine Auswahl von allein in Deutschland tätigen Motorradclubs, die mittlerweile allesamt verschwunden sind. Man konnte feststellen, dass es eine Wanderungsbewegung hin zu großen Motorradclubs gab, die weltweit agieren. Das sind insbesondere die „Bones“, die in Deutschland sehr aktiv und sehr groß waren. Wer den Namen Frank Hanebuth kennt: Der „Hells Angels“-Chef Deutschland ist damals Chef der „Bones“ gewesen. Er ist zu den „Hells Angels“ übergetreten und da heute noch sehr aktiv. Das war eine Wanderungsbewegung von ungefähr 300 Personen, die von einem zum anderen Club übergetreten sind. Dann gab es massive Wanderungsbewegungen von anderen Clubs, „Ghostriders“, „Eagles“, „Destroyers Munich“, zu den „Bandidos“ hin, sodass auch da eine enorme personelle Verstärkung und Konzentration auf diesen zweiten großen Club stattfand. Die dritte Wanderungsbewegung war hin zu den „Outlaws“. Das sind die drei, die heutzutage in Deutschland am interessantesten und größten sind.



Der Polizeipräsident
in Berlin

**VERÄNDERUNGEN ROCKERGRUPPEN IN BERLIN
20. JAHRHUNDERT**

1973 Gründung *Phoenix MC Berlin*

1975 Gründung *Born To Be Wild MC* und
Rolling Wheels MC

1989 „4-Mächte Status“
Born To Be Wild MC
Phoenix MC
Dragons MC
Rolling Wheels MC

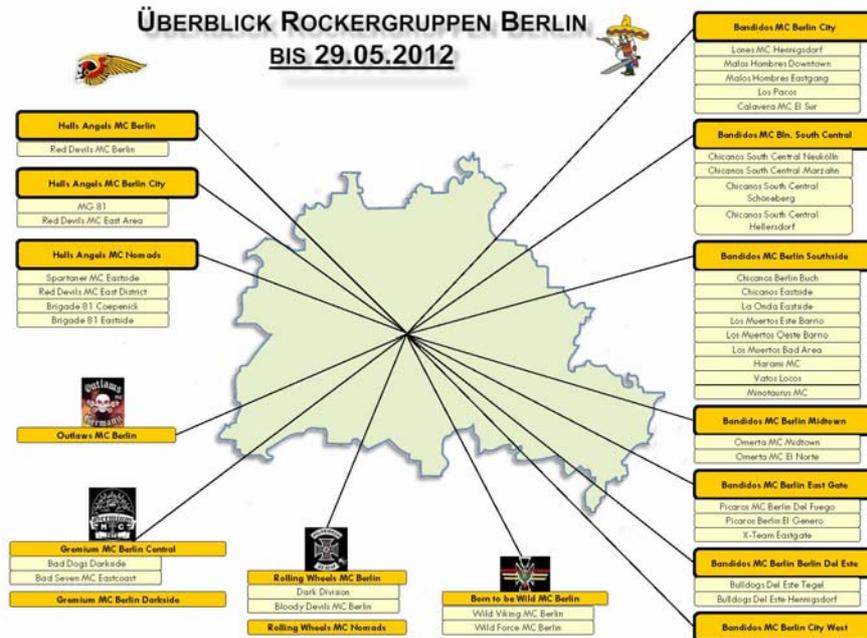
1990 *Phoenix MC* wird *Hells Angels MC Berlin*

Jetzt kommen wir nach Berlin, wobei die ersten Jahrzehnte, von 1973 bis Anfang der 90er-Jahre, noch relativ unproblematisch waren. 1973 wurde der erste Motorradclub in Berlin gegründet. Das war der „Phönix MC Berlin“, der 1990 zu den „Hells Angels“ übergetreten ist. Dann gibt es „Born to be wild“ und „Rolling Wheels“ – ich sage mal ein bisschen flapsig: Das sind die Altrocker. Die sind für uns aus polizeilicher Sicht unproblematisch. Man kann schon feststellen, dass bis 1989 der Vier-Mächte-Status der Stadt auch für die Rocker galt. Es gab vier Clubs, völlig unproblematisch, kaum oder keine Revierstreitigkeiten und Auseinandersetzungen – also noch eine relativ übersichtliche Angelegenheit, wie man hier sieht.

Ab 2001 wurde es dann etwas dynamischer. Die „Dragons“ sind zu den „Bandidos“ übergegangen, „Outlaws“ wurde gegründet, „Gremium“ wurde gegründet. „Gremium“ ist ein bis heute noch fast rein deutscher Club, während die anderen durchmischte sind, viele mit relativ jungen Leuten, auch mit Migrationshintergrund. 2006 – das steht nicht in der Grafik – ist der Club gegründet worden, der in der vorletzten Woche zur Vollziehung des Vereinsverbotsverfahrens führte, damals noch unter dem Label „Bandidos MC El Centro“. 2010 – wie man in der Grafik unten sieht – ist er übergetreten zu den „Hells Angels“, allerdings erst mal als sogenannter „Nomads Turkey“. Das ist so eine Art Probezeit. Auch wenn man schon lange Zeit Mitglied eines Motorradclubs ist, ist man, wenn man übertritt, erst mal wieder im Umfeld und wird erst mal beguckt. Das ging ungefähr ein Jahr so, und dann ist er zu dem Club „Hells Angels MC Berlin City“ geworden.



Es sind dann weitere Clubs aufgeteilt und neue gegründet worden. Hier unten sind die „Mongols“ 2010 dargestellt. „Mongols“ ist auch eine ursprünglich in den USA beheimatete Gruppierung mit enormer Gewalttätigkeit – etliche Tötungsdelikte weltweit, insbesondere gegenüber den „Hells Angels“ und den „Bandidos“, also eine extrem gewaltaktive, gewaltaffine Gruppierung. Die tauchte hier Ende 2010 auf. Wir hatten Anfang 2011 relativ schnell mit der Verbandsbehörde Kontakt aufgenommen, um sie möglichst schnell hier rauszukriegen und zu verbieten. Sie hatten einen Sprengstoffanschlag auf ein Vereinsheim der „Bandidos“ durchgeführt. Das war zumindest schon ein ganz guter Anlass. Sie sind dann aber ab 2011, jedenfalls in dieser Form „Mongols“, zum Glück nicht mehr in dieser Stadt aufgetreten. 2012 – das haben Sie den Medien entnommen – sind wesentliche Teile des „Bandidos MC“ am Pfingstmontag zum „Hells Angels MC“ übergetreten.



Jetzt zeige ich Ihnen den Überblick, zumindest bis zum 29. Mai. Seitdem hat sich ein bisschen was getan. Wir haben insgesamt sieben Chapter – bei den „Bandidos“ nennt sich das Chapter, bei den „Hells Angels“ Charter – mit insgesamt 25 Supportergruppen. Supporter sind ebenfalls eigenständige Clubs, die aber ausschließlich unter ihrem Headquarter, dem Charter oder Chapter, stehen und dem total verpflichtet sind, meistens gleichzeitig mit Vereinsheimen und -räumen, die in den Hauptvereinsheimen sind. Wir haben auf der anderen Seite die „Hells Angels“, insgesamt drei Charter mit sieben Supporterclubs. Dann gibt es noch vereinzelt die, die aus polizeilicher Sicht eher untergeordnet – ich sage es vorsichtig – sind, wobei die „Outlaws“ und der „Gremium MC“ auch im Fokus unserer Informationssammlung stehen.

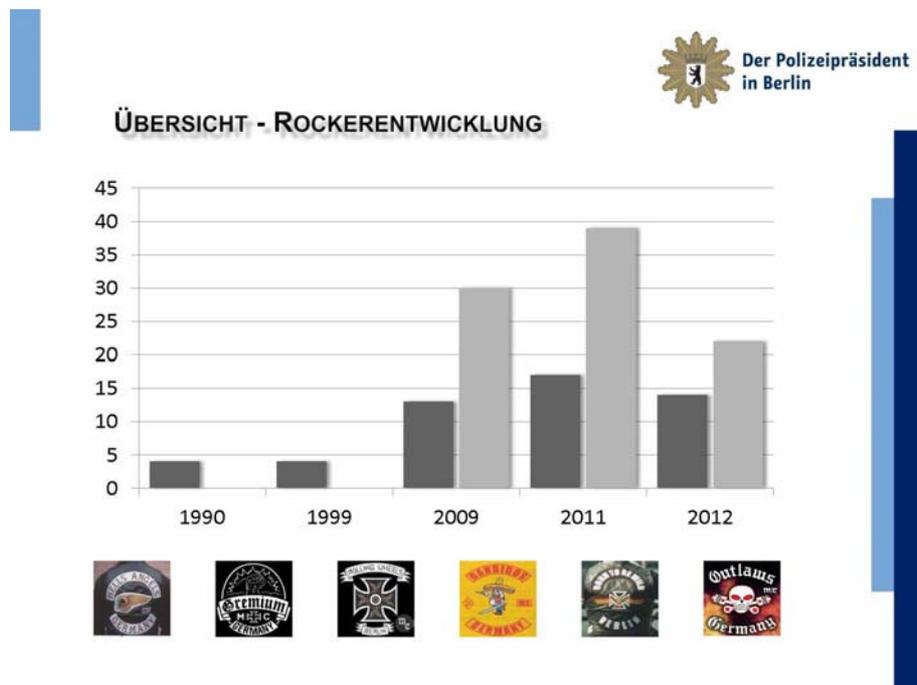


Seit Pfingstmontag und dem vollzogenen Vereinsverbot haben sich einige Veränderungen ergeben, und zwar haben sich der „Bandidos MC South Central“ und der „Southside“ zum „Hells Angels MC Berlin City“ begeben – interessant, wenn man die Spekulationen in der Presse verfolgt hat: Die meinten natürlich – es wird auch so gewesen sein –, dass ein Teil von Informationen durchgesteckt wurde, allerdings offensichtlich nicht die richtigen, denn der „Hells Angels MC Berlin City“ war Gegenstand des Vereinsverbots, und so hätte es wenig Sinn gehabt, sich diesem Club anzuschließen. Unabhängig davon kann man feststellen, dass – so ist unsere Bewertung – der „Hells Angels MC Berlin City“ einer der gewalttätigsten Clubs in dieser Stadt war und erheblichen Druck auch mit massiven Straftaten gerade gegen diese beiden Chapter des „Bandidos MC“ ausgeübt hat, sodass wir in Betracht ziehen, dass hier auch eine ganz klare, massive Machtverteilung stattgefunden hat. Die „Bandidos“ hatten – auf Deutsch gesagt – ziemlich Schiss vor den „Hells Angels“.

Der „Hells Angels MC Nomads“, ein schon etwas länger in dieser Stadt befindlicher Club, hat sich ebenfalls gespalten, zum einen in die „Nomads“. „Nomads“ ist eine Bezeichnung, die es pro Club und Land nur einmal gibt. Das heißt also, ein „Nomad“ kann nicht noch in einem anderen Bundesland in Deutschland existieren, sondern nur einmal. Deswegen konnte man kein zweites Charter in Brandenburg gründen, sondern man ist mit diesem „Hells Angels“-Charter „Nomads“ nach Brandenburg gezogen und hat darüber hinaus noch ein zweites für Berlin gegründet. Das ist der „Hells Angels MC East District“, wobei wir derzeit noch keine wesentliche Aussage darüber treffen können, ob das tatsächlich eine Auffangorganisation für den „Hells Angels MC Berlin City“ werden soll. Da muss man die weitere Entwicklung abwarten. – Die „Outlaws“ sind weiterhin relativ unberührt von diesen ganzen Entwicklungen.

Die Fragezeichen bei den Supportern sind auch polizeiliche Fragezeichen, die derzeit durch intensive Erkenntnisgewinnung und Informationssammlung aufzuhellen versucht werden,

weil die Supporter durch Auflösung der jeweiligen Charter oder Chapter relativ kopflos und orientierungslos sind und der eine oder andere möglicherweise auch abtaucht im Sinne von Ausstieg aus diesen Gruppierungen, aber auch eine Orientierung hin zu anderen Chartern und Chapters stattfinden wird. All das wird noch ganz spannend für uns werden. Wir können allerdings auch feststellen, dass die Gruppierung um Kadir Padir – das ist der ehemalige „Hells Angels MC Berlin City“-Chef – tatsächlich ohne Kutten im Stadtgebiet auftaucht und momentan etwas auf der Suche ist. Was da passiert, wissen wir selbst noch nicht. Sie haben sicherlich den Medien entnommen: Am Wochenende hatten wir ein versuchtes Tötungsdelikt. Es betraf allerdings den „Hells Angels MC Nomads“-Vereinsvorsitzenden.



Vielleicht noch mal im Überblick: dunkelgrau sind die Charter und Chapter der Clubs und hellgrau die Supporter – wie sich die Entwicklung in den Jahren vollzogen hat. Man sieht eine ziemliche Explosion in den Anfängen des 21. Jahrhunderts. Jetzt müssen wir gucken, ob die Entwicklung zurückgeht, ob die weiterhin massive Reduzierung auf die strukturstärksten Vereine weitergeht.

FÜR WELCHE ROCKER INTERESSIERT SICH
DIE POLIZEI ?



Jetzt ist es aber nicht so, dass wir uns für alle Rocker interessieren. Ich hatte Ihnen das vorhin schon gesagt. Die sind so in den Anfängen, interessieren uns eher nicht. Auch die sind letztendlich nicht so interessant, die schon gar nicht. Da wird es schon interessanter. Aber besondere Bauchschmerzen bereiten den Sicherheitsbehörden eher diese Jungs. Schon vom Auftreten, vom Aussehen und ihrer Handlungsweise her ist das ein deutlicher Unterschied zu dem verklärten Bild eines Altrockers, der am Lagerfeuer seinen Enkeln Geschichten erzählt. Das ist übrigens der „Bandidos MC Southside“, der am Pfingstmontag zu den „Hells Angels“ übergelaufen ist – sehr vertrauenerweckende Jungs! Sie sehen da unten das „1%er“-Zeichen, das auch nach außen hin getragene Zeichen für die Nichtanerkennung sämtlicher Strukturen des Staates.

Dann gibt es wie immer in der Polizei bundesweit auch eine einheitliche Definition. Da sind einige wesentliche Begriffe drin, die Motorradclubs, Outlaws, Outlaw Motorcycle Gangs – OMCGs – auszeichnen, insbesondere der hierarchische Aufbau. Ich möchte dazu ein paar zusätzliche, ergänzende Ausführungen machen. Es gibt innerhalb der MCs – und die achten auch darauf, dass sich nicht jeder MC nennt – hierarchische Strukturen. Da sitzt einer oben drauf, und ohne diesen Präsidenten – wir nennen ihn lieber Vereinsvorsitzenden, um ihn nicht auch noch höher zu machen – wird nichts ausgeführt, gar nichts. Das ist eine absolute Diktatur in einem solchen Chapter oder Charter.

Wie ich eingangs andeutete, können ausschließlich Männer Mitglieder in OMCGs werden. Es besteht eine enge Verknüpfung zu den jeweils in dem Land tätigen Chapters und Charters, und es gibt natürlich die weltweite Verknüpfung. Es wird immer abgestimmt und bekanntgemacht, wo Chapter oder Charter eröffnet werden, wie sie aussehen, wie sie sich darstellen dürfen. Weitere ganz klare Faktoren für OMCGs sind ein Clubhaus – das brauchen sie immer, darauf legen sie auch Wert – und ein Gebietsanspruch, um ihre kriminellen Märkte zu er-

schließen. Daraus erwächst logischerweise die extreme Problematik zwischen den dann verfeindeten MCs.

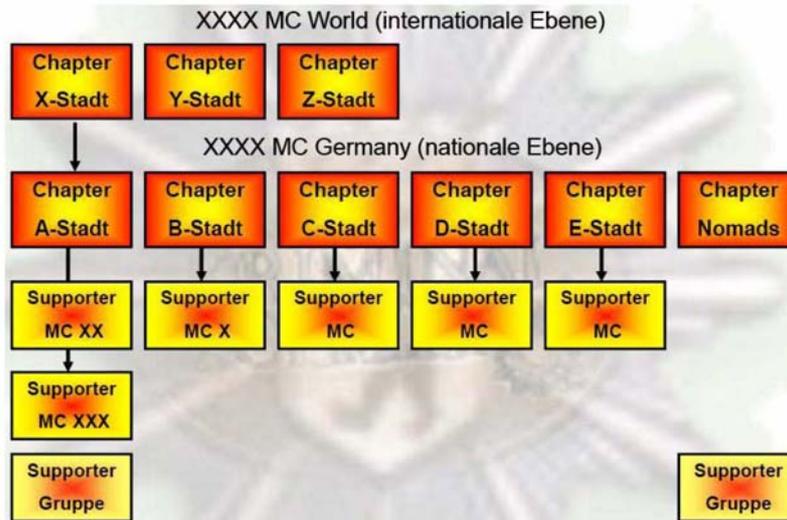
Das Führen des „MC“ im Clubnamen ist ausschließlich OMCGs vorbehalten. Es gab auch in dieser Stadt etliche sogenannte „Streetgangs“, die gerade im letzten halben, dreiviertel Jahr versucht haben, sich eine Art rockerähnlichen Status zu erarbeiten, beispielsweise die „Streetfighters“ im Wedding, die mit einem „MC“ an der Kutte auftauchten. Das hat nicht lange angehalten, dann sind sie einbestellt worden, und seitdem haben sie das Zeichen abgemacht. Das ist also eine ganz klare Sache, die ausschließlich den Chartern und Chaptern der großen Clubs vorbehalten ist.

Rückencolour: Ich zeige nachher noch Bilder dazu. – Mitglieder in Haft: totale Solidarität mit den Brüdern. Sie werden finanziell unterstützt, anwaltlich vertreten, und es ist festzustellen: Sie machen mittlerweile eine z. T. sehr professionelle eigene Öffentlichkeitsarbeit. – Besitz eines Motorrads: Da gibt es eine ganz interessante Entwicklung. Früher war klar: Jeder Rocker oder jeder Motorradclubangehörige hat ein Motorrad zu haben. Das war der eigentliche Sinn. Es wurde auch noch klar vorgegeben: Unter 750 cm³ ist nicht! Die meisten – das wissen Sie selbst – fahren am liebsten Harley. Das ist allerdings bei den uns interessierenden OMCGs nicht so. Beispiel: Von den „Hells Angels Berlin City“ mit ca. 45 bis 55 Mitgliedern haben überhaupt nur 20 eine Fahrerlaubnis. Es ist also bei diesen gewalttätigen, kriminellen Gruppierungen – so will ich das mal sagen, um den heroisierenden Begriff „Rocker“ nicht zu nehmen – völlig unerheblich, ob sie Motorrad fahren oder ihre jeweiligen kriminellen Märkte anders erreichen. Allerdings muss man auch feststellen, dass in einigen Chartern und Chaptern die gemeinsamen geschlossenen Ausfahrten immer noch hochgehalten werden. Wir haben damit polizeilich öfter zu tun, insbesondere weil dann fleißig Lichtzeichenanlagen übersehen oder Straßen abgesperrt oder ähnliche autarke Dinge vorgenommen werden.

Die „1%er“ – ich hatte es schon erwähnt – sehen sich außerhalb jeder gesellschaftlich-bürgerlichen Ordnung. Sie haben eigene Regeln und Satzungen, sie lehnen das staatliche Gewaltmonopol ab. Das sehen wir als Polizei in zunehmendem Maß durch enorme, sehr gewalttätige Widerstandshandlungen und permanente Beleidigungen. Wer vor anderthalb Wochen abends „Spiegel-TV“ gesehen hat: In dem Beitrag ist ab Minute 8:10 ungefähr ein bis zwei Minuten lang permanentes Beleidigen von Polizeibeamten zu sehen. Da müssen die Kollegen eine ganze Menge aushalten. – Streitigkeiten – das ist auch ein Dogma in den Motorradclubs – werden untereinander geregelt und nicht über die Sicherheitsbehörden. Aussagen gegenüber der Polizei gibt es gar nicht. Letztes Beispiel ist der niedergeschossene „Hells Angels MC Nomads“-Chef. Dass er nichts sagt, ist klar. Aber auch das gesamte Umfeld sagt nichts aus, keine Entbindung der Ärzte von der Schweigepflicht, gar nichts. Das ist symptomatisch für diese Szene. Sie kriegen überhaupt nichts von denen zu hören.

So ungefähr ist das also weltweit organisiert. Sie haben jeweils eine führende, eine Leaderstadt pro Land, in Deutschland ist es für die „Hells Angels“ beispielsweise Hannover. Da sitzt der Deutschlandchef Frank Hanebuth. Dann haben Sie verschiedene Chapter oder Charter in verschiedenen Städten, darunter die „Supporter“. Die „Nomads“ gibt es, wie ich sagte, nur einmal pro Land. Einmal im Jahr – das ist auch interessant – gibt es sowohl einen Euro- als auch einen sogenannten Worldrun, also ein Treffen sämtlicher Länderclubs. Da muss man hin, das ist Pflicht. Der letzte Worldrun der „Hells Angels“ fand Anfang Juni in Wien statt.

HIERARCHISCHER AUFBAU DER OMCG



Der interne Aufbau: „President“ und „Vicepresident“ sind diejenigen, die das Sagen haben, der „Vicepresident“ allerdings nur, wenn der „Präsident“ nicht verfügbar ist. Dann gibt es neben den normalen Mitgliedern – das ist eigentlich immer eine relativ überschaubare Zahl – ein paar herausgehobene Positionen: Der „Roadcaptain“ ist der für Ausfahrten und Fahrzeugpflege Zuständige, der „Secretary“ schreibt immer während der regelmäßigen Sitzungen mit, der „Sergeant at arms“ ist aus polizeilicher Sicht der Interessanteste, weil er für die Waffen und die Bestrafungsaktionen zuständig ist, und der „Treasurer“ ist so etwas wie ein Kassenswart, der aufpasst, dass das Vereinsvermögen einigermaßen richtig ankommt und verwaltet wird. Dann hat man „Prospects“. Die „Bandidos“ haben noch eine zusätzliche Probezeit, das will ich außen vorlassen. Ungefähr zwölf monatelang ist man „Prospect“, also Anwärter auf die Mitgliedschaft im Hauptclub, und muss in dieser Zeit ständig beweisen, dass man es auch wert ist. Das heißt, das sind die Leute, die nachher die Schmutzarbeit machen im Sinne von Gewalttätigkeiten, Bestrafungsaktionen und Ähnlichem. Die „Hangarounds“ stehen noch unter den „Prospects“. Sie machen für sechs Monate die tatsächliche Schmutzarbeit im wahrsten Sinne des Wortes: Sie putzen die Clubhäuser usw., verrichten also niedere Arbeiten. Dieser ganze Prozess zeigt auch, dass die Hierarchie darauf ausgelegt ist, niemanden von der Seite hochkommen zu lassen. Es wird auch kein Widerspruch geduldet. – Man kann auch ausgeschlossen werden. Es gibt zwei verschiedene Arten. „Out in bad standing“ ist der Regelfall. Das heißt für den Club, wenn jemand ausgeschlossen wird und „out in bad standing“ ist, ist er sozusagen Freiwillig für alle.

Das wesentliche Erkennungszeichen ist die Weste, die versehen ist mit – nach außen und innen erkennbar – der Zugehörigkeit, beispielsweise ist das „Centre Patch“ der „Hells Angels“ weltweit dasselbe, der Begriff oben, „Top Rocker“, auch, unten steht dann jeweils Land oder Stadt. Und dann ist auch die Funktion erkennbar, die der Träger innehat.



Dazu gibt es noch andere Patches, die sehr unterschiedlich sind, beispielsweise gibt es bei den „Hells Angels“ „Filthy Few“. Das ist nicht allzu häufig und bedeutet nach außen, dass dieses Mitglied einen Menschen umgebracht hat – Beweisbarkeit schwierig!

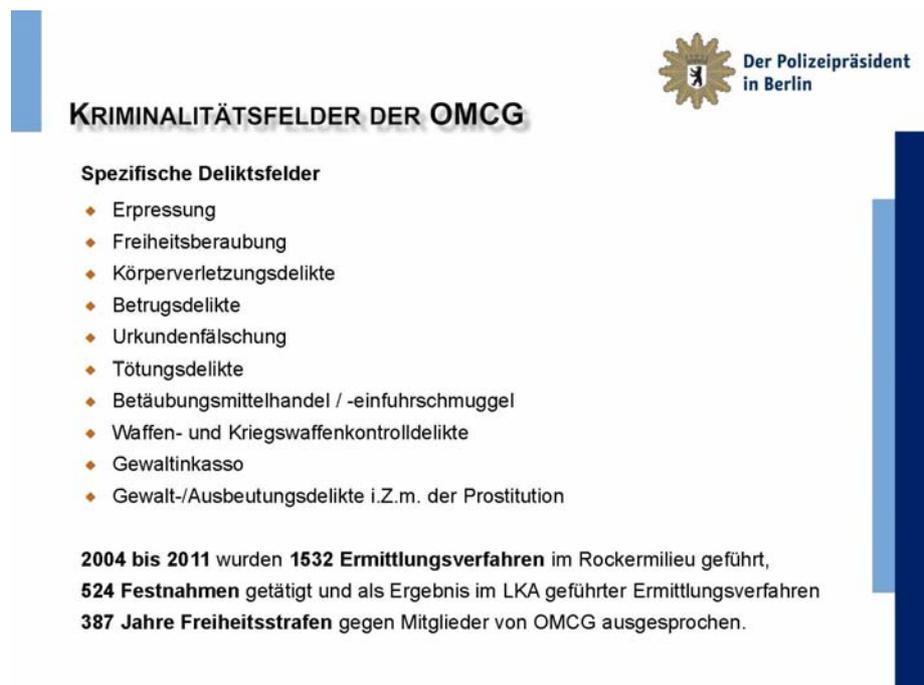
Die Kutten sind den Rockern heilig. Sie werden vom Präsidenten verliehen, sie werden auch wieder eingezogen und werden auch verwaltet. Das Schlimmste für einen Rocker ist, wenn man ihm die Kutte klaut. Deswegen ist es auch bei Rivalitäten und Streitigkeiten untereinander ein gängiges und probates Mittel, sich gegenseitig die Kutten wegzunehmen. Das gilt im Übrigen auch für die Polizei.

Die Frage ist immer wieder: Was ist Rockerkriminalität? – Da gibt es eine extreme Schwierigkeit in sämtlichen Verbotsverfahren, weil wir eine Vielzahl von Straftaten haben, die die einzelnen Mitglieder, „Hangarounds“ oder „Prospects“, begehen. Aber entscheidend ist immer der Bezug zur Gruppe, zur Organisation. Der direkte Bezug zur Gruppe ist z. B. dann da, wenn mehrere gleichzeitig in Kutten auftreten und irgendwelche Straftaten begehen oder wenn die Straftaten in Ausführung eines Befehls oder eindeutig und nachweisbar in Solidarität zum Club, also beispielsweise bei Bestrafungsaktionen, begangen werden.

Gewalttätige Auseinandersetzungen – das hatte ich schon mehrfach erwähnt – finden insbesondere im Kampf um die Macht- und Gebietsansprüche statt. Wenn man mal in die Statistik der organisierten Kriminalität 2011 guckt, dann wird man feststellen, dass sie nicht so ergiebig ist, was den Bereich OMCGs angeht. Das liegt daran, dass insbesondere wir als Sicherheitsbehörden einschätzen, dass das schwere Bandenkriminalität ist, was da stattfindet, und der weitere Schritt, der zur organisierten Kriminalität führt, also die Unterwanderung staatlicher Strukturen, jedenfalls in weiten Teilen der OMCGs in Deutschland noch nicht festzustel-

len ist. Beim „Hells Angels“-Charter in Hannover ist das ein bisschen anders. Da kann man sehr wohl schon dieses Eindringen in legale Geschäftsfelder feststellen. Aber hier geht es hauptsächlich um Bandenkriminalität, Rohheitsdelikte, Gewaltkriminalität. Das zeigt sich insbesondere immer wieder in der Bewaffnung. Das sind typische Beschlagnahmen, die man immer wieder vornehmen kann: Macheten und Messer sind Standardbewaffnung. Wenn wir die wegnehmen, haben sie sie am nächsten Tag logischerweise wieder, denn das gehört in jedes Auto, an jeden Mann sozusagen. Ein bisschen anders sieht es noch mit Schusswaffen aus, aber auch die finden wir regelmäßig, entweder scharfe oder – hauptsächlich – erlaubnisfreie, die aber – wie Sie alle wissen – heutzutage den Anschein erwecken, echt zu sein.

Die Deliktsfelder sind der OK sehr nahe, es sind Deliktsfelder im Bereich des Rauschgifthandels und der Schutzgelderpressung, wobei hier eine besondere Schwierigkeit besteht. Das ist ähnlich wie bei der sizilianischen Mafia, der Camorra oder 'Ndrangheta. Die Omertà, das Schweigegeplübe, haben die „Hells Angels“ mit der Muttermilch aufgesogen, genauso die „Bandidos“. Da kriegen Sie gar nichts raus. Mit dem martialischen und gewalttätigen Auftreten ist auch eine extreme Einschüchterung der akquirierten Kunden verbunden. Tötungsdelikte hatten wir auch. Ich erinnere an den Fall Bartelt, ein Mitglied der „Bandidos“, das 2009 erschossen wurde.



KRIMINALITÄTSFELDER DER OMCG

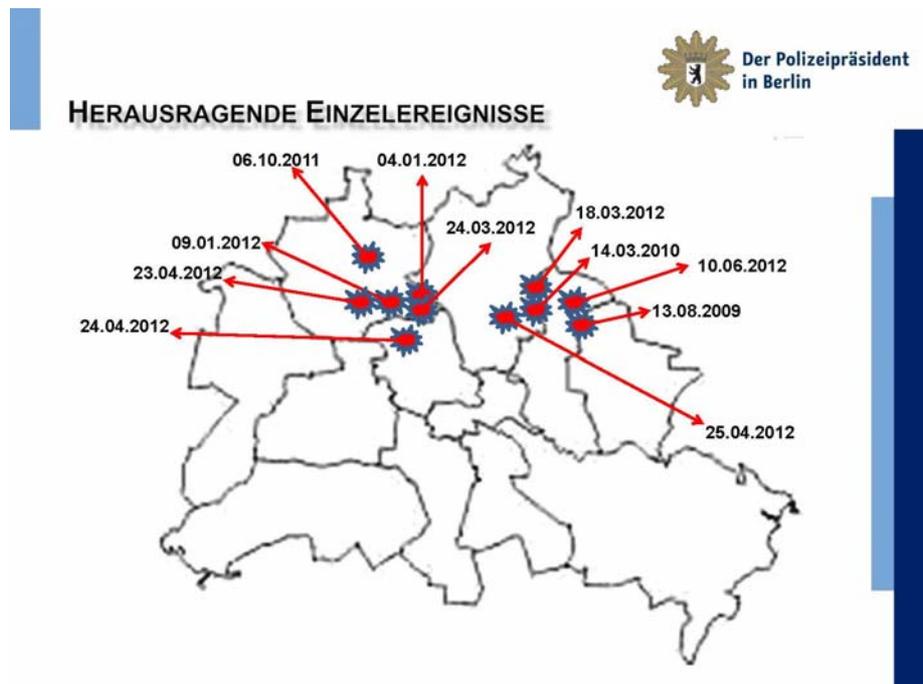
Der Polizeipräsident
in Berlin

Spezifische Deliktsfelder

- ◆ Erpressung
- ◆ Freiheitsberaubung
- ◆ Körperverletzungsdelikte
- ◆ Betrugsdelikte
- ◆ Urkundenfälschung
- ◆ Tötungsdelikte
- ◆ Betäubungsmittelhandel / -einfuhrschmuggel
- ◆ Waffen- und Kriegswaffenkontrolldelikte
- ◆ Gewaltinkasso
- ◆ Gewalt-/Ausbeutungsdelikte i.Z.m. der Prostitution

2004 bis 2011 wurden **1532 Ermittlungsverfahren** im Rockermilieu geführt,
524 Festnahmen getätigt und als Ergebnis im LKA geführter Ermittlungsverfahren
387 Jahre Freiheitsstrafen gegen Mitglieder von OMCG ausgesprochen.

Was Sie da sehen, 1 532 Straftaten in den Jahren 2004 bis 2011, ist das, was in meinem Dezernat Rocker- und Türsteherkriminalität in Bezug auf das Rockermilieu bearbeitet wurde. 387 Jahre Freiheitsstrafen – das ist der Vorteil, wenn man Täter konkret ermittelt und vielleicht das eine oder andere auch wirklich beweisen kann, dann sind die Taten in aller Regel dafür geeignet, dass ein Richter auch sagt: Den sperren wir weg!



Das sind ein paar herausragende Ereignisse. Sie haben das mitgekriegt. Die Einschläge sind relativ nahe gewesen, insbesondere im ersten Quartal dieses Jahres. Das, was hier aufgeführt ist, sind nur die gegenseitigen Anschläge auf Personen oder Vereinsheime. Das war schon von relativer Heftigkeit. Zuletzt ist am 25. April das Vereinsheim der „Bandidos“ mit einer Maschinenpistole beschossen worden, wo die Kugeln z. T. durch das Mauerwerk und durch die Stahltür durch sind und alle Glück hatten, dass keiner dahinter saß. Das zeigt eine enorme Gewalttätigkeit und auch den Einfluss, den die Gruppen aufeinander ausüben, also auch die Einschüchterungen, die dahinterstecken.

Dann sind immer wieder Bezüge zu anderen Deliktsfeldern ein Thema. Vereinzelt kann man Bezüge zu arabischen Großfamilien beobachten. Wir hatten 2011 einen Fall, wo es vor einem Clubheim der „Hells Angels“ zu Auseinandersetzungen zwischen diesen und Mitgliedern einer arabischen Großfamilie kam. Hier geht es aus meiner Sicht eindeutig um die Aufteilung von Gebietsansprüchen, auch hier im Rauschgifthandel und in anderen Kriminalitätsfeldern. Derzeit kann man noch nicht beobachten, dass sie sich sehr stark ins Gehege kommen, aber das wird für die Zukunft nicht auszuschließen sein.

Bei den Rechtsradikalen ist es so, dass wir ausschließlich beim „Gremium MC“ vereinzelte persönliche Kontakte feststellen. Es gibt einige Rechte, die zu Rockern übergewechselt sind, allerdings ist es ganz klar und gilt für jeden Motorradclub weltweit, dass Rocker vollkommen unpolitisch sind. Wer die bürgerliche und gesellschaftliche Ordnung per se ablehnt und nur seiner eigenen Hierarchie, seiner eigenen Struktur, seinem eigenen Sanktionssystem und Lebensgefühl verbunden ist, ist per se erst mal unpolitisch, und das proklamieren sie auch ganz klar nach außen. Wir haben hier natürlich Beziehungen, wir haben auch Einzelfälle, wo es zu Deals miteinander kam, wo es um Rauschgift oder Waffen ging, aber es gibt keine strukturier-

te Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Rechtsradikalen und Angehörigen von OMCGs.

Die rockerähnlichen Gruppierungen sind auch in der Beobachtung, insbesondere in den örtlichen Direktionen, den operativen Gruppen „Jugendgewalt“, weil hier sehr junge Leute versuchen, sich ein bisschen den Nimbus eines MC zu geben oder die Nähe zu bestimmten MCs zu suchen, um sich da anzubiedern. Die OMCGs sind auch fleißig dabei zu rekrutieren. Sie rekrutieren z. T. in Jugendheimen, sie rekrutieren über das Internet. Hier sieht man dann, wie diejenigen sich darstellen, die sich angesprochen fühlen. Das ist für etwas orientierungslose Jugendliche ein relativ einfacher Lebensstil. Da sind klare Regeln, da ist auch ein klarer Weg vorgegeben, wo man hinkann, über welche Stationen man gehen muss. Das bietet eine wunderbare Orientierung, deswegen haben sie in einigen Problempotenzialen auch guten Zuwachs. – So stellen wir das jedenfalls fest.



Der Polizeipräsident
in Berlin

TRENDS / ENTWICKLUNGEN

- Vermischung legaler / illegaler Geschäftsfelder**
- Betreiben von Sicherheitsdiensten**
- „Legale Bewaffnung“ durch Erwerb von WBK´s**
- Starke Expansionsbestrebungen**
- Steigende Abschottung („Parallelgesellschaft“)**
- Rekrutierung szenerelevanter Personen**
- „Schmücken“ mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens**
- Zunehmend „positive“ Öffentlichkeitsarbeit**
- Zunahme gewalttätiger Auseinandersetzungen**
- Rekrutierung neuer Mitglieder**
- Ausdehnen auf andere Bezirke**

Vielleicht ein paar Trends und Entwicklungen, wo es nach Meinung der Sicherheitsbehörden hingehen wird und wo man aufpassen muss: Legale und illegale Geschäftsfelder sollten möglichst nicht vermischt werden, weil man dann noch weniger die Chance hat, an solche Leute heranzukommen. Wir beobachten im Bereich der Sicherheitsdienste momentan ein bisschen Bewegung in diese Richtung. Da müssen wir sehr Obacht geben. Das ist allerdings nicht nur ein polizeiliches Problem, sondern man sollte sich auch als Veranstalter immer genau angucken, wen man sich als Türsteher oder Ordner einkauft – wobei es bundesweit die Feststellung gibt, dass gerade Rocker gern genommen werden, weil sie schon vom Auftreten her für Ruhe an der Tür sorgen.

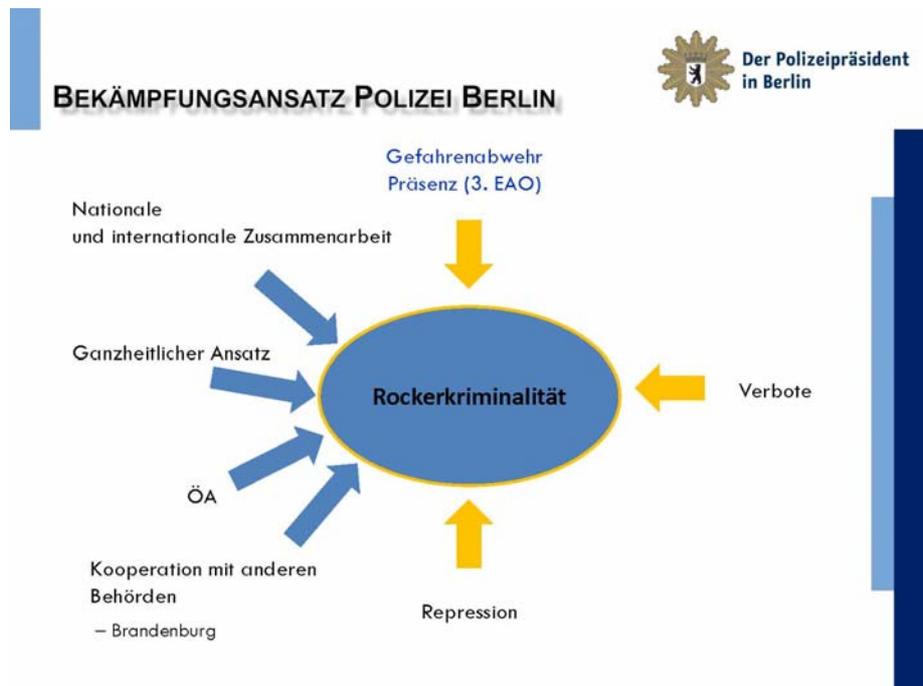
Wir haben starke Expansionsbestrebungen hin zu den einflussreichsten und gewalttätigsten Gruppierungen. Die Abschottung kann fast gar nicht mehr gesteigert werden, aber man stellt

auch fest: Zur Sicherung krimineller Märkte sind Dinge, die vor Jahren noch ein „No Go“ waren, also der Übertritt ganzer Charter in einen verfeindeten Verein, plötzlich eine Option. Und wir müssen feststellen, dass sie zunehmend auch positive Öffentlichkeitsarbeit machen. Auch da muss man sehr stark Obacht geben.



Ich will Ihnen zwei Beispiele nennen, die 2010 stattgefunden haben. Das Linke ist eine „Klassenfahrt“ zu den „Hells Angels Berlin“. Man macht aus dem Umland mal einen kleinen „Klassenausflug“ zu den harten Jungs. Das Rechte ist „Biker für Kinder“, eine kleine Benefizveranstaltung sämtlicher „Supporter“-Clubs des „Hells Angels MC“ in Leipzig, sponsored by Spiele Max. Das sind Entwicklungen, die wir als Sicherheitsbehörden mit einiger Skepsis und Vorsicht beobachten.

Die Bewertung: Wir stellen bundesweit eine starke Verunsicherung in der Szene fest. Die Dynamik der Clubveränderungen ist unglaublich. Wir kommen als Sicherheitsbehörden kaum noch hinterher, diese ganzen Veränderungen, Umbenennungen, Wechsel usw. vernünftig aufzuklären und Informationen darüber zu bekommen. Bei den Berliner Übertritten ist es noch ein bisschen zu früh für konkrete Bewertungen. Der „Hells Angels MC“ hat sich aber nach diesen Übertritten ganz klar als die stärkste Struktur in der Region Berlin-Brandenburg dargestellt. Kadir Padir braucht ein neues Label, und er wird eins finden, wir wissen nur noch nicht, welches. Wir schauen mal. Die „Bandidos“ erleiden zunehmend Einflussverlust, und daraus kann natürlich auch die Motivation kommen, Aktionen zu starten, es jetzt zu zeigen. Das muss man ganz klar in Betracht ziehen. Die Gewalttätigkeiten oder die Wahrscheinlichkeit wird nicht geringer werden. Bundesweit – das ist eine Aussage von Frank Hanebuth – geht man davon aus, dass 60 Prozent der Charter bis zur Bundestagswahl verboten werden könnten.



Kurz zum Maßnahmenpaket der Berliner Polizei: Wir haben insbesondere im Bereich der Präsenz, der Gefahrenabwehr eine Einsatzanordnung, die seit mehreren Jahren gilt und immer wieder angepasst wird, wo es ganz klar um eine niedrige Eingreifschwelle, Kontrollen, wo immer es geht, und Aufklärungsmaßnahmen durch die entscheidenden Beteiligten innerhalb der Polizei geht. Das ist eine Zusammenarbeit von Sachbearbeitung beim LKA 42. LKA 25 macht den Bereich der Bewachungsunternehmen – für uns auch ein ganz interessantes Feld in diesem Zusammenhang. Operative Maßnahmen, Aufklärung, einmal durch szenekundige Beamte, die tatsächlich immer vor Ort sind, jede Nacht bei den Rockern vor der Tür stehen, sich umschaun, Kontakte knüpfen, pflegen und aufnehmen, versuchen, Informationen zu erhalten, Erkenntnisgewinnung auch verdeckter Art und operative Maßnahmen der uniformierten Kollegen – all diese Erkenntnisse werden zusammengeführt in dem Bereich des LKA 42, das für Rockerkriminalität zuständig ist.

Dann haben wir Repression, also alles, was Strafverfolgung angeht, mit den Ermittlungs- und Strukturverfahren, die wir führen, die im Übrigen auch zu den Aktionen der letzten Woche beim „Bandidos MC“ geführt haben – ein Ermittlungsverfahren, das über ein Jahr dauert und erhebliche Ressourcen bindet. Wir verfolgen einen täterorientierten ganzheitlichen Ansatz. Das bedeutet, dass wir nicht nur die rein polizeilichen Zuständigkeiten betrachten, sondern alles, was im Bereich der ordnungsbehördlichen Dinge möglich ist, bis hin zum Steuerrecht, um dem einen oder der anderen auf die Füße zu treten.

Die nationale Zusammenarbeit ist relativ weit gediehen, nachdem sie – aus meiner Sicht zumindest, muss man fairerweise sagen – einige Jahre nicht genug vorangetrieben wurde. Aber seit 2009/2010 ist eine erhebliche Veränderung im Zusammenwirken zwischen Bund und Ländern im Bundeskriminalamt festzustellen. Es gibt regelmäßige Sachbearbeitertagungen, es gibt eine gemeinsame Verbunddatei des Bundes und der Länder für OMCGs, und wir haben

eine gemeinsam festgeschriebene Bekämpfungsstrategie zu diesem Thema. Es wird immer wieder versucht, bestimmte neue Entwicklungen aufzugreifen und bundesweit einheitlich zu lösen. Europol hat mittlerweile auch europaweit eine eigene Auswertedatei für dieses Phänomen.

In der Zusammenarbeit mit Brandenburg sind wir aus meiner Sicht enorm weit. Wir haben seit zwei Jahren regelmäßig alle zwei Monate gemeinsame Sitzungen der zuständigen Stellen in den Landeskriminalämtern Brandenburg und Berlin und machen das auch anlassbezogen, wie z. B. diese Woche zu der Frage: Wie sind die Wanderungsbewegungen zwischen Berlin und Brandenburg? Wie ist die jeweilige Einschätzung? – Derzeit sind wir dabei zu prüfen, ob man vor dem Hintergrund der Veränderungen und Wanderungsbewegungen das eine oder andere sogar noch ein bisschen institutionalisieren muss.



Der Polizeipräsident
in Berlin

VEREINSVERBOTE IN DEUTSCHLAND

Hells Angels MC

- Charter Hamburg: seit 11.08.1983 (BMI)
- Charter Düsseldorf: seit 25.01.2001 (IM NW)
- Charter Flensburg: seit 29.04.2010 (IM SH)
- Charter Borderland/Pforzh.: seit 10.06.2011 (IM BW)
- Charter Frankfurt: seit 30.09.2011 (IM HE)
- Charter Westend: seit 30.09.2011 (IM HE)
- Charter Kiel: seit 31.01.2012 (IM SH)
- Charter Köln: seit 03.05.2012 (IM NW)
- Charter Berlin: seit 24.05.2012 (IM BE)

Bandidos MC

- Chapter Aachen: seit 26.04.2012 (IM NW)
- Chapter Neumünster: seit 29.04.2010 (IM SH)

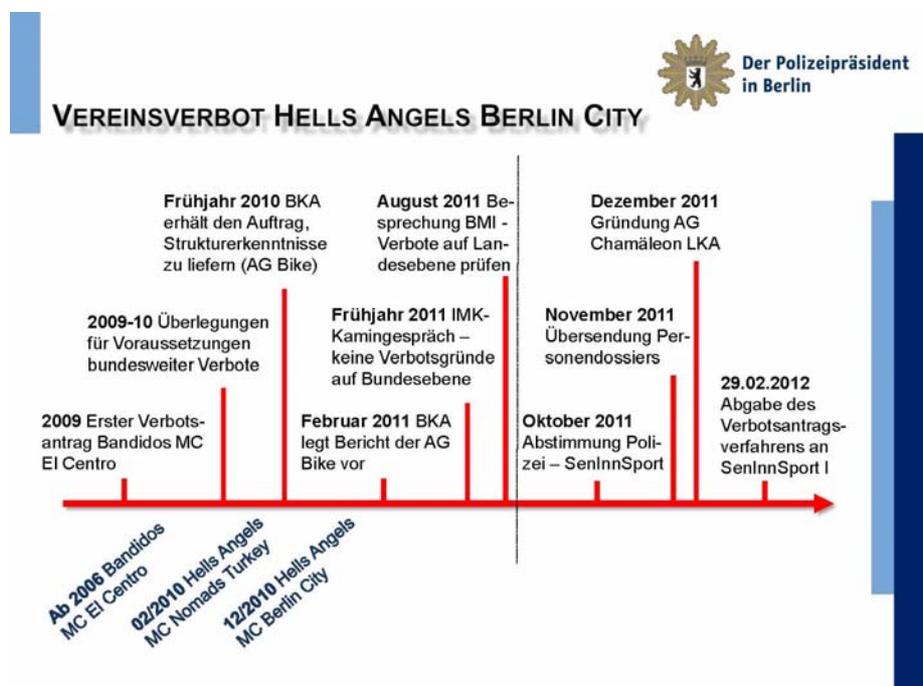
Gremium MC

- Gremium MC Deutschland: seit 10.11.1988 (IM BW)
Verbot aufgehoben seit 16.01.1991 !!!

Am Schluss noch kurz etwas zum Thema Vereinsverbote: Das ist nicht immer so einfach. Aber wenn man sich das mal anguckt, dann stellt man fest, dass 2011 und 2012 bundesweit in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Berlin etliche Verbote erteilt wurden.

Der „Bandidos MC“ ist bundesweit noch nicht so sehr im Fokus, weil da die Häufung von nachweisbaren Clubstraftaten noch nicht so groß ist, wie es zum Teil bei den „Hells Angels“ möglich ist. Der „Gremium MC“ ist einmal verboten worden, er ist aber seit 1991 wieder erlaubt.

Jetzt kurz zu den Abläufen des Vereinsverbots „Hells Angels MC Berlin City“: Es gab zur Vorläuferorganisation „Bandidos MC El Centro“ bereits 2009 einen Verbotsantrag der Polizei bei der Vereinsbehörde in Berlin, der allerdings in den damaligen politischen Überlegungen, ob man möglicherweise Verbote auf Bundesebene durchsetzen kann, zurückgestellt wurde. Im Frühjahr 2010 hat auf politischer Ebene das BMI dem BKA den Auftrag gegeben, Strukturkenntnisse so zusammenzutragen, dass man am Ende eine Aussage darüber treffen kann, ob ein bundesweites Verbot der „Hells Angels“ oder „Bandidos“ möglich ist. Das BKA hat dazu die AG Bike gegründet, die genau diese Strukturkenntnisse aufliefern und zusammentragen sollte. Das macht aus politischer Sicht Sinn, was Sie allein an dem Verbot der „Hells Angels Berlin City“ sehen. Wenn nicht im Vorfeld, dann hätten mindestens danach Wanderungsbewegungen stattgefunden. Sie wären nicht plötzlich alle geläutert. Also, es sind Neugründungen zu erwarten, und es sind Neugründungen im Vorfeld zu erwarten. Es gibt Aussagen darüber, dass ganze Clubs gesagt haben, sie würden mal eben den Namen wechseln, um vermeintliche Verbotsverfahren zu unterlaufen. Oder sogenannte Clean Charters werden gegründet, das heißt, man schließt besonders straffällig gewordene Mitglieder einfach aus, um den Zugriff der Behörden oder die Nachweisbarkeit zu erschweren. Also, es macht einen gewissen Sinn zu sagen, wir versuchen das auf Bundesebene durchzubekommen.



Das BKA hat fast ein Jahr später den Bericht der AG Bike vorgelegt und ist zu der Erkenntnis gekommen, dass das nicht ausreichen wird. Das ist dann auf Bundesebene politisch in der IMK diskutiert worden.

Das BMI hat am 17. August 2011 in einer Besprechung mit den Ländern mitgeteilt: Es gibt kein bundesweites Verbotsverfahren, aber es ist anzustreben, in den Ländern, möglichst zeitgleich, Verbotsverfahren zu initiieren.

Das führte letztendlich dazu, dass die Aktivitäten in Berlin zwischen LKA und Innenverwaltung verstärkt wurden. – Es hat sich auch in dieser Zeit einiges getan, da mussten wir neu auf liefern. Oben in der Grafik am unteren Rand sehen Sie, wie sie sich umbenannt und verändert haben. – Es ist dann Ende November entschieden worden, dass es ausreichen wird, das Verbotsverfahren durchzuziehen. Es ist jetzt strukturiert alles aufzuarbeiten und aufzuliefern. Um dieses Vereinsverbotsverfahren durchzuziehen, wurde von mir die AG Chamäleon – weil Kadir Padir sich immer umbenannt hat, fand ich das treffend – im LKA 42 gegründet, mit vier Mitarbeitern, die das Dezernat zusätzlich dafür erhalten hat. Am 29. Februar 2012 wurde der Innenverwaltung unser Verbotsantrag übergeben. – Damit beende ich meine Ausführungen.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Steiof! – [Beifall] – Wir haben unser zeitliches Soll schon weit überzogen. Es gibt Leute, die in andere Ausschüsse gehen müssen. Mein Vorschlag ist, dass wir vertagen. Die schriftlich eingereichten Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sollten wir bitte auch schriftlich beantwortet bekommen. Ansonsten würde ich die Sitzung schließen. – Aber jetzt gibt es Wortmeldungen dazu. – Bitte, Herr Langenbrinck!

Joschka Langenbrinck (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich beantrage ergänzend, dass wir zum einen ein Wortprotokoll erstellen, und zum anderen, dass wir die Powerpoint-Präsentation schnellstmöglich zur Kenntnis erhalten. Darüber hinaus wäre es sehr schön – ich weiß nicht, ob es umsetzbar ist, aber ich denke, aus technischen Gründen spricht nichts dagegen –, uns solche Ausarbeitungen, die wir in der Ausschusssitzung gezeigt bekommen, zukünftig einen Tag vorher zur Kenntnis zu geben. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Dann, bitte, Herr Lux!

Benedikt Lux (GRÜNE): Ich wiederhole meine Fragen; der Senat kann sich überlegen, ob er noch Lust hat, darauf einzugehen, zumal sie seit Freitag Mittag vorliegen. Erstens: Welche Dienststellen waren an der Erarbeitung der Verbotsverfügung beteiligt? Zweitens: Wie viel Zeit nahm diese Erarbeitung schätzungsweise in Anspruch? Drittens: Hat der Senat – –

Vorsitzender Peter Trapp: Die Fragen liegen vor. Sie brauchen Sie nicht noch mal vorzulesen. Es gibt Leute, die müssen in einen anderen Ausschuss.

Benedikt Lux (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Ich darf trotzdem noch kurz die Fragen verlesen, weil ich davon ausgegangen bin, dass sie hier beantwortet werden. Ich habe sie extra nicht an alle verteilt, weil ich dachte, sie werden hier beantwortet. Über eine Dreiviertelstunde wurde zu dem Tagesordnungspunkt ein Vortrag gehalten. Ehrlich gesagt, für die neuen Kollegen mag das ja alles interessant gewesen sein, aber es war der gleiche Vortrag, mit ein paar Ergänzungen, den der Vorgänger von Herrn Steiof gehalten hat. Dafür können Sie nichts, Herr Steiof, aber Herr Haerberer hat fast genau diesen Vortrag hier schon einmal vor einem Jahr gehalten. Da ist ein bisschen oben draufgekommen, aber die interessanten Fragen, die jetzt auch – – [Zurufe] – Natürlich! Wir können das nebeneinanderhalten, es war nicht viel Neues dabei. Es mag auch noch einige andere erfahrene Kollegen hier geben, die das, denke ich, bestätigen können und die jetzt nicht so einen politischen Abwehrkampf machen müssen.

Ich will wissen, welche Konsequenzen Sie aus einer der größten Ermittlungsspannen der letzten Jahre gezogen haben. Auch diese Frage stand im Raum, und Sie sind nicht mit einem Satz darauf eingegangen. Wenn der Innensenator seine Arbeit und seine Verantwortung ernst nimmt, dann geht von selbst darauf ein, bevor hier ein langer Geschichtsvortrag gehalten wird, der im Wesentlichen nur bekannte Informationen enthält. Auch da verweise ich auf meinen Nachfragenkatalog.

Letzter Punkt: Ich will Ihre Verbotsverfügung sehen, die 39 Seiten – auch das gebe ich jetzt hier mündlich zu Protokoll, dass die, bitte, sobald es geht, geschwärzt einzusehen sind. Gehen Sie bitte gleich in die Senatsverwaltung und schwärzen die entscheidenden personenbezogenen Stellen. Ich werde diese oder Anfang nächster Woche dort Einsicht nehmen, damit man mal politisch sehen kann, welche Ermittlungskapazitäten Sie damit verschwenden – Herr Steiof hat es angedeutet –, irgendwelche Kutten usw. zuzuordnen. Während Kadir P. da draußen herumläuft und sagt, er gründet einen Verein, brauchen Sie schon vier Leute mehr, um ermitteln zu können. Es kommt doch darauf an, die Bevölkerung vor Straftaten zu schützen, und nicht darauf, irgendwelchen Clubs irgendwas zuzuordnen.

Diese politische Frage konnte man hier nicht diskutieren, dieses Fass haben Sie gar nicht erst aufgemacht. Ihnen geht es anscheinend nur darum, symbolisch halbwegs gut dazustehen, aber in der Sache haben sie überhaupt nichts zu sagen. Insbesondere den wirklichen Ermittlungsgang in den eigenen Reihen hier nicht zu thematisieren, sondern durch solch einen Geschichtsbericht zu verklittern – das schlägt dem Fass den Boden aus, Herr Henkel, das habe ich von Ihnen nicht erwartet.

Im Übrigen steht auch noch mein Angebot an die beiden anderen Oppositionsfraktionen, dazu eine Sondersitzung in zwei Wochen einzuberaumen.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Bitte, Herr Wolf!

Udo Wolf (LINKE): Ich habe Ihrem Verfahrensvorschlag, bis 13.30 Uhr zu tagen, nicht widersprochen, weil ich davon ausgegangen bin, dass wir zu dem von der Koalition beantragten Tagesordnungspunkt 4 b, „Erkenntnisse der Polizei über die Aktivitäten von Rockerbanden in Berlin“, ca. zehn Minuten hören, was es Neues gibt, und nicht von 12.50 Uhr bis 13.20 Uhr das Verlesen eines Wikipedia-Beitrags, den ich parallel dazu mitverfolgen konnte. Wir sind hier nicht im Volkshochschulkurs, wo wir über die Geschichte von Rockerbanden in den USA und in Berlin irgendetwas hören müssen, sondern wir haben einen konkreten politischen Vorgang zur Rockerbandenkriminalität, zur Verbotsverordnung und zu Lecks, und darauf bezieht sich der Tagesordnungspunkt 4 a. Wir hätten genügend Zeit gehabt, eine ordentliche Diskussionsrunde mit den Fragen durchzuführen, wenn dieser Vortrag sich tatsächlich auf das Wesentliche beschränkt hätte und wir dann die Fragen hätten diskutieren können. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Daran ist nicht Herr Steiof schuld, sondern der Innensenator!] –

Und dann sage ich noch etwas, Herr Vorsitzender, das habe ich vorhin schon einmal gesagt: Wir sind hier im Parlament, wir sind hier nicht bei Brieffreundschaften. Wir haben keinen schriftlich eingereichten Fragenkatalog, und ich möchte auch keine schriftliche Beantwortung auf schriftliche Fragen haben. Ich möchte hier im Innenausschuss Fragen stellen und dann in der Diskussion klären, ob ich Nachfragen habe oder nicht. Diese Möglichkeit wurde mir heute

durch diese Verfahrensweise genommen. Ich kann das nur so interpretieren, dass die Senatsverwaltung zum Thema Lecks offensichtlich auf Zeit spielen wollte und dieses Verfahren deswegen so gewählt hat. Zum Tagesordnungspunkt 4 a wurde keine einzige These in den Raum gestellt, es wurde überhaupt nichts erklärt. Wir sind nach wie vor darauf angewiesen, die Verlautbarungen über die Presse wahrzunehmen. – So geht es beim besten Willen nicht. Wir werden prüfen, ob wir dazu eine Sondersitzung beantragen.

Vorsitzender Peter Trapp: Das ist Ihre Meinung. – Bitte, Herr Lauer, Sie haben die nächste Wortmeldung.

Christopher Lauer (PIRATEN): Ich kann mich der Empörung von Herrn Lux und Herrn Wolf anschließen. – Ich finde es total gut, dass Sie das vertagen wollen, Herr Trapp – wann sehen wir uns denn diese Woche wieder?

Vorsitzender Peter Trapp: Wir sehen uns Donnerstag wieder; um 9 Uhr ist die Plenarsitzung.

Christopher Lauer (PIRATEN): Nein, genau zu diesem Thema! Wir haben uns mit Sicherheit nicht hier eingefunden, um uns diesen Vortrag anzuhören – wenn ich auch sagen muss, einen sehr gelungenen Vortrag, weil er sich mit dem, was man im Internet findet, sehr stark deckt. Wir haben jetzt vielleicht alle noch andere Ausschüsse, es ist dieselbe Situation wie damals bei dieser Guggenheim-Geschichte vor den Osterferien. Das kann jetzt nicht so im Raum stehen bleiben, Sie wissen alle, warum wir uns heute hier getroffen haben. Wie machen wir das? Wann treffen wir uns diese Woche wieder?

Ich fände es gut, wenn wir das jetzt im Einvernehmen feststellen würden, statt wieder das Spielchen: Opposition, und dann müssen Sie schauen, und dann sind schon Leute im Urlaub – zu spielen. – Es wäre schön, wenn wir jetzt noch gemeinsam einen Termin finden würden.

Vorsitzender Peter Trapp: In dieser Woche sehe ich mich außerstande, noch eine Sitzung abzuhalten, weil meine parlamentarische Arbeit am Donnerstag hier ganztätig gefragt ist. Und am Freitag hält der Sportausschuss eine Sitzung auf dem Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportplatz ab. Anschließend ist die Vereidigung der Berliner Polizeischüler. An diesen beiden Tagen kann ich nicht. Und ob eine Sondersitzung in der Sommerpause, in den Parlamentsferien, möglich ist, müsste noch abgeklärt werden, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Mein Vorschlag wäre, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen und das alles zu diskutieren, wenn wir nach der Sommerpause wieder die ordentliche Parlamentsarbeit aufnehmen. Ansonsten steht es Ihnen zu, eine Sondersitzung zu beantragen. Dann werden wir im Präsidium klären, ob in der Zeit der Sommerpause eine Sondersitzung abgehalten wird. – Bitte, Herr Senator!

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): Herr Behrendt und Herr Lux, ich weiß, das ist eine intellektuelle Meisterleistung von Ihnen. Bei allem Verständnis für Oppositionsarbeit, Herr Lux: Was Sie hier sagen und was Sie unterstellen, ist eine Frechheit, ist wirklich eine Frechheit! Ich bin nicht verantwortlich für die Tagesordnung. Ich bin auch nicht verantwortlich für die Sitzungsleitung. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)] – Sie müssen sich einfach mal anschauen, was unter diesem Tagesordnungspunkt angemeldet wurde: „Erkenntnisse der

Polizei über die Aktivitäten von Rockerbanden in Berlin“, Vortrag Steiof – wenn Sie der Auffassung sind, das ist dasselbe, dann haben Sie offensichtlich die letzten Wochen und Monate in diesem Phänomenbereich verschlafen. „Maßnahmen gegen Rockerkriminalität“ war ein Punkt, hat Herr Steiof gesagt, und „Informationslecks in den Behörden“, dazu sind Frau Koppers und ich noch hier, und wir sind auch bereit, dazu Auskunft zu geben. Ich bin nicht verantwortlich für Ihre Entscheidung, die Sitzung weiterführen zu lassen oder nicht, und deshalb auch nicht der Senat.

Das ist mittlerweile eine Phobie bei Ihnen: Wenn Sie morgens aufstehen und Kopfschmerzen haben, dann ist der Innensenator verantwortlich und schuld daran. Die Nummer können Sie so weitermachen, aber sinnführend ist das nicht. Sie müssen aufpassen, dass Sie sich damit am Ende nicht Ihrer oppositionellen Ernsthaftigkeit berauben. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Wir können ja weitermachen!] –

Vorsitzender Peter Trapp: Stopp mal! Es gibt Leute, die haben anschließend einen Ausschuss. Um 14 Uhr beginnt die Sitzung des Wirtschaftsausschusses, an der ich teilnehmen muss, an der auch Herr Karge teilnehmen muss. Wir sind dann nicht mehr in der Situation, das zu beschließen.

Vielleicht noch mal der Hinweis zu Sondersitzungen des Ausschusses: „Sitzungen innerhalb der Parlamentsferien sind nur mit Zustimmung des Präsidenten zulässig.“ – Sie sollten sich – Sie sind ja Parlamentarischer Geschäftsführer – darum bemühen, den Präsidenten davon zu überzeugen, dass wir eine Sondersitzung machen können. – Ich würde die Sitzung jetzt schließen, es sei denn, wir wollen darüber abstimmen, dann stelle ich dies zur Abstimmung.

– [Zurufe] – Zu „Verschiedenes“ hatten wir uns vorhin darauf geeinigt, dass eine schriftliche Beantwortung erfolgt und die „Besonderen Vorkommnisse“ vertagt werden. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)] – Wir haben ab TOP 5 vertagt. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Sie machen jetzt das Geschäft vom Senator!] – Ich mache nicht das Geschäft vom Senator, sondern ich mache das Geschäft, das hier üblich ist, dass wir die Sitzung normalerweise um 13 Uhr beenden, weil jeder davon ausgeht, dass er Anschlusstermine wahrnehmen kann. Das steht auch so in den Regularien. Wir haben der Verlängerung bis 13.30 Uhr zugestimmt, und jetzt ist es 13.45 Uhr. Ich möchte, dass wir die Sitzung jetzt, und wenn es notwendig ist, auch in Abstimmung mit allen Fraktionen, beenden. – [Zurufe: Abstimmen!] – Abstimmen!

Wer für die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes ist und die Beendigung der Sitzung herbeiführen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Regierungsfraktionen. Gegenstimmen? – Das sind die Oppositionsfraktionen. Damit ist der Antrag angenommen, dass wir jetzt TOP 4 vertagen und die Sitzung beenden. – Die nächste Sitzung findet turnusgemäß nach der Sommerpause am 27. August statt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Vertagt.
